

# Wiener Landtag

## 2. Sitzung vom 19. Dezember 1996

---

### Wörtliches Protokoll

#### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	Pr.Z. 2226-MDPLTG, P. 4: Naturschutzbericht 1995	
2. Fragestunde:		Berichterstatter: Amtes StR Fritz Svihalek	(S. 15 u. 44)
1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 6);		Redner: Die Abgen Hanno Pöschl	
3. Anfrage (S. 8); 4. Anfrage (S. 10);		(S. 19), Mag Christoph Chorherr	
5. Anfrage (S. 12).		(S. 21) und Dr Oskar Wawra (S. 26),	
3. Mitteilung des Einlaufs	(S. 15)	StR Walter Prinz (S. 27) sowie die	
4. Pr.Z. 1912-MDPLTG, P. 1: Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Donau-Auen (Beilage Nr. 34)		Abgen Paul Zimmermann (S. 29),	
Pr.Z. 1608-MDPLTG, P. 2: Tätigkeitsbericht 1995/1996 der Wiener Umwelthanwaltschaft		Günter Kenesei (S. 31), Rudolf Klucsarits (S. 34), Dr Rüdiger Stix (S. 36),	
Pr.Z. 397-GUV, P. 3: Umweltbericht 1995		Helge Klier (S. 39), Barbara Schöfnagel (S. 40) und Ing Manfred Klopff (S. 42)	
		Abstimmung (S. 47)	
		5. Pr.Z. 2294-MDPLTG, P. 5: Ergänzungswahlen	(S. 47)



*(Beginn um 9.00 Uhr.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen Landtagsabgeordnete und Herren Landtagsabgeordnete!

Ich darf Sie nach drei anstrengenden Tagen herzlich zu dieser 2. Landtagssitzung willkommen heißen.

Die 2. Sitzung des Wiener Landtages ist somit eröffnet.

Ich möchte vor Eingang in den weiteren Ablauf festhalten, daß die freundliche Ausgestaltung des Sitzungssaales damit zu tun hat, daß es viele Gärtner und Floristen gibt, die imstande sind, erstklassige Qualität zu bieten, und daß es sich dabei um Wiener Gärtner und Floristen handelt.

Zum zweiten möchte ich meine persönlichen Weihnachtswünsche für alle Abgeordneten mit diesem Blumenruß unterstreichen.

Der dritte Aspekt ist der, daß wir heute eine Umweltdebatte führen werden. Die Blumen sollen ein kleiner Hinweis auf die viel zu kleinen Paradiese sein, die nach der Debatte ja hoffentlich größer werden. *(Allgemeiner Beifall.)*

Entschuldigt sind Abg Dr Pilz bis 10.30 Uhr, Abg Stark und Abg Wolfram.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die Fragestunde wird heute erstmals nach der neuen Geschäftsordnung in sehr lebendiger Weise, so hoffe ich, wie es die Intention der neuen Geschäftsordnung war, durchgeführt. Es gibt die Möglichkeit für insgesamt fünf Zusatzfragen, die nicht immer ausgenutzt werden muß, wenn es wer nicht möchte, aber ich denke, daß es ein interessantes Experiment ist, das heute erstmals so durchzuführen.

Ich hoffe, daß es uns auch gelingt, kurz und prägnant zu sein. Diesen Aufruf und diese Bitte möchte ich sowohl an den Landeshauptmann als auch an die amtsführenden Stadträte hinsichtlich der Beantwortung richten, desgleichen ersuche ich, die Fragen kurz und prägnant zu stellen, damit ein möglichst buntes Bild entsteht.

Mit mir bitte ich Nachsicht zu haben, sollte ich nicht rechtzeitig die Namen aller Abgeordneten parat haben, weil ich noch nicht alle Abgeordneten ganz genau mit Namen kenne. Aber das wird bereits bei der nächsten Landtagssitzung behoben sein.

Nun kommen wir zur Fragestunde. Die Zeit läuft erst ab jetzt.

*(In der Fragestunde werden von Präsidentin Maria Hampel-Fuchs folgende Anfragen aufgerufen:*

1. *Anfrage (Pr.Z. 2/LM/KLF): Abg Marco Smoliner an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal:*

*Der Bescheid MA 62-9/1144470/2 verweigert einem philippinischen Staatsbürger nach sechs Jahren legalen Aufenthalts in Österreich die Aufenthaltsbewilligung, weil seine Gattin eine Scheinehe behauptet. Der Bescheid datiert gleich wie die Einvernahme der Frau, es wurde weder Parteiengehör noch Gelegenheit*

*zur Stellungnahme nach dem AVG gegeben. Auf welcher rechtlichen Grundlage beruht diese Praxis der MA 62, die Glaubwürdigkeit einer Person an die Staatsbürgerschaft zu binden und so ein Ermittlungsverfahren nach dem AVG zu ersetzen?*

2. *Anfrage (Pr.Z. 1/LM/KGR): Abg Mag Christoph Chorherr an den Landeshauptmann:*

*Wann wird dem Wiener Landtag der Entwurf eines streng proportionalen, gerechten Wahlrechts zur Beschlußfassung vorliegen, wie er von GRÜNEN, ÖVP und FPÖ in der letzten Legislaturperiode als gemeinsamer Antrag eingebracht wurde, der mittlerweile auch vom LIF unterstützt wird?*

3. *Anfrage (Pr.Z. 1/LM/KFP): Abg Barbara Schöfnagel an den Landeshauptmann:*

*Welche gesetzlichen Vorkehrungen haben Sie gesetzt, um rückkehrwilligen bosnischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen?*

4. *Anfrage (Pr.Z. 1/LM/KSP): Abg Ernst Woller an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur:*

*Wie weit ist die Entwicklung bezüglich der Verordnung der Stadt Wien betreffend die Bedingungen der Darbietung von Straßenkunst in Wien im Jahr 1997?*

5. *Anfrage (Pr.Z. 3/LM/KLF): Abg Dr Wolfgang Alkier an den Landeshauptmann:*

*Die Liberalisierung der Öffnungszeiten ist unter anderem Voraussetzung für eine höhere Attraktivität Wiens als Tourismusziel. Nach dem geänderten Öffnungszeitengesetz hat der Landeshauptmann die Möglichkeit, erweiterte Ladenöffnungsregelungen zu verordnen. Bereiten Sie eine entsprechende Novellierung der Wiener Öffnungszeitenverordnung vor, um der neuen bundesgesetzlichen Lage Rechnung zu tragen, die Ihnen erweiterte Kompetenzen zur Verlängerung der Öffnungszeiten in Wien ermöglicht?)*

Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg Marco Smoliner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet. - Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Herzlichen Dank für die Erteilung des Wortes.

Ich glaube, ich spreche im Namen aller Abgeordneten, wenn ich mich für diesen wunderschönen Blumenruß bedanke. Es macht fast Freude, hier zu stehen und in diese Runde zu blicken. *(Allgemeiner Beifall.)* - *Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke vielmals!*

Nun zu Ihrer Frage, Herr Abgeordneter. Einleitend möchte ich zu Ihrer Frage nach der Versagung einer Aufenthaltsbewilligung für einen philippinischen Staatsangehörigen feststellen, daß es mir, wie Sie aber sicher auch nicht anders erwartet haben, aus Gründen der Amtsverschwiegenheit versagt ist, hier in einer öffentlichen Sitzung die konkreten Umstände des Einzelfalles zu behandeln. Sie wissen selbst ganz genau,

daß es nicht möglich ist, in einer Fragestunde Fragen zu behandeln, deren Geheimhaltung im Interesse des Betroffenen geboten ist. Von diesem festgelegten Grundsatz kann und werde ich sicher nicht abgehen. Ich nehme an, es ist aber auch nicht Ihre Intention, hier die Details des Einzelfalles zu diskutieren.

Zur konkreten Sache möchte ich daher nur so viel mitteilen, daß der zitierte Bescheid mittlerweile im Berufungsverfahren vom Innenministerium geprüft wurde. Das Bundesministerium für Inneres hat die Berufung abgewiesen und in seiner Begründung ausgeführt, daß die Ehe, die Grundlage für die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung war, nur zum Schein geschlossen worden ist. Damit wurde die Rechtsmeinung der MA 62 bestätigt.

Auf Ihre Frage, in welchem rechtlichen Zusammenhang diese Beurteilung zu sehen ist: Auch darauf ist das Innenministerium eingegangen und hat auf die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes hingewiesen, wonach die ausschließliche oder überwiegende Absicht, durch die Eheschließung nur die unbeschränkte Aufenthaltsmöglichkeit zu erlangen, für die Nichtigerklärung der Ehe ausreicht.

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich ebenfalls schon mit diesen Fragen befaßt und hat in ständiger Rechtsprechung erkannt, daß die rechtsmißbräuchliche Eingehung einer Ehe zwecks Beschaffung fremdenrechtlich bedeutsamer Berechtigungen ein Verhalten darstellt, welches dazu führt, daß die öffentliche Ordnung durch den weiteren Aufenthalt des Fremden in Österreich gefährdet wäre.

Somit lag im vorliegenden Fall ein zwingender Versagungsgrund vor.

Unabhängig davon ist meines Erachtens die Frage der Abwicklung einzelner Verwaltungsverfahren zu sehen. Selbstverständlich sind wir alle im höchsten Maße daran interessiert, daß die entsprechenden Verfahrensvorschriften ganz genau eingehalten werden. Sie wissen aber natürlich auch, daß es bei Zweifeln an der korrekten Abwicklung des Verfahrens die Möglichkeit einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gibt.

Mir ist bewußt, daß gerade die Debatte über Scheinehen ein äußerst sensibler Bereich ist, weil es hier darum geht, in sehr private und intime Bereiche einzudringen. Ich selbst habe mir daher sofort nach meinem Amtsantritt von der Arbeit der MA 62 ein Bild gemacht, war auch während des Kundenverkehrs in der Außenstelle im 11. Bezirk und habe versucht, dort mit möglichst vielen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Kontakt zu kommen, weil es mir sehr wichtig ist, einerseits den Beamten und Beamtinnen zu vermitteln, daß ich grundsätzlich mit einem Vertrauensvorschuß an alle meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen herangehe, daß es mir gleichzeitig aber ganz wichtig ist, daß gerade in einem Bereich, der so bedeutend ist, wo es um die Existenz von Menschen geht, mit der entsprechenden Sensibilität vorgegangen wird, Verfahren bürgerfreundlich, kundenorientiert und humanitär sen-

sibel geführt werden.

Ich kann Ihnen versprechen, daß ich alles in meiner Macht Stehende tun werde - denn dafür fühle ich mich als politisch Verantwortliche zuständig -, die Rahmenbedingungen zu schaffen, daß diese kundenorientierte, sensible und menschenfreundliche Handhabung der Gesetze auch entsprechend möglich ist. Das bedeutet, daß ich mich auch für entsprechende Schulungen und Unterstützung der Beamten und Beamtinnen einsetzen werde.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke.

Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Smoliner gestellt. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Marco Smoliner (L/F): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Es lag nicht in meiner Absicht - das haben Sie richtig erkannt -, auf die konkreten und einzelnen Daten dieses Falles einzugehen, es lag in meiner Absicht, zu dokumentieren, daß es offenbar möglich ist, in einem unvollständigen Ermittlungsverfahren an einem einzigen Tag, nämlich dem Tag der Aufnahme der Niederschrift, sofort einen ablehnenden Bescheid zu erlassen, ohne dem Recht auf Kenntnisnahme und Stellungnahme zum Ermittlungsergebnis, das im § 45 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes dokumentiert ist, Genüge zu tun.

Ich frage Sie - nicht zuletzt auch im Hinblick auf die ohne Ermittlungsverfahren gleichlautende Entscheidung des Bundesministeriums für Inneres -: Gibt es zwischen der MA 62 und den zuständigen Beamten des Bundesministeriums für Inneres Absprachen oder Übereinkommen über einheitliche Vorgangsweisen in derart gelagerten Fällen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StR Mag Renate Brauner: Die einzigen Übereinkommen, die es gibt, sind die, daß wir uns selbstverständlich an alle Gesetze und an alle Verfahrensbestimmungen halten. Dazu ist kein Übereinkommen notwendig. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das schließt jedoch nicht aus, daß es bei der Fülle von Verfahren, die nicht nur in der MA 62, sondern in vielen anderen Bereichen dieser Stadt notwendig sind, in Einzelfällen zu Fehlern kommen kann.

Das können wir beide aber nicht beurteilen. Dazu haben wir glücklicherweise in unserem Rechtsstaat einen Instanzenzug. Ich habe schon in meiner ersten Beantwortung darauf hingewiesen, wenn sich jemand in seinen Rechten verletzt fühlt, es natürlich möglich ist, den Instanzenweg zu beschreiten und sich an den Verwaltungsgerichtshof zu wenden.

Grundsätzlich sind wir alle bemüht - und ich ganz besonders als neu in diesem Bereich Tätige -, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitsbedingungen so sind, daß alle speziellen, detaillierten Verfahrensbestimmungen ganz genau eingehalten werden. Wie gesagt, dort, wo Menschen arbeiten, kann es Fehler geben. Ein Mangel kann nie dezidiert ausgeschlossen werden. Aber im Prinzip denke ich, daß die rechtlichen Grund-



lagen klar sind, daß der Instanzenzug klar ist, und in diesem konkreten Fall gehe ich davon aus, daß der Betroffene diesen Instanzenzug auch beschreiten wird.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke.

Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Jerusalem gestellt.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Zunächst einmal: Ich denke, daß mit dir ein neuer Wind in den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes durch die MA 62 kommen wird. Ich nehme das einmal an.

Ich stelle daher gleich meine Frage, weil ich an der Einhaltung der Menschenrechte am meisten interessiert bin. Ich nehme an, du wirst dich in Zukunft nicht, so wie das in der Vergangenheit geschehen ist, hinter irgendwelchen Gesetzen oder hinter der Bürokratie verschanzen. Meine Frage an dich ist daher: Wirst du dafür sorgen, daß in Zukunft die Menschenrechte ganz selbstverständlich eingehalten werden und ein Mensch in eigener Sache selbstverständlich angehört wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Renate Brauner: Zum einen kann ich die Diktion, daß man sich in der Vergangenheit hinter Gesetzen versteckt hat, natürlich nicht akzeptieren. Was heißt, hinter Gesetzen verstecken? Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, daß hier in diesem Haus auf Basis von Gesetzen, auf Basis der Rechtsstaatlichkeit gehandelt wird. Darüber brauchen wir, glaube ich, nicht zu diskutieren, das ist eine Selbstverständlichkeit.

Mir ist aber natürlich bewußt, daß gerade dieser Bereich - das habe ich vorher auch schon anzudeuten versucht - der Ermittlungsverfahren sehr sensibel ist. Es geht um Existenzen, es geht um Menschen, es geht um die Zukunft von vielen, vielen, die ihre Hoffnungen in dieses Land gesetzt haben.

Mein Grundprinzip ist selbstverständlich - das gilt für mich, für jede Einrichtung, überall dort, wo ein Mitarbeiter unseres Hauses, eine Mitarbeiterin unseres Hauses mit Bürgern oder Bürgerinnen Kontakt hat -, daß es unsere zentrale Aufgabe ist, kundenorientiert und sensibel zu arbeiten, auf die spezielle Situation der Betroffenen Rücksicht zu nehmen, auch auf die speziellen sozialen Zusammenhänge Rücksicht zu nehmen, in denen sich diejenigen, die sich mit einem Anliegen an die Stadt Wien wenden, befinden. Das gilt zum Beispiel auch für Frauen, die sich an die Stadt wenden und besondere Anliegen haben.

Das heißt, ich nehme mir selbstverständlich vor, dafür zu sorgen - überall kann es noch besser werden, und dieses Besserwerden nehme ich mir auch vor -, daß durch entsprechende Unterstützung, Schulung, Fortbildung, Supervision der Beamten und Beamtinnen diese in die Lage versetzt werden, gerade in sensiblen Bereichen mit der notwendigen Humanität und Sensibilität zu arbeiten, aber selbstverständlich - so war es und so bleibt es - auf Basis der Gesetze und der Rechtsstaatlichkeit. (Zwischenruf der Abg Susanne Jerusalem.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Abgeordnete,

Sie haben keine Zusatzfrage mehr.

Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Karl gestellt.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Werden Sie dafür eintreten, daß die Einbürgerungspraxis in allen Bundesländern möglichst gleich gehandhabt wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Renate Brauner: Ich bin grundsätzlich der Ansicht, daß die Bedingungen dafür, österreichischer Staatsbürger, österreichische Staatsbürgerin zu werden, selbstverständlich in allen Bundesländern gleich sein sollen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Kreißl gestellt.

Abg Michael Kreißl (FPÖ): Frau Stadträtin!

Ich gehe selbstverständlich davon aus und nehme das natürlich auch an, daß Sie sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Ich hätte eine Frage bezüglich der sogenannten Scheinehen, um die es hier geht. Da wurden ja vor Jahren die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich Aufenthaltsgenehmigung und Staatsbürgerschaft verschärft.

Mich würde interessieren, ob diese Scheinehen nach wie vor von einigen Einwanderungswilligen als probates Mittel zur Erlangung einer Aufenthaltsbewilligung gesehen werden, beziehungsweise ist Ihnen eine ungefähre Anzahl solcher Scheinehen aus dem letzten Jahr bekannt?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Renate Brauner: Ich glaube nicht, daß es meine Aufgabe ist, Untersuchungen anzustellen, was die Motivation der Menschen ist, die hierher kommen und in diesem Land leben und arbeiten wollen. Es gibt keine Untersuchung, keine Motivenforschung, warum jemand kommt. Vor allem können wir auch in keinen Menschen hineinschauen, ob die Dinge, die genannt werden, absolut 100prozentig auch dem Willen des Menschen entsprechen, oder ob andere Gründe mitspielen.

Grundsätzlich ist es so - und das haben Sie selbst sehr korrekt zitiert -: Es gibt sehr klare Bestimmungen und Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs und des Obersten Gerichtshofs, wann eine Scheinehe vorliegt und welche Konsequenzen das hat. Es ist natürlich im Rahmen des Verfahrens zur Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung notwendig und Aufgabe der zuständigen Beamten und Beamtinnen, die einzelnen Kriterien, für die Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung, zu prüfen. Da ist natürlich diese Prüfung ein Teil davon, aber beileibe nicht der größte.

Ich glaube jedenfalls nicht, daß es unsere Aufgabe ist, hier Motivenforschung zu betreiben und Untersuchungen anzustellen. Ich kann Ihnen als Fakten die von den Aufenthaltsverlängerungen, bei denen uns die Zahlen bekannt sind, nennen. Hier ist es klar, wie viele zustimmende und wie viele ablehnende Bescheide erteilt werden, und zwar zirka 95 Prozent - mit einer Schwankungsbreite - der Aufenthaltsbewilligungen werden verlängert. Nur bei 5 Prozent gibt es einen

Anlaß, diese Aufenthaltsbewilligung zu versagen. Dies geschieht aus unterschiedlichen Gründen. Die Scheinehe ist nur einer davon.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Smoliner gestellt. - Bitte.

Abg Marco Smoliner (LIF): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie haben zu Recht auf den Instanzenzug hingewiesen und zu Recht darauf hingewiesen, daß den Betroffenen die Möglichkeit des Ganges zum Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtshof freisteht.

Ich frage Sie: Wie beurteilen Sie persönlich die Chancen eines mittellosen, arbeitslosen und mittlerweile illegal in Österreich befindlichen Mannes, einen fünfstelligen Geldbetrag aufzubringen, um überhaupt einen Anwalt zur Einbringung dieser Verfassungsgerichtshofbeschwerde zu finden, und dann eineinhalb bis zwei Jahre in Österreich illegal zu überstehen, damit er das Ergebnis dieser Verfassungsgerichtshofbeschwerde abwarten kann?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Renate Brauner: Sie sprechen hier ein grundlegendes Problem an, nämlich die Frage des Zugangs zum Recht, der in unserer Gesellschaft nach wie vor einer ist, der auch von sozialen und ökonomischen Faktoren abhängt. Das kennen wir auch aus vielen anderen Bereichen. Da wir gestern eine Konsumentenschutzdebatte gehabt haben, ist das ein ganz typischer Bereich, wo auch die Frage gilt: Welche Möglichkeiten und Chancen habe ich, ein Recht, das mir theoretisch zusteht, in der Praxis auch durchzusetzen?

Deswegen bin ich grundsätzlich eine Verfechterin möglichst einfacher Verfahren, möglichst billiger Verfahren. Wir wissen beide, daß es natürlich nicht in meiner Kompetenz liegt, hier eine Regelung zu erlassen. Dort, wo ich meine Stimme erheben kann, und dort, wo ich Einflußmöglichkeit habe, aber ganz speziell auch in dem Fall des Instanzenzuges, im Zusammenhang mit Aufenthaltsbewilligungen, werde ich konkret dafür eintreten, Regelungen zu schaffen, die möglichst einfach sind, möglichst für jeden nutzbar sind und auch möglichst effizient für die Betroffenen sind.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke vielmals.

Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg Mag Christoph Chorcherr gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. - Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann!

In Beantwortung der Anfrage, wann dem Wiener Landtag der Entwurf eines streng proportionalen, gerechten Wahlrechtes zur Beschlußfassung vorgelegt wird, möchte ich zwei Dinge nicht tun: Das erste ist - oder ich möchte es doch tun -, ein bißchen darauf hinzuweisen, daß eine solche Frage an ein Mitglied der Exekutive etwas seltsam anmutet, denn das Wahlrecht ist ein Gesetz, und die gesetzgebende Körperschaft dafür ist der Landtag.

Das zweite, was ich sicherlich nicht machen werde, ist eine historische Aufarbeitung der Diskussion um die Gemeindewahlordnung und um das Wahlrecht; nicht einmal bis in die jüngste Vergangenheit, die wir ja schon gemeinsam bestreiten durften, in einer derartigen Diskussion darüber. Ich möchte lediglich daran erinnern, daß in der 1. Sitzung des Wiener Landtages in der nunmehr gerade begonnenen Legislaturperiode in Wien ein Antrag von Herrn Prof Karl eingebracht und letztendlich auch beschlossen und an die Frau amts StR Mag Brauner zugewiesen wurde.

Dem Ausschuß liegt dieser Beschluß und dieser Auftrag des Landtages vor, und ich gehe davon aus, daß in der kürzestmöglichen Zeit der gemeinsamen Arbeit dieser neue Entwurf für eine Gemeindewahlordnung dem Landtag vorgelegt wird, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß bei dem Fleiß der Abgeordneten gerade bei einer so wichtigen Gesetzesmaterie getrödel wird.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorcherr gestellt. Bitte.

Abg Mag Christoph Chorcherr (GRÜNE): Herr Landeshauptmann!

Ich möchte mich auch nicht damit aufhalten, die Vergangenheit in dieser so umstrittenen wesentlichen Frage aufzuarbeiten. Wir haben heute einen Initiativantrag eingebracht, um genau diese raschestmögliche Behandlung, an der wir sehr interessiert sind, durchzuführen, denn angesichts des Zustandes der Koalition, den wir gestern auch gesehen haben, ist möglicherweise in relativ kurzer Zeit mit Neuwahlen zu rechnen, und ich glaube, wir sind alle daran interessiert, mit einem gerechten Wahlrecht in diese Wahlen hineinzugehen.

Darum meine Nachfrage: Was ist aus Ihrer Sicht, Herr Landeshauptmann, der Sie nicht ganz einflußlos auf diese Frage sind, der kürzestmögliche Zeitlauf?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich denke, daß hier die Inhalte und die Sachlichkeit bestimmend sind und nicht sosehr die Wunschvorstellungen im Hinblick auf künftige Neuwahlen, denn ich darf dir versichern, dieser Wiener Landtag wird hinreichend Zeit haben, eine neue Gemeindewahlordnung substantiell vorzubereiten und genau auszudiskutieren.

Von dieser Seite her, denke ich, daß der Zeitdruck nicht gegeben ist, aber ich wünsche mir auch sehr, daß nicht getrödel wird, sondern daß wirklich gemeinschaftlich ordentlich gearbeitet wird, um eine neue Gemeindewahlordnung zu erlassen. Ich füge hinzu, daß die Sozialdemokraten zu dieser Diskussion und zu dieser Arbeit ohne Trödeln, aber auch inhaltlich fundiert, sehr gerne bereit sind.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke.

Die zweite Zusatzfrage würde gemäß Fraktionsvereinbarung dem LIF zustehen. - Herr Abg Dr Alkier, bitte.

Abg Dr Wolfgang Alkier (LIF): Sehr geehrter Herr

Landeshauptmann!

Sie waren gestern abend bei der Sitzung des Gemeinderates anwesend, wie die verschiedenen Anträge über die Privatisierung der Bank Austria zur Abstimmung kamen. Zuerst wurde der Antrag des Liberalen Forums auf vollständige Privatisierung der Bank Austria zur Abstimmung gebracht. Je nach Sicht oder Hörweise ist ein Ergebnis herausgekommen, wo 49 oder 50 Abgeordnete der roten und grünen Fraktion gegen unseren Antrag gestimmt haben, alle Abgeordneten des Liberalen Forums, der ÖVP und der FPÖ haben für unseren Antrag gestimmt.

Angenommen, am 13. Oktober wäre bereits nach einem proportionalen Wahlrecht gewählt worden, und angenommen, die Sitzverteilung in diesem Hohen Haus wäre gestern abend nach diesem proportionalen Wahlrecht auf die fünf Fraktionen verteilt gewesen, komme ich nunmehr zu meiner Frage: Wie wäre das Ergebnis der gestrigen Abstimmung gewesen, wäre der Antrag des Liberalen Forums auf vollständige Privatisierung der Bank Austria durchgegangen, und zwar mit welchem Verhältnis für die einzelnen Fraktionen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Da ich die Frage nicht kenne, zu der diese Zusatzfrage gestellt wurde, ist es natürlich für mich ein bißchen schwierig, sie zu beantworten. Ich fühle mich - da ich nicht in die Schule bei Herrn Prof Karl in Mathematik gegangen bin - momentan nicht in der Lage, das so präzise zu beantworten, wie das für eine Landtagssitzung notwendig wäre. Aber ich gehe davon aus, daß die Mandatszusammensetzung, so wie sie zurzeit im Wiener Landtag und auch im Gemeinderat gegeben ist, den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, und sehe daher auch keine Notwendigkeit, mich jetzt im Kopfrechnen zu üben.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Tschirf gestellt. - Bitte.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Herr Landeshauptmann!

Zu den Aufgaben der Magistratsdirektion, die Ihnen persönlich untersteht, gehört auch der Verfassungsdienst. Meine Frage daher: Werden Sie dem Verfassungsdienst der Stadt Wien den Auftrag geben, einen Entwurf hinsichtlich der Direktwahl des Bürgermeisters, nein, des Bezirksvorstehers auszuarbeiten? (GR Johann Hatzl: Also was jetzt?)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich halte auch den Versprecher für nicht uninteressant (Heiterkeit bei der SPÖ.) - mit Versprechern haben wir es in der letzten Zeit -, und ich darf Ihnen versichern, daß wir in die Gespräche, die über eine neue Gemeindewahlordnung zu führen sind, völlig offen und vorbehaltlos hineingehen. Das heißt, ich kann mir selbstverständlich vorstellen, daß wir auch derartigen Elementen wie Direktwahl - von wem auch immer -

durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen, und man diese Dinge durchaus diskutieren und erwägen sollte.

So wie wir auch gemeinsam darüber nachdenken, wie bei einer weiteren Dezentralisierung, das heißt, einer Aufgabenverteilung an die Bezirke, die Organisation, und zwar auch die politische Organisation, dem Rechnung tragen soll, so meine ich, daß wir selbstverständlich auch darüber nachdenken sollten, wie sich im Hinblick auf eine Gemeindewahlordnung diese Aufgabenverteilung darauf auswirkt. Ich bin bereit, darüber zu reden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Günther gestellt. - Bitte.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Herr Landeshauptmann!

Ebenfalls eine inhaltliche Frage: Anlässlich der Diskussion über das Wiener Wahlrecht wurde von der FPÖ der Gedanke eingebracht, daß die Ausschußvorsitzenden nach der Zusammensetzung im Gemeinderat zu bestimmen sind. Derzeit erfolgt das nach der Zusammensetzung im Ausschuß selbst nach d'Hondt. Damit ist gesichert, daß die stärkste Fraktion auf alle Fälle den Ausschußvorsitzenden stellt.

Jetzt meine Frage dazu: Können Sie sich eine gesetzliche Regelung vorstellen, daß die Zusammensetzung der Ausschußvorsitzenden aufgrund des Ergebnisses bei den Wahlen und der Zusammensetzung im Gemeinderat stattfindet, um nicht zum Beispiel Ausschußvorsitzende aufgrund von Schenkungen für Koalitionspartner weiterzugeben?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Zunächst einmal habe ich den Eindruck, daß es sich hier um eine Geschäftsordnungsfrage und nicht um eine Wahlrechtsfrage handelt. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß die Ausschußvorsitzenden im Wahlrecht festgelegt sind. Aber wie dem auch immer sei, wir wollen uns nicht in Rechtspingeligkeiten ergehen, ob jetzt Wahlrecht oder Geschäftsordnung. Es ist ja ohnehin ein innerer Zusammenhang gegeben, und wir wollen nicht so kleinlich sein, nehme ich an. Wir jedenfalls wollen dabei nicht so kleinlich sein.

Sei dem, wie auch immer, ich kann mir natürlich in einer Geschäftsordnungsneuregelung auch derartige Dinge vorstellen, aber ich halte schon auch fest, daß die heutige Realität so ist, daß Ausschußvorsitzende nicht ausschließlich von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt werden. Wenn Sie das als einen Schenkungsakt bezeichnen, dann steht Ihnen das natürlich zu, und das soll auch in keiner Weise geschmälert werden.

Ich denke, daß es einfach auch eine Frage dessen ist, wie man beispielsweise die Besetzung von Ausschußvorsitzenden in den Zwischenparteiengesprächen sieht. Ich weiß nicht, ob mit der Freiheitlichen Partei diesbezüglich auch Gespräche geführt worden sind oder mit den GRÜNEN oder mit den Liberalen. Sei dem, wie dem auch sei! Selbstverständlich stehe ich auch

einer entsprechenden Änderung in der Geschäftsordnung persönlich durchaus offen und neutral gegenüber.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke.

Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorrherr.

Abg Mag Christoph Chorrherr (GRÜNE): Die fünfte Zusatzfrage, Herr Landeshauptmann, dient der Präzisierung der ersten Frage und auch dem Nachbohren hinsichtlich Ihrer Antwort. Sie haben davon gesprochen, daß dieser Entwurf vorgelegt werden wird und daß es zu einem Ergebnis ohne Trödeln, aber nach einer eingehenden Diskussion, kommt. Das kann sich über Jahre erstrecken oder das kann rasch gehen.

Sie können der Diskussion hier herinnen nicht vorgreifen, aber noch einmal: Da Sie als Landeshauptmann auch über gewisse Einflußmöglichkeiten verfügen und ich es für notwendig erachte, daß es bis zu den nächsten Wahlen zu einem modifizierten proportionalen Wahlrecht kommt, bezieht sich meine Frage auf die Präzisierung dieses Zeitraumes. Können Sie sich gut vorstellen, daß "nicht trödeln" und "ausführlich diskutieren" heißt, daß es zu einer Beschlußfassung im Jahre 1997 kommt?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Es wäre natürlich eine ausgesprochene Verwegenheit und Unkorrektheit, wenn der Landeshauptmann den Landtag präjudizieren würde, im Hinblick auf eine Terminsetzung, eine Fristsetzung für die Beschlußfassung eines Gesetzes, denn dies obliegt ausschließlich den frei gewählten Abgeordneten dieses Landtages.

Wenn Sie mich nach meiner persönlichen Meinung fragen, dann denke ich, daß drei Jahre beispielsweise ein Trödeln wären, vom Zeithorizont her gesehen. Also meine ich, daß man 1997 jedenfalls in den Verhandlungen so weit kommen sollte, daß die Abschlußperspektive deutlich zu erkennen ist. Dies sei lediglich als eine persönliche Meinung hier geäußert und stellt selbstverständlich keine Vorgabe dar, die der Landeshauptmann gegenüber dem Landtag trifft.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke für die Beantwortung.

Die 3. Anfrage wurde von Frau Abg Barbara Schöfnagel gestellt und ist ebenfalls an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete!

Zu Ihrer Anfrage: "Welche gesetzlichen Vorkehrungen haben Sie gesetzt, um rückkehrwilligen bosnischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen"?, darf ich zunächst feststellen, daß ich keine gesetzlichen Vorkehrungen treffen kann, weil die Gesetzgebung der Bundesländer den Landtagen zukommt und zudem die Gesetzgebungskompetenz in Flüchtlingsangelegenheiten nicht Landessache, sondern Bundesangelegenheit ist.

Der Bund und die Bundesländer haben allerdings die

Betreuung der bosnischen Flüchtlinge gemeinsam festgelegt und auch die Durchführung gemeinsam organisiert. Nach den gemeinsam von den Bundesländern und dem Bund getroffenen Festlegungen wird bedürftigen - ich nehme an, das wird im Realitätsfall ein sehr hoher Prozentsatz sein - in ihre Heimat zurückkehrenden Flüchtlingen eine Unterstützung für die Rückreise in der Höhe von 1 500 S pro Person gewährt. Allenfalls kann pro Familie noch ein weiterer Betrag von ebenfalls 1 500 S für Transportkosten zur Anweisung gelangen.

Ich denke, daß diese gemeinsame Aktion des Bundes mit allen Bundesländern und eine interne Akkordierung auch zwischen den einzelnen Bundesländern eine sehr wesentliche und wichtige Maßnahme sind, um nicht nur den Inhalt, sondern auch den Geist des Friedensabkommen von Dayton zu erfüllen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Landeshauptmann.

Die erste Zusatzfrage wird ebenfalls von Frau Abg Schöfnagel gestellt. - Bitte.

Abg Barbara Schöfnagel (FPÖ): Herr Landeshauptmann!

Ich weiß natürlich, daß die Gesetze Bundessache sind. Trotzdem bin ich der Meinung, daß Sie gezielte Maßnahmen setzen beziehungsweise Gespräche führen können, um neben der Integration auch eine Möglichkeit der Rückführung der Flüchtlinge zu initiieren.

Ich weiß mich aufgrund eines Gesprächs, das ich mit Ihnen geführt habe, bevor Sie Bürgermeister wurden, mit Ihnen einer Meinung, daß Sie auch sagen, daß diese Rückführung neben der Integration eine sinnvolle Begleitmaßnahme ist.

Ich frage Sie daher, ob Sie wirklich meinen, daß diese 1 500 S, die die Flüchtlinge für die Reisekosten bekommen, ausreichend sind, um sie zu motivieren, wieder nach Hause zu gehen, oder ob man nicht, so wie wir es gestern in unserem Antrag eingebracht haben, größere Maßnahmen setzen müßte, um die Bereitschaft der Flüchtlinge, wieder zurückzugehen, insofern zu verstärken, daß man sagt, man hilft ihnen, in der eigenen Heimat wieder Fuß zu fassen, und daß man dafür Unterstützungsprogramme durchführt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Frau Landtagsabgeordnete!

Ich habe mir den Antrag, den Sie gestern eingebracht haben, sehr genau angeschaut. Ich denke, daß in diesem Antrag eine ganze Menge drinnen ist, was ich auch befürworten würde und was ich sehr ähnlich sehe. Wenn wir in der Frage des Prinzips der Freiwilligkeit übereinstimmen und die Zwangsrepatriierung ablehnen - ich weiß, daß wir beide das jedenfalls tun; dies ist auch ein wesentlicher Bestandteil des Friedensabkommens von Dayton, nämlich das Prinzip der Freiwilligkeit der Rückkehr -, dann denke ich, daß wir auch die Verpflichtung haben, hier Hilfestellung zu leisten, so wie wir die Verpflichtung haben, auch bei

den Integrationsmaßnahmen zu helfen.

Da ich auch einigermaßen die Zahlen jener Flüchtlinge kenne, die mit dieser finanziellen Unterstützung zurückgekehrt sind, denke ich, daß wir auf der Basis auch dieser Ihrer Initiative darüber nachdenken sollten, wie wir tatsächlich zu zusätzlichen Hilfestellungen kommen können.

Ich kann Ihnen daher in Beantwortung dieser Zusatzfrage jedenfalls von meiner Seite her sagen, daß auch wir Sozialdemokraten uns diesen Antrag sehr genau anschauen werden, denn ich denke, daß viel dabei ist, das einer gemeinsamen Grundintention entspricht und das vor allem auch eine Unterstützung und eine tatsächliche Hilfe für die freiwilligen Rückkehrer in ihre Heimat darstellt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Landeshauptmann.

Die zweite Zusatzfrage würde dem LIF zustehen. Wird eine gestellt? - Frau Abg Mag Bolena, bitte.

Abg Mag Alexandra Bolena (LIF): Abgesehen davon, Herr Landeshauptmann, daß uns bekannt ist, daß der Landeshauptmann keine Gesetze erläßt, wollen wir die Frage stellen, welche besonderen Wiener Landesgesetze es überhaupt geben könnte, die Einfluß darauf haben, ob bosnische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können oder nicht?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Die Frage ist einfach zu beantworten: Keine. Denn wie ich vorher schon dargestellt habe, ist das Bundesangelegenheit. Sehr wohl aber können finanzielle, organisatorische, administrative Maßnahmen gesetzt werden, so wie etwa dieser Vorschlag auf Einrichtung eines Fonds - man muß nachdenken, ob das eine geeignete Konstruktion ist -, um hier auch Unterstützung zu geben, aber ich sage noch einmal, ausschließlich auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basierende Hilfe. Das ist etwas, was wir selbstverständlich auch im Rahmen des Landtages respektive der Gemeinde machen können und, ich denke, eigentlich auch machen sollten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke.

Die dritte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Vassilakou gestellt. - Bitte.

Abg Mag Maria Vassilakou (GRÜNE): Herr Landeshauptmann!

Ein Teil der bosnischen Flüchtlinge ist noch nicht rückkehrwillig, muß aber zurückkehren. Ich spreche von denjenigen, die bosnische Serben sind, die auch im Rahmen der De-facto-Aktion der MA 12 unterstützt werden.

Nun gibt es die Problematik, daß ein Teil ihrer alten jugoslawischen Pässe bereits abgelaufen ist oder bald abläuft, und diese Personen haben größere Schwierigkeiten, einen bosnischen Paß zu bekommen. Ohne gültigen Paß können sie keinen Sichtvermerk bekommen, ohne Sichtvermerk fliegen sie aus der De-facto-Aktion raus.

Sind Sie sich der Problematik bewußt, und was ge-

denken Sie in dieser Causa zu unternehmen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich bin mir dieser Problematik bewußt. Ich habe auch Frau StR Mag Brauner gebeten, mit dem Innenminister ein diesbezügliches Gespräch zu führen, um diese - wenn ich jetzt Detailfrage sage, will ich das nicht abwertend verstanden wissen, denn jedes Einzelschicksal ist von Bedeutung - Detailfrage auch noch zusätzlich zu klären, was hier zu tun ist, etwa in Zusammenarbeit mit dem UNO-Flüchtlingshochkommissariat, im Hinblick auf Rechtssicherstellungen. Es wäre wohl die größte Problematik, die wir haben, wenn auf diese Art und Weise dieses von mir hochgehaltene und geschätzte Prinzip der Freiwilligkeit durchbrochen werden würde.

Wie die Lösung dazu ausschaut, kann ich Ihnen allerdings - das sei ehrlicherweise hinzugefügt - zur Stunde nicht sagen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Georg Fuchs gestellt.

Abg Georg Fuchs (ÖVP): Herr Landeshauptmann!

Welche Vorkehrungen haben Sie für jene bosnischen Flüchtlinge, die hierbleiben wollen, getroffen, damit ihnen im Bereich des Wohnungswesen geholfen wird, und zwar besonders unter dem Aspekt, daß bei einem erweiterten Eintrittsrecht vor allem die billigen Wohnungen nicht mehr auf den Markt kommen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Zum ersten bin ich dankbar dafür, daß Sie ergänzend auch den Integrationsaspekt in diese Diskussion einbringen.

Zum zweiten ist es für mich keine ausgemachte Sache, daß die sogenannten billigen Wohnungen durch das erweiterte Eintrittsrecht jetzt nicht mehr auf den Markt kommen. Wir werden in der Marktbeobachtung sehen, ob diese Einschätzung so stimmt. Wenn sie stimmen sollte, dann sind ohnehin auch andere Maßnahmen zu treffen, daß dies sehr wohl wieder möglich ist, denn das ist nicht der Sinn der Sache und der Hintergrund der Überlegungen, die bei der Neuregelung des Eintrittsrechtes geistig Pate gestanden haben.

Es sind drei Felder, die wir, so denke ich, auch gemeinsam im Hinblick auf die Integration im Wohnungsbereich zu sehen haben. Das eine ist das verstärkte Zurverfügungstellen auch in dem Teil des sozialen Wohnbaus, der den Genossenschaftsbereich betrifft; dies vor allem für jene, die seit einiger Zeit auch in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert sind.

Zum zweiten gibt es die Unterstützungsaktion, die Herr StR Faymann ins Leben gerufen hat, im Hinblick auf eine Rechtsunterstützung für Flüchtlinge, wenn sie im Altbaubereich vor entsprechenden Problemen mit Hausverwaltung oder Hauseigentümer stehen.

Zum dritten werden - das ist etwas, was mir besonders am Herzen liegt - die sogenannten Wohnintegrationsprojekte durchgeführt. Durch Aufkäufe werden ganz gezielt - und zwar nicht nur durch die Stadt, son-

dern durchaus auch von Initiativen, von Wohnbaugenossenschaften, von Wohnbauträgern und auch anderen - Wohnintegrationsprojekte durchgeführt, die letztendlich jenem Beispiel folgen, das wir zum Teil auch aus anderen Städten kennen. Daran beteiligen sich insbesondere auch jüngere Leute, die keine Probleme damit haben, wenn jemand mit einem Kopftuch oder mit so einem Strumpfhauerl neben ihnen wohnt, der an sich ein liebenswürdiger Mensch ist, aber nur eben einmal etwas anderes trägt. Die stört das nicht und daher können sie durchaus auch entsprechend miteinander leben.

Es sind derzeit fünf ganz konkrete Projekte in unserer Stadt in Umsetzung. Ich finde, das ist ein sehr guter Einstieg in diese Integrationswohnprojektformen, und ich denke, daß dies auch ein sehr zukunftssträchtiger Weg ist, wo mit Unterstützung der Stadt Initiativen im Integrationsbereich gesetzt werden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke für die Beantwortung.

Die fünfte Zusatzfrage wird Frau Abg Schöfnagel stellen.

Abg Barbara Schöfnagel (FPÖ): Die bosnischen Regierungsverantwortlichen drängen sehr darauf, daß gesunde Menschen, die den Krieg überstanden haben, wieder in ihre Heimat zurückkommen, um den Wiederaufbau mitzutragen. Das ist mit ein Grund, warum wir sagen, man soll die Leute motivieren, zurückzugehen.

Jetzt gibt es natürlich viele bosnische Flüchtlinge, die hier inzwischen ein wenig Fuß gefaßt haben und sagen: Lieber hier ein schlechtes Leben, als in eine Ungewißheit nach Hause zu gehen.

Ich frage Sie daher: Wenn Sie jetzt beabsichtigen, eine Stiftung oder eine ähnliche Konstruktion für eine Motivation zur Rückführung einzurichten, kann dies dann so intensiv und schwerpunktmäßig in die Richtung gehen, daß sich die Leute auch wirklich motiviert fühlen, ein relativ bequemes Leben hier aufzugeben und die Aufgabe, ihre Heimat wieder aufzubauen, wahrzunehmen und nach Hause zurückzugehen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Zunächst einmal habe ich ein sehr hohes Verständnis für die Auffassung, die etwa auch Ministerpräsident Izetbegovic hier vertreten und kommuniziert hat. Ich kann mich zwar persönlich nicht daran erinnern - ich bin erst fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges geboren worden -, aber aus den verschiedensten Erzählungen sehe ich eine Ähnlichkeit darin, daß bei uns viele Flüchtlinge in die Heimat zurückgekehrt sind, um am Wiederaufbau der Heimat mitzuarbeiten. Daher ist das natürlich, wenn man so will, ein für uns verständlicher, durchaus auch historischer Vergleich. Ich verstehe daher die Haltung, die die bosnische Regierung dazu einnimmt, und ich denke, daß dem von unserer Seite her auch Rechnung zu tragen ist.

Ich sage daher noch einmal: Alles, was auf dem Prinzip der Freiwilligkeit fußt, halte ich für gut, halte

ich für richtig und halte ich für unterstützenswürdig. Wenn man hier eine Unterstützung anbietet, dann macht es wahrscheinlich wenig Sinn, wenn man selbige verschweigt. Also werden wir diese Unterstützung selbstverständlich auch entsprechend propagieren, sodaß alle, die diese Unterstützung in Anspruch nehmen wollen, natürlich davon einmal wissen und tatsächlich auch den Zugang dazu haben. Aber ich werde mit Sicherheit alles ablehnen, was in Richtung von Zwangsmaßnahmen läuft. Ich sage das, damit meine Grenze und meine Haltung dazu auch unmißverständlich dargestellt sind.

Selbstverständlich werden wir natürlich alle Leute von jenen Zusatzaktivitäten in Kenntnis setzen, die über das hinausgehen, was zwischen den Bundesländern und dem Bund vereinbart ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke für die Beantwortung, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen zur 4. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg Ernst Woller gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur gerichtet. - Herr Stadtrat, ich bitte Sie um die Beantwortung.

Amtsf StR Dr Peter Marboe: Herr Abgeordneter!

Wie Sie wissen, ist noch unter der Ressortleitung von Frau amtsf StR Dr Pasterk vom Wiener Landtag am 3. November 1995 das Wiener Veranstaltungs-gesetz in der Form novelliert worden, daß es zu einer liberaleren Regelung der Ausübung von Straßenkunst kommen sollte. Der Magistrat wurde daraufhin ermächtigt, nach Anhörung der örtlich zuständigen Bezirksvorsteher und der Bundespolizeidirektion Wien, eine Straßenkunstverordnung zu erlassen.

"Liberaler" sage ich deswegen, weil auch die stillen Künstler miteinbezogen werden sollten und weil es darum ging, sie überall musizieren und ihre Kunst darstellen zu lassen.

Der Entwurf der Verordnung liegt nunmehr vor und wird von mir so zeitgerecht unterschrieben werden, daß er am 1. Jänner in Kraft treten kann.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird ebenfalls von Herrn Abg Woller gestellt. - Bitte.

Abg Ernst Woller (SPÖ): Sie wissen wahrscheinlich auch aus Ihren Recherchen innerhalb der MA 7, daß das eine unendliche Geschichte ist, die vor allem vom Bezirksvorsteher der Inneren Stadt, Dr Schmitz, behindert wird. Es ist so, daß dieser Verordnungsentwurf seit über einem Jahr in sehr verantwortungsvoller Art und Weise von den Stellen des Magistrats, der MA 7 und der Herren Bereichsleiter Dr Brunner mit BV Schmitz verhandelt wird, und er es immer wieder geschafft hat, das zu verzögern.

Nun sind wir in der sehr schwierigen Situation, daß mit Ende dieses Jahres die Musizierplatzverordnung ausläuft und daß es, wenn Sie jetzt nicht noch bis 31. Dezember dieses Jahres eine Entscheidung treffen, ab 1. 1. 1997 keine Regelung mehr gibt, in Wien frei zu musizieren und die stillen Künste auszuüben. Sie wissen ja sicher auch, daß diese Regelung hier im

Landtag im November 1995 einstimmig beschlossen worden ist, also auch mit den Stimmen Ihrer Partei, daher ist es für uns umso unverständlicher, daß ein Bezirksvorsteher Ihrer Partei es jetzt seit über 13 Monaten schafft, das zu behindern, und jetzt die Gefahr besteht, daß es ab 1. 1. 1997 keine Regelung, das heißt, keine Möglichkeit des freien Musizieren in der Inneren Stadt gibt. *(Abg Gerhard Pfeiffer: Die Frage!)* Sie wissen sicher genausogut wie ich...

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend)*: Herr Abgeordneter, bitte die Zusatzfrage.

Abg Ernst Woller *(fortsetzend)*: Ja, ich komme gleich zur Frage. Sie wissen genausogut wie ich, daß es natürlich auch zum Flair unserer Stadt gehört, daß es in der Inneren Stadt, in den Fußgängerzonen, dort, wo die meisten Touristen sind, kulturelles Leben auf der Straße gibt.

Ich frage Sie daher sehr konkret: Sind Sie bereit, auch gegen den Bezirksvorsteher der Inneren Stadt, diese Entscheidung zu treffen, und was haben Sie in den letzten Wochen bereits versucht, um hier endgültig zu einer Regelung zu kommen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amts StR Dr Peter Marboe: Danke, Frau Präsidentin.

Ich habe ja einen Teil der Zusatzfrage schon in meiner ersten Frage beantwortet. Ich werde so zeitgerecht unterschreiben, daß die Verordnung am 1. Jänner in Kraft treten kann. Außerdem, Herr Abgeordneter, gab es Einwände von vier Bezirken, vom 1., 2., 4. und 7. Die vom 2., 4. und 7. konnten bereinigt werden, die vom 1. noch nicht, und ich habe daher meine Beamten gebeten - wie es übrigens auch in der Gesetzesnovelle steht, nämlich Anhörung der Bezirke -, den Bezirk noch einmal anzuhören, und wurde vom 1. Bezirk gebeten, noch heute zuzuwarten, weil es eine konstituierende Bezirksvertretungssitzung gibt und der Bezirksvorsteher das dort zum Tagesordnungspunkt machen möchte.

Ich weiß mich mit dem Herrn Bürgermeister einer Meinung, daß wir das noch anhören sollten, umso mehr als sich am Inkrafttreten nichts ändern wird. Ich werde morgen in der Früh meine Entscheidung so treffen, daß Sie damit sehr gut leben werden können und, wie ich hoffe, auch die Straßenkünstler.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Unterreiner gestellt. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Mag Heidemarie Unterreiner *(FPÖ)*: Herr Stadtrat!

Angeichts der Tatsache, daß fast jede leere Fläche, jeder Platz in der Innenstadt für Veranstaltungen genützt wird, und zwar für Großveranstaltungen, erscheint mir die Diskussion um die Musizierungsverordnung von einer charmannten Liebesswürdigkeit zu sein. Da wachsen riesige Zelte empor, Sprungschanzen werden gebaut, jahrein, jahraus ist Jubel, Trubel, Heiterkeit. Das ist natürlich für viele Wiener sehr lustig, für die Bewohner der Innenstadt ist das aber eine große Bela-

stung.

Ich als Mandatarin des 1. Bezirks frage Sie nun: Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß die Innenstadt zum Rummelplatz von Wien wurde?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat, bitte.

Amts StR Dr Peter Marboe: Also ich muß Ihnen ganz offen sagen, daß ich die Bezeichnung der Innenstadt als Rummelplatz von Wien nicht so empfinden kann. Ich glaube, daß die Straßenkünstler das Stadtbild eher beleben und dazu beitragen, daß sich etwas tut. Ich glaube aber umgekehrt, daß man die Sorgen der Anrainer, in dem Fall der Geschäftsleute, der Anwälte und so weiter, ernst nehmen sollte.

Deshalb wird die Verordnung auch auf Probe erlassen, und wir werden uns sehr genau anschauen, wie man damit zurechtkommt. Ich glaube, das sind wir den Bewohnern des 1. Bezirkes auch schuldig. Insgesamt gehört das aber zu einer internationalen Stadt, und es würde auch jedem fehlen, den Bewohnern und den Touristen, wenn sich hier nichts abspielen würde in unserer Stadt, aber in einem Maße, das erträglich ist. *(Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird vom LIF gestellt. Wer stellt sie? - Frau Abg Mag Hecht. Bitte.

Abg Mag Gabriele Hecht *(LIF)*: Herr Stadtrat, wir haben jetzt gehört, daß bereits seit über einem Jahr über dieses Sache diskutiert wird, und ich wundere mich eigentlich über die Frage von der SPÖ jetzt an Sie. Ich würde gerne wissen - Sie sind seit drei Wochen Stadtrat und haben den Akt vorige Woche das erste Mal bekommen -: Warum ist diese Verordnung, wenn sie so wichtig ist und Ende des Jahres ausläuft, nicht schon vor dem 13. Oktober erledigt worden? *(Beifall beim LIF und bei der ÖVP.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat, bitte.

Amts StR Dr Peter Marboe: Herr Abg Woller hat diese Frist ein bißchen extensiv interpretiert. Meine Beamten haben hier ordentlich und hervorragend gearbeitet, haben alle Bezirke befragt - es ist ja nicht so einfach, von 23 Bezirken die Stellungnahmen einzuholen - und waren am 10. Oktober in der Lage - drei Tage vor der Wahl -, mit Einlaufstempel 16. Oktober - drei Tage nach der Wahl -, sämtliche Evaluierungen vor sich zu haben. Sie haben dann in einer durchaus vertretbaren Frist von ein paar Wochen mir vorige Woche den Verordnungsentwurf vorgelegt, so rechtzeitig, damit die Verordnung am 1. Jänner in Kraft treten kann.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt. - Bitte.

Abg Jutta Sander *(GRÜNE)*: Ich wundere mich über die gute Koalitionsstimmung hier im Haus. Übrigens entnehme ich den Medien, daß jetzt auch Herr Schmitz nichts mehr dagegen hat, daß es zur Beschlußfassung kommt.

Meine Frage ist ein bißchen an der Seite dieses



Ganzen stehend: Es gab bisher am Donnerstag nachmittag immer einen Nachmittag der Kleinkunst. Wird es trotz Genehmigung dieser Verordnung weiterhin diesen Kleinkunstmittag für stille Künstler geben?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat, bitte.

Amts StR Dr Peter Marboe: Das hoffe ich.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Woller gestellt.

Abg Ernst Woller (SPÖ): Ich stelle fest, daß sich die rechte bürgerliche Koalition sehr rasch gefunden hat und sehr gut funktioniert in diesem Haus. Das ist nicht besonders angenehm, aber es ist einigermaßen klärend für die politische Situation.

Das zweite, was ich feststellen möchte, ist, daß die Bezirke 2, 4 und 7 sehr bescheidene Einwände gemacht haben, und es innerhalb von wenigen Tagen möglich war, mit den Bezirksvorstehungen des 2., 4. und 7. Bezirkes die Probleme und Fragen auszuräumen. (Abg Gerhard Pfeiffer: *Fragel*) Nicht möglich war das mit BV Dr Schmitz, und es gab wirklich unzählige Gespräche zwischen den MA 7-Vertretern und Herrn OSR Dr Brunner einerseits (*Ruf bei der ÖVP: Fragel*) und Dr Schmitz auf der anderen Seite, und ich weiß auch aus der Vorbereitung der Bezirksvertretung heute...

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Die Zusatzfrage bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Ernst Woller (fortsetzend): ..., daß offensichtlich dort kein Beschluß zustande kommen soll, der Ihre Entscheidung unterstützt.

Es gibt den vermittelnden Vorschlag der MA 7, das auf ein Jahr zu befristen, aber bei der seinerzeitigen Verordnung zu bleiben, daß auf allen Plätzen des 1. Bezirkes die stillen Künste ausgeübt werden können.

Daher frage ich Sie sehr konkret, ob Sie diese Form des Kompromisses im Auge haben, wenn Sie sagen, Sie werden in den nächsten Tagen noch entscheiden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat, bitte.

Amts StR Dr Peter Marboe: Wir kennen Herrn OSR Dr Brunner als besonders sorgfältigen Kollegen. Er hat uns am 10. Oktober diese Mitteilung gemacht, offensichtlich im wirklichen Bemühen, ein Einvernehmen herzustellen. Ich will jetzt nicht präjudizieren, was der Bezirk heute beschließt. Ich werde auch nicht einige Tage brauchen, sondern nur bis morgen früh, um diesen Verordnungsentwurf in Kraft zu setzen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke vielmals.

Wir kommen nun zur 5. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg Dr Wolfgang Alkier gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. - Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Zu Ihrer Anfrage, ob ich eine Novellierung der Wiener Öffnungszeitenverordnung vorbereite, um der neuen bundesgesetzlichen Lage Rechnung zu tragen, darf ich Ihnen mitteilen, daß nach dem formalen Wirksam-

werden des vom Nationalrat beschlossenen Öffnungszeitengesetzes selbstverständlich eine Anpassung der Wiener Öffnungszeitenverordnung durchgeführt wird. Ich habe daher die zuständige Dienststelle schon jetzt beauftragt, eine dem neuen Öffnungszeitengesetz entsprechende Novellierung der Wiener Öffnungszeitenverordnung vorzubereiten.

Ich werde dort, wo mir das neue Öffnungszeitengesetz unter bestimmten Voraussetzungen weitergehende Ladenschlußregelungen ermöglicht, zunächst sicher das Einvernehmen mit den Sozialpartnern herstellen und in einer aus meiner Sicht heraus gesehen bewährten Weise diese Frage mit allen Betroffenen erörtern.

Die gleichfalls nach dem neuen Öffnungszeitengesetz dem Landeshauptmann eingeräumte Möglichkeit, für Familienbetriebe im Interesse der Nahversorgung eine längere tägliche Offenhaltezeit zuzulassen, werde ich mit den Vertretern der Wiener Wirtschaft erörtern. Ich habe den Präsidenten der Wiener Wirtschaftskammer daher gebeten, in einer ihm geeignet erscheinenden Weise zu ermitteln, ob hier eine ausreichende Akzeptanz für eine solche Regelung zu erwarten ist. Das heißt, ich werde meine Entscheidung natürlich auch von der Meinung der Betroffenen, in diesem Fall den Wirtschaftstreibenden, abhängig machen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Landeshauptmann.

Die erste Zusatzfrage stellt ebenfalls Herr Abg Dr Alkier.

Abg Dr Wolfgang Alkier (LIF): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich entnehme Ihrer Beantwortung, daß Sie vorerst mit den Sozialpartnern Gespräche führen werden und daß Ihre Entscheidung, inwieweit Öffnungszeiten liberalisiert werden, sehr stark vom Ergebnis dieser Gespräche abhängen wird.

Jetzt frage ich Sie aber persönlich: Werden Sie als Gesprächsteilnehmer dieser Gespräche darauf drängen, daß Sie Ihre Kompetenzen im Rahmen des § 6 des neuen Öffnungszeitengesetzes maximal ausnützen können?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich sage noch einmal dazu: Für mich hat es einen sehr hohen Stellenwert, gerade auch in dieser Frage das Einvernehmen mit den Sozialpartnern herzustellen, denn ich denke, daß man vor dem Hintergrund persönlicher Befindlichkeit und Bedürfnisse nicht die Probleme anderer übersehen darf. Die Reform, die mit verlängerten Öffnungszeiten zweifelsohne wahrscheinlich uns allen sehr zupass kommt, hat natürlich auch eine andere Seite, nämlich diejenige der Angestellten, die dort arbeiten, die dort ihre Arbeit verrichten müssen. Ich meine, daß man bei aller persönlichen Befürwortung längerer Öffnungszeiten die Anliegen der Angestellten, der betroffenen Arbeitnehmer dabei nicht vergessen darf.

Das ist der Grund - und nicht traditionalistisch-ideologische Gründe -, warum ich meine, daß



hier auch das Einvernehmen mit den Sozialpartnern herzustellen ist.

Im Übrigen darf ich darauf verweisen, daß, was diesen Teil betrifft, die Möglichkeiten des Landeshauptmannes durch dieses Bundesgesetz durchaus eingeschränkte sind. Bei Familienbetrieben ist das eine andere Sache. Aber auch hier geht es darum, daß wir gerade mit den Betroffenen diese Diskussion führen, sie anhören, ihre Meinung dazu hören.

Ich persönlich bin allerdings der Auffassung, daß diese erweiterten Öffnungszeiten, diese Möglichkeiten für die Familienbetriebe eine große Chance darstellen - ebenso wie die Qualitätsfrage -, insbesondere im Handel eine zusätzliche Chance darstellen, in diesem Wettbewerb mit den Großen bestehen zu können.

Daher ist diese Diskussion auch in Richtung einer - wenn man so sagen will - Motivation zu führen, die mir persönlich auch sehr, sehr wichtig erscheint. Aber nichtsdestotrotz - das sage ich dazu - werde ich hier sicherlich nicht gegen die Wünsche der Betroffenen entscheiden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Dipl Ing Dr Rothauer gestellt. - Bitte.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer: Herr Landeshauptmann!

Man hat ja schon während der Debatte zu den gesetzlichen Änderungen erkennen können, daß gerade großflächige Einzelhandelseinrichtungen an einer Liberalisierung besonders interessiert sind, sprich im besonderen Einkaufszentren, und da ganz im besonderen Einkaufszentren, die außerhalb der Ballungsgebiete gelegen sind, also außerhalb des dicht bebauten Stadtgebietes, weil sie einfach dem Konsumenten, der ja weitere Anfahrtswege hat, die vermehrte Gelegenheit bieten möchten, in der Freizeit dort einkaufen zu können.

Es gibt aufgrund der Verordnungsermächtigung der Landeshauptleute mehrere gebietliche Sonderregelungsmöglichkeiten, so zum Beispiel eine Tourismusregelung, eine Regelung für Pendlergemeinden, eine Stadt- und Ortskernregelung und die Regelung für Familienbetriebe. Das heißt, ich gehe davon aus, daß auch in den Ballungsgebieten der Einkaufsmöglichkeiten außerhalb unserer Stadt darauf gedrängt werden wird, daß der niederösterreichische Landeshauptmann eine Regelung findet, die dem Bedürfnis dieser großflächigen Einzelhandelseinrichtungen entgegenkommt.

Jetzt frage ich Sie konkret, Herr Landeshauptmann: Werden Sie bei Ihren Überlegungen auch diesbezüglich Kontakt aufnehmen mit dem Landeshauptmann von Niederösterreich, um hier eine gewisse Akkordanz herzustellen, sodaß die Gefahr abgewendet wird, daß vermehrt Kaufkraft aus Wien abfließt?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Selbstverständlich werde ich das tun, und ich werde schon heute abend die Gelegenheit nützen, auch diese Frage mit dem nieder-

österreichischen Landeshauptmann zu besprechen. Ich denke, das ist - neben den Verkehrsfragen - eines der wesentlichsten Dinge, die zwischen Wien und Niederösterreich zu akkordieren sind, daß diese Konkurrenzierungen durch Großmärkte - das sage ich jetzt einmal, denn dieses "großflächig" bringe ich nicht so leicht über die Lippen - jedenfalls eine Eingrenzung finden. Ich meine, daß die neue Öffnungszeitenregelung durchaus auch dem niederösterreichischen Landeshauptmann, dem Kollegen und Freund, eine Handhabe und eine Möglichkeit gibt, dies auch zu tun.

Das ist mir vor allem vor folgendem Hintergrund sehr wichtig, und ich denke, diese Auffassung teilen wir: Der Kaufkraftabfluß aus Wien ist ein Teil der Überlegungen, der andere Teil der Überlegungen ist, daß uns sicherlich gemeinsam die Nahversorgung in Wien selbst sehr, sehr am Herzen liegt. Wenn man sich heute manche Bezirksteile - und dies in großer Diversivität - in dieser Stadt anschaut, dann sehe ich ein bißchen das Problem, insbesondere für ältere Leute, im Handel, aber auch im Gewerbebereich diese Nahversorgung tatsächlich konsumieren zu können.

Es ist für viele - und hier wiederum gerade für ältere, etwas weniger mobile - Menschen, ein Bestandteil der Lebensqualität, daß diese Nahversorgung von ihnen auch konsumiert werden kann. Wenn wir daher gerade auch zwischen Wien und Niederösterreich, zum Teil auch Burgenland, fortsetzen, durch Großmärkte die Nahversorgung zu destabilisieren und zu destruieren, dann werden wir nach meiner Auffassung in dieser Stadt ein Stück Lebensqualität zerstören.

Das würde ich persönlich als sehr schade empfinden. Ich bin daher mehr als bereit, alles zu tun, um diese Nahversorgung ebenso wie die Interessen der Wertschöpfung in der Stadt selbst zu behalten.

Ich denke, daß es eine Summe von Überlegungen gibt, wo die Öffnungszeitenregelung nur ein Teil, aber ich meine, ein nicht unwichtiges Instrument sein kann, um ein Stück Lebensqualität für diese Stadt zu erhalten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Saßmann gestellt. Bitte.

Abg Gerold Saßmann (FPÖ): Herr Landeshauptmann!

Sie haben bereits angesprochen, von den geänderten Ladenöffnungszeiten sind nicht nur die Konsumenten betroffen, sondern es sind auch die Bediensteten der Handelsgeschäfte betroffen. Nun wissen wir, daß es hier einen ziemlich hohen weiblichen Anteil gibt. Wir wissen auch, daß es bereits jetzt Probleme für Mütter mit Kindern und mit Kinderbetreuungseinrichtungen gibt. Durch die geänderten, liberalisierten Ladenöffnungszeiten wird sich diese Situation nicht gerade verbessern.

Welche Maßnahmen Ihrerseits beziehungsweise von seiten des Landes Wien werden getroffen werden, um dieser geänderten Situation Rechnung zu tragen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Abgeordneter!

Wir werden jenen Weg fortsetzen, den wir in diesem Zusammenhang mit den geänderten Kindergartenöffnungszeiten beziehungsweise mit den Förderungen von Betriebskindergärten schon in der Vergangenheit beschritten haben. Selbstverständlich - das ist richtig - entsteht durch die geänderten Ladenschlußregelungen ein zusätzlicher Druck und auch ein zusätzlicher Bedarf. Wir werden versuchen, die Entwicklung, die wir eingeleitet haben, zu verbessern, indem wir die Öffnungszeiten in der Früh und am Abend entsprechend verlängern.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Jerusalem gestellt. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Herr Landeshauptmann!

Ich möchte gleich anschließen an die Frage meines Vorgängers, weil mich natürlich auch im wesentlichen die Kinderbetreuungseinrichtungen interessieren.

Wenn man Ihren Ausführungen folgt, dann ist klar, eine Ausweitung der Öffnungszeiten im Handel wird Kosten für die Stadt verursachen, zum Beispiel bei den Verkehrsbetrieben. Denn ich gehe davon aus, daß auch dort Maßnahmen getroffen werden, die entsprechend den Öffnungszeiten im Handel adäquat dazu sind, oder auch bei den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Meine Frage an Sie lautet: Haben Sie sich bereits einen Überblick darüber verschafft, wie hoch die Kosten für die Maßnahmen bei den Verkehrsbetrieben, aber auch bei den Kinderbetreuungseinrichtungen sein werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Frau Abgeordnete!

Bei den Verkehrsbetrieben werde ich mich kundig machen. Ich sage das ganz offen, angesichts der Betriebszeiten - einschließlich der Einführung des Nacht-autobusses - habe ich bis zur Stunde keine besondere Meldung bekommen, daß es zu zusätzlichen Problemen kommt. Aber ich werde mich hier kundig machen. Das sage ich ganz offen. Möglicherweise habe ich etwas übersehen. Mir fällt kein Stein aus der Krone, auch zuzugeben, daß man etwas übersehen hat.

Bei der anderen Frage habe ich die Frau Vizebürgermeisterin gebeten, eine Kostenaufstellung vorzunehmen, insbesondere vor dem Hintergrund beschleunigter beziehungsweise vorgezogener Maßnahmen, um im Hinblick auf die Verdichtungen der Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch der Änderung der Öffnungszeiten, Rechnung zu tragen. Wir werden darüber diskutieren können.

Ich sehe es aber auf der anderen Seite vor dem Hintergrund der Beschlußfassung im Nationalrat ohnehin als alternativlos, denn ich möchte nicht, daß die Handelsangestellten - vornehmlich Frauen, wahrscheinlich auch einige wenige Männer - dann unter etwas leiden müssen, das sich der Konsument sozusagen in einem hohen Ausmaß auch wünscht. Hier sind

mit Sicherheit Maßnahmen zu setzen. Es ist gut zu wissen, was es kostet, weil hier auch ein Kostenbewußtsein erzeugt werden kann, aber gemacht muß es sowieso werden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte und letzte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Alkier gestellt. Bitte.

Abg Dr Wolfgang Alkier (L/F): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Sie haben mir vorhin geantwortet, daß Sie bei der Fragestellung inwieweit die Öffnungszeiten liberalisiert werden, nicht gegen die Wünsche der Betroffenen entscheiden werden. Gleichzeitig haben Sie gesagt, daß Sie eben deshalb, vor allem mit den Sozialpartnern, Gespräche führen werden.

Kann ich das so verstehen, daß Sie weiterhin davon ausgehen, daß Ihnen die Sozialpartner in dieser Frage ein repräsentatives Bild der Betroffenen geben werden? Oder können Sie sich vorstellen, daß die Betroffenen, die auf der einen Seite die Arbeitnehmer und auf der anderen Seite die Unternehmer, aber auch die Konsumenten sind, unter Umständen sehr wohl für sich selber entscheiden können, wann sie arbeiten beziehungsweise einkaufen wollen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Abgeordneter!

Daß die Betroffenen für sich selbst entscheiden können, wann sie arbeiten wollen und wann sie einkaufen wollen, klingt natürlich gut, ist aber kompatibel zu machen. Das ist schließlich um Himmels willen die ganze Bemühung dieser Diskussion - die jetzt über Jahre gelaufen ist -, im Hinblick auf geänderte Öffnungszeiten. Denn ich will auf der anderen Seite sozusagen auch sicherstellen, daß diejenigen, die arbeiten, auch tatsächlich entscheiden können, wann sie dies tun wollen. Das ist der Kernpunkt meiner Ausführungen dazu.

Ich halte es schon für sehr wichtig, daß man, wenn man zur Kenntnis nehmen muß, daß beispielsweise in einem bestimmten Teil unserer Stadt 80 Prozent der Familienbetriebe gegen eine Änderung der Ladenschlußzeiten sind, dann nicht sagen kann, das ist mir egal, wir machen etwas anderes, nur weil es einigen auf der anderen Seite gefällt, entsprechend einkaufen zu gehen.

Ich bemühe mich hier um einen Kompromiß. Ich habe vorhin auch angedeutet, wie meine Argumentationsrichtung - gerade bei den Familienbetrieben und bei den Kleinbetrieben - geht, nämlich in die Richtung, zu motivieren. Ich persönlich sehe es für viele Familienbetriebe auch als eine große Chance an, im Wettbewerb gegen die größeren bestehen zu können. Aber das ist mit Sicherheit auch ein Punkt, den man deutlich machen muß. Denn ich treffe auf der anderen Seite sehr viele Kleinunternehmer, die sich große Sorgen im Hinblick auf die Liberalisierung der Öffnungszeiten machen, gerade auch bei den Familienbetrieben selbst.

Ich will nicht über diese Sorgen und Ängste, die es

gibt, entsprechend darüberfahren. Daher gilt das, was hinter der Formulierung steht, daß ich nicht gegen die Betroffenen entscheiden werde.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Ich danke für die Beantwortung.

Die Fragestunde ist damit erschöpft.

Ich möchte vielleicht noch eine kurze Bemerkung zu dieser Fragestunde machen. Ich glaube, alle Abgeordneten, die amtsführenden Stadträte und der Herr Landeshauptmann können stolz auf diese Premiere sein. Ich glaube, es war eine sehr erfolgreiche und lebendige Fragestunde.

Es gibt nur noch Kleinigkeiten, die wir vielleicht aufgrund der Geschäftsordnung verbessern können. Aber hier kann man sich im Laufe der Zeit einleben.

Ich danke allen, die hier mitgewirkt haben! Es war eine sehr erfolgreiche Premiere! *(Allgemeiner Beifall.)*

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von den Abgen des Liberalen Forums drei und von den Abgen der Freiheitlichen Partei Österreichs zwei vorliegen.

Die Abgen Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch, Ursula Lettner, Maria Hampel-Fuchs, Dr Johannes Hahn und GenossInnen haben gemäß § 30 b Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes 1987, eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen zu.

Die Abgen Godwin Schuster, Dr Helmut Günther, Mag Franz Karl, Jutta Sander, Marco Smoliner und GenossInnen haben gemäß § 30 b Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Bezügegesetz 1995 geändert wird, eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Mag Christoph Chorcherr und FreundInnen haben gemäß § 30 b Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend die Wiener Gemeindegewahlordnung, eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Mag Hecht, Pöschl, Smoliner, Mag Bolena, Mag Hack und Dr Alkier haben einen Antrag, betreffend die Änderung der Geschäftsordnung des Landtags, eingebracht.

Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. Auch die Abgeordneten des Liberalen Forums müßten noch einmal die Hand heben, wenn sie dies wollen.

Wer unterstützt den Antrag des Liberalen Forums? - Der Antrag ist somit ausreichend unterstützt und wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe

Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

Die Abgen Mag Hecht, Pöschl, Smoliner, Mag Bolena, Mag Hack und Dr Alkier haben einen Antrag, betreffend die Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, eingebracht.

Dieser Antrag ist ebenfalls nicht genügend unterstützt. Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Dieser Antrag ist ebenfalls ausreichend unterstützt und wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

Herr Abg Dr Herbert Madejski hat einen Antrag, betreffend Einrichtung eines Mieterombudsmanns, eingebracht. Diesen weise ich dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Die Postnummern 1, 2, 3 und 4 betreffen die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Donau-Auen, den Tätigkeitsbericht 1995/1996 der Wiener Umwelthanwaltschaft, den Umweltbericht 1995 und den Naturschutzbericht 1995.

Wir werden - so kein Einwand besteht - die Debatte darüber gemeinsam durchführen und anschließend geschäftsordnungsgemäß die Abstimmungen getrennt durchführen. - Ein Einwand besteht nicht, wie ich sehe.

Ich darf daher den Berichterstatter, Herrn amts StR Svihalek, ersuchen, die Verhandlungen einzuleiten.

Amts StR Fritz Svihalek: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich möchte zu Beginn die Gelegenheit nützen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 22, die den Umweltbericht 95 und den Naturschutzbericht 95 mit der anderen Fachabteilung zusammengestellt haben, herzlich dafür danken! Sie werden in den schriftlichen Unterlagen bemerken, wie vielfältig und ausführlich diese Tätigkeit war! Von dieser Stelle daher ein herzliches Danke für diese Arbeit der Beamten! *(Beifall bei SPÖ und LIF sowie von Abg Ing Manfred Klopff.)*

Ich möchte auch die Gelegenheit benützen, der Wiener Umwelthanwältin und ihrem Team für ihre kritische und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Fraktionen dieses Hauses - Sie selbst können das an den ständigen Informationen, die Sie bekommen, sehen - zu danken und ebenfalls zu diesem Bericht, der uns heute vorliegt, zu gratulieren!

Nicht zuletzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich am Beginn zwei Mitarbeitern meines Ressorts, die auf Beamtenebene federführend den Nationalpark Donau-Auen betrieben haben, dem Herrn SR Haubenberger von der MA 49 als von mir eingesetztem Nationalparkkoordinator und dem SR Pelikan als juristischem Chef der Nationalparkwerdung - wenn ich das so sagen darf -, sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, denn hier wurde - das möch-

te ich auch einmal sehr deutlich sagen - über Jahre hinweg eine ausgezeichnete Arbeit geleistet!

Meine Damen und Herren, wenn die Berichte und Vereinbarungen vorliegen, ist das auch ein Beweis dafür, daß es in unserer Umweltpolitik - ich vermerke dies - in sehr vielen Fällen immer Einstimmigkeiten und große Dialogbereitschaft gegeben hat.

Wir haben einen Weg beschritten, der natürlich auch - das sei eingangs erwähnt - mit den globalen Dimensionen einer Umweltpolitik sehr viel zu tun hat. Es ist ganz einfach so, daß auch Wien sich nicht von der Bundespolitik, von dem, was im Parlament passiert, und von dem, was in der Europäischen Union an Umweltgesetzen gemacht wird, sowie letztendlich von globalen Problemen der Umweltpolitik abschotten kann.

Daher wird auch in Zukunft ein wesentlicher Bestandteil der Wiener Umweltpolitik die Internationalität dieser Umweltpolitik sein. Etwa, wenn ich daran denke, daß wir uns sehr massiv und auch einstimmig immer wieder im Umweltausschuß darüber verständigt haben, besonderes Augenmerk auf die ökologische Situation in Osteuropa Wert zu legen und die ökologische Situation in Osteuropa nicht nur zu beraten beziehungsweise zu diskutieren, sondern auch mit den entsprechenden politischen Überlegungen anzustellen.

Nicht zuletzt deshalb haben wir auch bei der Europäischen Union entsprechend dem Regierungsübereinkommen und dem Übereinkommen zwischen der Sozialdemokratie und der grünen Fraktion an die Europäische Union das Anliegen gestellt, eine Wiener Umweltstiftung für Osteuropa zu gründen. Ich glaube, daß wir bei der Europäischen Union große Chancen haben, diese Initiative auch in unsere Stadt Wien zu bekommen. Das ist ein Beispiel dafür, daß die Globalisierung und die Internationalität der Wiener Umweltpolitik ein wesentlicher Bestandteil unserer Tätigkeit sind, weil jeder, der sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt, den Leitspruch, global zu denken und lokal zu handeln, als oberste Priorität anwenden kann.

Wir werden in diesem Zusammenhang auch sämtliche Initiativen, die es etwa im Zusammenhang mit den tropischen Regenwäldern, im Zusammenhang mit den Ergebnissen von Rio, der Klimakonferenz in Berlin et cetera gibt, weiterhin massiv unterstützen und vorantreiben, sowie in unsere Arbeit einfließen lassen.

Ich verweise noch einmal auf die großen Möglichkeiten, die einerseits der Bund hat, andererseits auch wir als Stadt Wien haben, um in der Europäischen Union federführend Umweltpolitik zu betreiben.

Das entbindet uns aber nicht davon, auch wie bisher das Image Wiens als Umweltmusterstadt zu festigen und auszubauen. Ich möchte nur zwei Bereiche herausnehmen, weil sie besonders wichtig sind, die der traditionellen Umweltpolitik - das sei nicht abwertend gemeint - entsprechen und sehr große Erfolge gebracht haben.

So ist es uns etwa gelungen, daß wir in Wien im Zusammenhang mit der Abfallwirtschaftspolitik zu den

von uns gewünschten Zielen - wenn auch sehr mühsam -, oft in Zusammenarbeit mit Betrieben, die sich zwar bemühen, aber nicht alle Willigkeit für ein Kreislaufsystem zeigen, kommen, indem wir durch sehr effiziente Mülltrennung und Müllvermeidung die Abfallmengen für eine Großstadt stabil zu halten und entsprechende europäische Vorbildwirkung zu zeigen haben. Nicht zuletzt ist es uns gelungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die deponierte Menge des Abfalls in Wien nur mehr 6,7 Prozent beträgt. Das ist ein sensationeller internationaler Spitzenwert! Das sage ich in diesem Hohen Hause sehr deutlich!

Hätte nicht der Bund mit einer katastrophalen Verpackungsverordnung in Wirklichkeit das Fundament zu einer schwachsinnigen Abfallwirtschaftspolitik gelegt, hätten es Wien und auch andere Bundesländer - ich betone das sehr deutlich - viel einfacher. Wir bleiben daher dabei, daß wir diese Verpackungsverordnung heftig kritisieren und nach wie vor verlangen, daß die Verpackungsverordnung geändert wird, um viel mehr auf die Bedürfnisse der Städte, der Bundesländer und vor allem der Wirtschaft und der Konsumenten Rücksicht zu nehmen.

Gerade im Lichte dieser - ich sage das sehr offen - Benachteiligung der Ausgangsposition Wiens durch eine sehr ungeschickte Bundesregelung bezüglich einer Verpackungsverordnung - die schon in Deutschland nicht funktioniert hat, wenn Sie die internationalen Medien verfolgen -, ist es besonders bemerkenswert, daß die Abfallwirtschaft in Wien so gut funktioniert und letztendlich große Chancen bestehen.

Aber auch diesbezüglich werden wir nicht am Stand treten, sondern weiterentwickeln. Eine der Weiterentwicklungen ist, daß wir dabei sind - ebenfalls in den Vereinbarungen gemeinsam festgelegt -, eine Abfallrecyclingbörse einzurichten, die eine dynamische Drehscheibe zwischen Privaten, anderen Formen der Wirtschaft, die es gibt, sowie Anbietern und Konsumenten sein soll.

Wir werden daher mit diesem Element der Abfallwirtschaftsrecyclingbörse meiner Auffassung nach einen wichtigen Zukunftsschritt machen. Ein besonderer Schwerpunkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wiener Abfallwirtschaftspolitik wird bezüglich des Elektronikschrotts des Computers - also der neuen Technologien, die derzeit in den Haushalten der Bürgerinnen und Bürger massiv Eingang finden - stattfinden.

Wir sind uns der Situation bewußt, daß ein verändertes gesellschaftliches Verhalten - nämlich Technologie, EDV, PC, Internet et cetera - wunderbare Vorteile bietet, aber auch eine ökologische Problematik mit sich bringt, wenn es nach einiger Zeit um die Entsorgung geht. Diese Entsorgung ist ein Thema der Zukunft. Wir werden daher unter anderem bei dieser Abfallwirtschaftsrecyclingbörse, dem sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sehr dramatisch anbahnenden Problem der Entsorgung von Elektronik- und Computerschrott, entsprechende Initiativen einleiten.

Ein zweiter wichtiger traditioneller Bereich ist die Situation des Wiener Wassers. Wir haben uns nicht nur darauf verlassen, daß es historisch gesehen eine sehr günstige Situation ist, eine Erste und Zweite Hochquellwasserleitung zu haben. Nicht nur, daß wir uns ständig damit beschäftigen, die Rohrsanierung weiterzuführen, nicht nur, daß wir uns ständig bemühen, entsprechende Verbesserungen durchzuführen, haben wir - auch im Umweltbericht nachzulesen - in den letzten Monaten ein historisches Paket geschnürt, das in Wirklichkeit eine Wassergarantie für die Wienerinnen und Wiener ist. Wir haben die Verhandlungen über die Dritte Wasserleitung nach Jahren des Stillstands wieder zum Leben erweckt und auf unsere Kosten für den Bund entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Wir haben die Grundwasserwerke Lobau, Nußdorf und Donauinsel nicht nur verbessert, sondern im konkreten Fall die Donauinsel mit acht Brunnen in Angriff genommen. Wir haben daher ein historisches Paket geschnürt, das die Grundwasser- und Wasserreserven Wiens entsprechend nutzt. Wir haben daher die Chance, daß Wien in einem Krisenfall, der, auch wenn wir nicht davon träumen und ihn uns nicht wünschen, durchaus passieren kann - wir sind keine Insel der Seligen, denken Sie nur an Terrorismus oder an einen Unfall eines Kernkraftwerks et cetera -, gewappnet ist.

Ich glaube, daß in diesem Umweltbericht sehr deutlich dieses historische Paket mit Verbesserungen der Ersten und Zweiten Hochquellwasserleitung, mit der Wiederinbetriebnahme der Verhandlungen und der Aktivitäten, um die Dritte Wasserleitung zu errichten, und mit den Grundwasserwerken Donauinsel, Nußdorf und Lobau dargestellt ist.

Wir werden daher auch in Zukunft im Rahmen der sogenannten traditionellen Umweltpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Faktor berücksichtigen.

Ein Faktor, meine Damen und Herren, der im Umweltbericht deutlich dargestellt wird und der über den Maßnahmen als Grundpräambel steht, ist, daß die Stadt Wien mit ihren Maßnahmen auch wirtschaftspolitisch deutlich zeigen will, daß Umwelt- und Beschäftigungspolitik ein Miteinander und kein Gegeneinander bedeuten.

Ich glaube, es kommt in diesen Berichten sehr gut zur Geltung, daß die Stadt Wien mit ihren Maßnahmen beweisen kann, daß für Betriebe, Umweltschutz zu betreiben, ein Standortfaktorvorteil besteht. Wenn es nämlich darum geht, die ökologischen Ressourcen zu nutzen, wenn es darum geht, die Infrastruktur ökologisch und damit rationell, etwa im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu betreiben, dann ist auch für den Betrieb beweisbar, daß er es damit billiger hat und daß es sinnvoller ist.

Eine Ansicht über eine sehr wichtige politische Gegenstrategie wird in Zukunft sein, daß es sinnvoller ist, ökologische Ressourcen zu nutzen, Infrastrukturvorteile auszunutzen und die Vorteile der Wiener Umweltpo-

litik zu sehen, weil das unter dem Strich für die Betriebe billiger ist, als Lohnkürzungen vorzunehmen oder in den Osten abzuwandern.

Meine Damen und Herren, das ist in Wirklichkeit eine wichtige politische Initiative, die wir hier gemeinsam - viel stärker als bisher - vorantreiben sollten, um klarzumachen, daß es ein Standortfaktor für Wien ist, eine konsequente und sehr dynamische Umweltpolitik zu betreiben. Ich halte das - ich sage das sehr offen - wirtschaftspolitisch für einen ganz wichtigen Aspekt, daß wir mit unserer Umweltpolitik und mit unserem Angebot an Betriebe, was unterm Strich bedeutet, daß es wichtig, billiger und damit kostensparender ist, entsprechend ökologisch arbeiten. Dies ist ein Standortfaktorvorteil für diese Stadt und für Wien.

Meine Damen und Herren, in den Berichten ist auch zu erkennen, daß wir in der Umweltpolitik an einer Trendwende stehen. Wir haben 20 Jahre lang erfolgreiche Umweltpolitik mit der entsprechenden Gesetzgebung und mit den entsprechenden Reaktionen - etwa der Industrie - hinter uns. Wir sind nachweislich sauberer, umweltbewußter, aber nicht ausreichend nachhaltiger geworden.

Die meisten Schadstoffquellen, die bekannt sind, die sichtbar sind, die hörbar sind und die riechbar sind - also eine durchaus unmittelbare Belästigung oder auch Gefahr für die Gesundheit dargestellt haben -, sind durch die End-of-Pipe-Technologie und durch die Umweltschutzmaßnahmen der letzten Jahrzehnte erfolgreich zurückgedrängt worden. Denken Sie nur an den Katalysator, an die Abfallbehandlungserfolge et cetera.

Aber, meine Damen und Herren, deshalb ist die Umweltpolitik an der Trendwende angelangt. Dort, wo massiv etwas geschehen muß, ist die Frage der Nachhaltigkeit gegeben. Bei der Energie, bei der Verkehrspolitik, im Haushalt, bei der Nahrung und wo auch immer, zeigt sich, daß nur vereinzelt und geringfügige Emissionen anfallen und daher die herkömmliche Vorgangsweise der gesetzlichen Bekämpfung dieser Schadstoffe sehr schwierig oder mit so hohem finanziellen Aufwand verbunden ist, daß es oft nicht leistbar ist.

Daher muß diese Nachhaltigkeit international koordiniert sein. Sie muß auch national mit den Bundesstellen abgesprochen sein, aber natürlich - besonders in einer Großstadt - mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam erarbeitet werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaft, wo sie ihre Entscheidungen selbst treffen, zu dieser Nachhaltigkeit motiviert und aufgefordert werden.

Es ist daher die zukünftige Aufgabe der Umweltpolitik, diese Nachhaltigkeit nicht nur festzuschreiben und politisch umzusetzen, sondern - das ist eine neue Dimension - auch mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam durchzusetzen. Denken Sie an das Energiesparpotential der Industrie, das bei zirka 10 Prozent liegt, und der Privaten, das bei bis zu 40 Prozent liegt. Dann sehen Sie, wie sehr diese Mitarbeit, diese Moti-

vation und diese Aktion der Bürgerinnen und Bürger zur Nachhaltigkeit notwendig ist, beispielsweise durch Kreislaufkonzepte im Haushalt, durch ein persönliches Abfallmanagement, durch Energiesparmaßnahmen und nicht zuletzt durch ein stark verändertes Verhalten in der Verkehrspolitik des einzelnen. Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, Nachhaltigkeit, die notwendig ist, wenn wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wirklich etwas verändern wollen.

Ich werde - neben den politischen Maßnahmen als Stadt - meinen Beitrag dazu leisten, daß die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, informiert und motiviert zu werden. Wir werden gemeinsam mit der Umweltberatung Wien, einer Einrichtung, die es in Wien seit über acht Jahren gibt - auf Bundesebene wurde vor kurzem das zehnjährige Jubiläum gefeiert -, eine Reform der Umweltberatung Wien durchführen. Diese Umweltberatung Wien wird mit den bisherigen Aufgaben auch in Zukunft den Part abdecken, die Bürgerinnen und Bürger für eine nachhaltige Umweltpolitik zu motivieren und zu gewinnen, sowie mit dieser Aufgabe auch zurechtzukommen.

Wir haben 1996 - Sie können das im Umweltbericht nachlesen - insgesamt 11,4 Millionen S für die Umweltberatung Wien zur Verfügung gestellt. Wir werden daher gemeinsam noch effizienter mit diesen Mitteln umgehen und gemeinsam mit der Umweltberatung Wien den Schwerpunkt der nachhaltigen Umweltpolitik im Sinne der Beratung der Bürger, der Information und der Motivation legen.

Es ist eine historische Aufgabe, die wir entsprechend gemeinsam angehen.

Ich sage daher, daß es ein wesentlicher Bestandteil ist, daß wir uns neben den bisherigen Maßnahmen der Umweltpolitik, die fortgesetzt werden, weiter anstrengen, Verbesserungen anzustreben. Ich habe Beispiele genannt, und zwar die neue Dimension der Umweltpolitik, die Nachhaltigkeit zum Schwerpunkt machen. Daher das Schlagwort, das ein sehr wichtiges Postulat ist, wie die Richtung weitergehen soll.

Eindeutig ist, die Umweltmusterstadt Wien auch zur Klimamusterstadt zu machen. Wir haben dazu schon die Voraussetzung geschaffen, indem wir gemeinsam das Klimaschutzprogramm "Wien KLIP" beschlossen haben. Prof Weizsäcker war vor kurzem in Wien, hat es unterstützt und aus der Taufe gehoben.

Ebenso haben wir gemeinsam mit der Organisation Klimabündnis Österreich, mit der Gewerkschaft und mit der Wirtschaft die Aktion "Klimaschutz und Betriebe" beschlossen.

Dies sind kleine, aber bedeutende und letztendlich mit dem Programm "KLIP" große Schritte, die wir diesbezüglich eingeleitet haben.

Meine Damen und Herren, wir glauben daher, daß es wichtig ist, initiativ zu sein. Aber - das ist der letzte Fakt einer nachhaltigen Umweltpolitik - das kann nur dann erfolgreich sein, wenn ein wesentlicher Problem-bereich der Umweltpolitik, nämlich die Verkehrspolitik, mit neuen Argumenten und Akzenten entsprechend

versehen wird. Auch hier ist die Nachhaltigkeit - ebenso wie vorher gesagt - in der traditionellen Umweltpolitik der wesentliche Faktor.

Wie werden wir diesen Nachhaltigkeitsfaktor entsprechend darstellen?

Indem wir schon begonnen haben. Wir haben in Wien als erste europäische Großstadt den dritten Weg der Verkehrspolitik eingeleitet. Neben dem Vorrang der öffentlichen Verkehrsmittel und dem sinnvollen Einsatz des Autos haben wir den dritten Weg der Alternativen eingeleitet. Vom Car-sharing bis zu den Elektrofahrzeugen, Rädern, Mopeds, Autos, bis zur Förderung von Jobtickets, Fahrgemeinschaften et cetera.

Wir haben deutlich gemacht, daß die große Chance einer Stadt wie Wien und anderer europäischer Städte wie Paris, Berlin et cetera ist, die Verkehrsproblematik zu lösen, wenn es neben dem Ausbau und Vorrang für öffentliche Verkehrsmittel und dem sinnvollen Umgang mit dem Auto diese Alternativen beziehungsweise diesen dritten Weg gibt, der letztendlich auch ein Weg einer nachhaltigen Umweltpolitik ist. Daher werden wir diesen dritten Weg, der im übrigen langsam auch in Kooperation mit Paris, Berlin und anderen europäischen Städten zu greifen beginnt, weil unsere Modelle für diese Städte bereits Vorbild sind und akzeptiert werden, fortsetzen.

Lassen Sie mich daher abschließend bemerken, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir ausgehend von diesem Umweltbericht, dem Naturschutzbericht, dem Tätigkeitsbericht der Wiener Umweltanwaltschaft und auch dem großartigen Werk des Nationalparks Donau-Auen einen wesentlichen Bestandteil einer guten, sinnvollen, notwendigen und auch international orientierten Umweltpolitik geleistet haben und daß diese Umweltpolitik im bisherigen Bereich der traditionellen Umweltpolitik - also Umweltmusterstadt zu bleiben - weiterzuentwickeln ist. Dieser historische Weg, den wir hier gemeinsam eingeläutet und eingeleitet haben, ist ein Weg zu einer nachhaltigen Umweltpolitik in der Stadt, der international abgestimmt ist, national koordiniert ist und in der Stadt mit dem Klimaschutzprogramm Wien, mit dem Programm "Klimaschutz und Betriebe", mit unseren Arbeiten des dritten Wegs in der Verkehrspolitik und in der Internationalisierung auch umgesetzt wird.

Meine Damen und Herren, das ist die Garantie, daß wir schon nächstes Jahr nicht nur den Umweltbericht 1996 diskutieren werden, sondern erstmals den Umwelt- und Klimaschutzbericht 1996 diskutieren werden. Das zeigt deutlich, daß Wien die Umweltsituation erkannt hat, daß wir die historische Dimension der Veränderungen der Umweltpolitik nicht nur begreifen, sondern auch in die Wege geleitet haben und daß wir gemäß dem Regierungsabkommen, das geleistet wurde, auch diese Schritte festgeschrieben haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag Hilmar Kabus: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg Pöschl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Hanno Pöschl (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung zur Einleitung und zur Einstimmung auf diese Umweltdebatte und insbesondere auf den Bereich Nationalpark Donau-Auen.

Ein bißchen mehr als drei Jahre ist es her - es war meine erste Aktivität im Rahmen meines Engagements für das Liberale Forum -, daß wir gemeinsam mit dem WWF eine lokale Besichtigung der Donau-Auen gemacht haben. Ich erinnere mich ganz genau an die Worte der damaligen Experten, die uns begleitet haben und uns die Schönheit dieses Teils - unter anderem auch Wien - nähergebracht haben. Sie haben gebeten, sich dafür einzusetzen, daß es zu einem Nationalpark kommen wird.

Ich sage nicht ohne Stolz, daß ich mich besonders gefreut habe, am 26.10.1996 die Eröffnung des Nationalparks aktiv erleben zu können. Ich sage, daß es für mich eine wirkliche Ehre ist, heute über diese Vereinbarung abzustimmen! *(Beifall beim LIF.)*

Ich möchte festhalten, daß die Errichtung eines Nationalparks ein großer Erfolg für eine Millionenstadt wie Wien ist. Es ist ein großer Erfolg, daß so etwas auf dem Landesgebiet Wiens stattfinden kann. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Einhaltung der sicherlich strengen IUCN-Richtlinien zu, da diese die Qualität und die internationale Anerkennung des Nationalparks sichern.

Ich möchte im folgenden auf zwei Punkte eingehen, die zeigen, daß es gefährliche - mehr oder minder massive - Eingriffe in das Ökosystem Donau geben kann, die für den Nationalpark durchaus eine Gefahr darstellen können.

Der erste Bereich: Schifffahrt.

Die Donau ist die einzige österreichische Wasserstraße, die erst zu 10 Prozent ausgelastet ist. Sie bietet unserer Ansicht nach ein enormes Potential für den Güterverkehr. Das Liberale Forum bekennt sich zum Ausbau der Donau als Wasserstraße.

Jedoch muß man in diesem Zusammenhang - das steht im Artikel 3 Abs. 2 Zif 3 der Artikel 15 a-Vereinbarung - festhalten, daß die Funktion der internationalen Wasserstraße Donau sicherzustellen ist.

Ich halte es für wichtig, daß diese Funktion sichergestellt wird. Aber es ist genauso wichtig, hier mit größter Sorgsamkeit darauf zu achten, daß dieser Eingriff in das Ökosystem Donau auch entscheidende Auswirkungen auf den Nationalpark haben kann, und daß mit größter Sorgsamkeit vorgegangen wird.

Zweitens: Es wird immer - jetzt nicht mehr so oft, aber doch in letzter Zeit wieder lauter - von einem Kraftwerk gesprochen, das durchaus Sinnhaftigkeit im Bereich der Solestabilisierung und sonstiger Dinge haben könnte.

Ich möchte ganz klar festhalten, für uns ist ein

Kraftwerk mit einem Nationalpark nicht vereinbar! *(Beifall beim LIF.)*

Wenn man über entsprechende Maßnahmen für Solestabilisierung spricht, glaube ich, daß Zugaben von groben Schottergesteinsbrocken zum Beispiel den Anforderungen einer Solestabilisierung durchaus entsprechen können.

Abschließend zum Punkt Nationalpark Donau-Auen würde ich gern etwas Grundsätzliches festhalten, das für mich eigentlich die einzige - nennen wir es so - Enttäuschung in diesem Zusammenhang darstellt. Und zwar geht es dabei um die Entschädigungsleistungen.

Ich glaube, wir geben ein Erbe weiter. Die verschiedenen Erben, die wir momentan an künftige Generationen weitergeben, sind Umweltverschmutzung, Schulden und sonstige Dauerverpflichtungen. Ich frage mich, meine Damen und Herren, warum ein solcher Nationalpark mit den daraus entstehenden Verpflichtungen kein Erbe sein kann, das wir künftigen Generationen ohne Dauerschuldverpflichtungen mitgeben.

Zum Naturschutzbericht:

Im allgemeinen kann man, glaube ich, sagen, daß die Darstellung der MA 22 in vielen Bereichen sehr plausibel und auch sehr ausführlich ist. Aber wir sind der Überzeugung, daß Naturschutz keine Phrase sein darf. Wir haben viele Deklarationen. Wir haben viele Erklärungen. Aber wir haben wenig Rechtsverbindlichkeiten.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich auch die Frage nach dem Wiener Naturschutzgesetz. Diesbezüglich wird schon lange von einer Novellierung gesprochen.

Ich glaube, diese Novellierung macht Sinn. Wir sollten sie so rasch wie möglich beschließen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine Überarbeitung dieses Naturschutzgesetzes ein, damit wir eine Umstellung vom derzeitigen Konzept des Gebietsschutzes auf einen flächendeckenden Gebietsschutz erreichen. *(Beifall beim LIF.)*

Zum Tätigkeitsbericht der Wiener Umweltschicht:

Aus unserer Sicht sind dieser Bericht beziehungsweise die Tätigkeiten der Umweltschicht zu begrüßen, insbesondere da es sich bei der Umweltschicht um eine Anwaltschaft handelt, die eine Vermittlungsposition zwischen den Bürgern und der planenden Verwaltung darstellt und auch Kritik an der Verwaltung übt.

In diesem Zusammenhang ist das Budget, welches dieser Umweltschicht zugedacht wird, weniger erfreulich. 1994 und 1995 betrug das Budget noch 2 Millionen S, 1996 hingegen nur mehr 1,2 Millionen S. Also ein Minus von 40 Prozent trotz einer Erweiterung der Aufgabengebiete, zum Beispiel UVP-Verfahren und sonstiges.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Antrag, der gestern auf Initiative der GRÜNEN und mit unserer Unterstützung hier eingebracht wurde, hinweisen, und meine Enttäuschung festhalten, daß dieser



Antrag keine Mehrheit gefunden hat.

Vom Inhaltlichen dieses Tätigkeitsberichts möchte ich eigentlich nur einen Bereich herausgreifen, und zwar den Bereich des Ziels des Klimabündnisses.

Das Liberale Forum teilt die Bedenken der Umweltanwaltschaft, daß die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 Prozent bis zum Jahr 2010 ohne entsprechende, umfassende Maßnahmen im Bereich Verkehr unmöglich zu erreichen sein wird.

Herr Stadtrat, Sie haben davon gesprochen, daß wir einen dritten Weg in Wien gehen. So positiv es zu bewerten ist, daß Sie dies als dritten Weg sehen, glaube ich, daß wir uns noch mehr anstrengen müssen, denn schließlich hat sich die Stadt Wien dazu verpflichtet, und wir sollten in unserer Eigenschaft als Abgeordnete alle Beiträge dazu leisten, diese Verpflichtung auch einzuhalten.

Vielleicht noch ein Punkt zur Umweltanwaltschaft:

Wir hielten es für begrüßenswert, würde man die Arbeit und die Stellungnahmen der Umweltanwaltschaft stärker als bisher in die Tätigkeit dieses Hauses einbeziehen. *(Beifall beim LIF und von Abg Barbara Schöfnagel.)*

Zum Wiener Umweltbericht:

Im allgemeinen - das muß ich sagen - halte ich persönlich diese Publikation für eine gute Publikation. Für mich stellt sich jedoch die Frage: Ist dies eine Publikation, die allgemein verständliche Information für Laien darstellen soll, oder soll das ein Umweltbericht über die Umwelttätigkeit in der Stadt Wien sein?

Wenn er ein Bericht sein soll, über den wir als Abgeordnete abstimmen sollen, ist er zu allgemein, zu breit und geht zu wenig ins Detail, um zustimmen zu können. Die Feststellung, daß eine Stadt wie Wien im Bereich Umweltschutz etwas tut, ist an sich etwas Selbstverständliches. Von der Frage, mit welchen finanziellen Mitteln welche Verbesserungen erreicht worden sind und was in Zukunft verändert werden soll, hört man weniger. Zu den finanziellen Mitteln gibt es keine Angaben in diesem Wiener Umweltbericht, geschweige denn Kosten-Nutzen-Analysen.

Ich möchte das anhand eines konkreten Beispiels aufzeigen, und zwar beim Detailbereich Lärm.

Es wird ganz locker mit für interessierte Bürger verständlichen Definitionen begonnen. Dann springen wir plötzlich um. Dann werden zum Beispiel Grenzwerte genannt. Ich frage mich, welcher interessierte Bürger mit dem Begriff "energieäquivalenter Dauerschallpegel von 50 dB,A" etwas anfangen, geschweige denn wissen kann, daß sich dieser logarithmisch in bezug auf die Verkehrsstrecke ändert.

Es gibt einige Bereiche, die meines Erachtens nach fehlen. Es steht darin nicht, wieviel Prozent der Bevölkerung welchem Lärmpegel ausgesetzt sind. Es fehlt eine Beschreibung, welcher Schallpegel der jeweiligen Lärmintensität entspricht.

Man könnte zum Beispiel Immissionskataster, solche Zahlen für den Straßenverkehrslärm entlang stark befahrener Straßen ermitteln. Die alleinige Erwähnung

im Umweltbericht, daß es diesen Kataster gibt, meine Damen und Herren, und es möglich wäre, solche Daten zu ermitteln, reicht meines Erachtens für einen Bericht, wie er hier vorgelegt wird, nicht aus. Konkretere Zahlen wären gefragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur die durchaus genannten Maßnahmen zur Lärmreduktion wären in diesem Bereich wichtig, sondern auch die Frage, mit welchen finanziellen Mitteln zum Beispiel welche Pegelreduktion erreicht werden konnte und wie viele Einwohner daraus einen Nutzen ziehen, sowie welche gesundheitlichen Auswirkungen welcher Lärmpegel auf die Wienerinnen und Wiener hat und welche Folgekosten entstehen.

Besonders das Wort "Kosten" kommt in diesem Bericht durch das Fehlen der entsprechenden Maßnahmen selten vor. In diesem Bereich sollte man einen konkreten Maßnahmenplan mit rechtlichen und finanziellen Grundlagen schaffen, damit man zum Beispiel aus dem Detailbereich Genaueres erkennen kann.

Zur Umweltpolitik im allgemeinen:

Wir haben bei der Budgetdebatte über den Begriff "Umweltmusterstadt Wien" gesprochen, und ich habe dazu durchaus meine kritischen Anmerkungen gemacht. Ich würde gern auf einen Bereich eingehen, in dem ich durchaus Potential sehe, damit Wien wirklich eine Umweltmusterstadt werden könnte.

Es ist dies der Bereich einer umweltverträglichen Stadtverwaltung durch Ökologisierung der Gemeinde. Ich bin der festen Überzeugung, daß der Gemeinde als Vorbildfunktion eine große Rolle zukommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treffen heute die Entscheidungen, die unser Leben in 15 oder 20 Jahren bestimmen werden. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es meines Erachtens nach zwei Schlüsselfragen für die Umweltpolitik:

Erstens: Sind wir bereit, einen ökologischen Strukturwandel im Kopf vorwegzunehmen, zu planen und in die Tat umzusetzen?

Zweitens: Welche umweltpolitischen Maßnahmen ergreifen wir, um diese Ziele zu erreichen?

Das Liberale Forum bekennt sich zum notwendigen ökologischen Strukturwandel und setzt dabei primär auf marktkonforme politische Instrumente. *(Beifall beim LIF.)*

Dem Marktmechanismus wurde nie eine wirkliche Chance gegeben, für die Umwelt zu wirken. Deshalb liegen bei marktgerechten Maßnahmen für die Umweltpolitik große Potentiale ungenutzt brach. Marktgerechte Umweltpolitik, meine Damen und Herren, ist effizient und preisgünstig.

Ein Umweltmanagement ist eine der Möglichkeiten, marktgerechte Umweltpolitik zu betreiben. Da die Stadt Wien als relevanter Wirtschaftsfaktor die Verpflichtung hat, an der Entwicklung einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise mitzuwirken, möchte ich auf drei spezielle Themenbereiche, wo wir als Land und als Gemeinde Vorreiterrollen einnehmen können,



eingehen.

Erstens: Die umweltverträgliche Stadtverwaltung durch ein Umweltmanagement mit Öko-Audit und leistungsbezogene Bezahlung von Politikern.

Wir werden heute noch über Gehälter und Politikergehälter unter Berücksichtigung der Umweltqualität Wiens diskutieren. Ich halte es für einen wichtigen Punkt - insbesondere in der Tätigkeit als Landtagsabgeordnete und Gemeinderäte, die wir Gesetze und Verordnungen beschließen -, daß wir eine strategische Umweltprüfung für Gesetze und Verordnungen einführen.

Zum Bereich Öko-Audit und Umweltmanagement:

In der herkömmlichen und noch immer weitverbreiteten Sicht sind Umweltschutz und Effizienz natürliche Gegensätze. Umweltgerechtes Verhalten wird gleichgesetzt mit sinkender Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Leistungsfähigkeit sei ohne Umweltbelastung nicht zu erzielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es überrascht in diesem Zusammenhang nicht, daß auf Forderungen nach mehr Umweltqualität oft zögerlich und nur widerwillig reagiert wird. Für jedes Unternehmen ist es eine Herausforderung, ökonomische Ziele und Umweltziele in Einklang zu bringen. Es sollte zumindest eine Herausforderung sein.

Die Wandlungsfähigkeit von Unternehmen wurde schon bei der Umsetzung der totalen Qualitätssicherung unter Beweis gestellt. Mit Einführung dieses Konzepts wurde die scheinbare Widersprüchlichkeit, zwei Ziele - nämlich Qualitätsverbesserung und Kostensenkung - gemeinsam zu erreichen, realisiert. Ebenso sollte der Übergang zu umweltgerechtem Wirtschaften bei gleichzeitig zunehmender Leistungsfähigkeit möglich sein. Umweltmanagement und Öko-Audit stellen nach Ansicht des Liberalen Forums eine marktkonforme Alternative zu den klassischen dirigistischen Maßnahmen der Umweltpolitik dar. *(Beifall beim LIF.)*

Ähnlich dem Qualitätsmanagement ist betriebliches Umweltmanagement ein dynamischer Prozeß. Die Festlegung von Etappen mit klarer und verbindlicher Zieldefinition führt zur Entwicklung von Strategien, beziehungsweise Aktionen, Unternehmensabläufe und Organisationsformen umzugestalten und sie mit dem Ziel auch in Einklang zu bringen. Unter dem Motto "Was gemessen wird, wird auch getan" sollten diese Ziele im Sinne eines Öko-Audits auch überprüft werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben dem politischen Auftrag trägt die Gemeinde Wien auch als Unternehmen Verantwortung für unsere Umwelt. Als relevanter Wirtschaftsfaktor hat die Wiener Stadtverwaltung die Verpflichtung, sowohl bei der Vollziehung ihrer Aufgaben als auch in der Privatwirtschaftsverwaltung, an der Entwicklung einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise teilzuhaben.

Das Liberale Forum fordert daher, daß die Magistrate der Gemeinde Wien ebenso wie Unternehmungen, an denen die Gemeinde Wien zumindest mit 50 Pro-

zent des Stamm-, Grund- und Eigenkapitals beteiligt ist, und Unternehmen, die von der Gemeinde Wien allein oder mit anderen betrieben werden, entsprechend Artikel 14 der EU-EMAS-Verordnung ein Umweltmanagementsystem installieren und die Leistungsfähigkeit des Umweltmanagements durch Öko-Audits prüfen lassen! *(Beifall beim LIF.)*

Zur Entlohnung von Politikern:

Nach unseren Vorstellungen sollten Politiker zukünftig mit einem leistungsorientierten Honorar entlohnt werden. Wir haben hierzu auf Bundesebene ein Bezügemodell vorgereicht beziehungsweise vorgestellt, das wir auch in diesem Hause zur Debatte stellen werden.

In die Leistungsbeurteilung von Politikern, meine Damen und Herren, sollten aber neben wirtschaftlichen auch ökologische Kennzahlen eingehen. *(Abg Barbara Schöfnagel: Zur Sache! Das gehört nicht zur Umwelt!)*

Mit dem Umweltbericht hat das schon einiges zu tun. Das ökologische Verhalten - würde ich meinen - paßt in einen Umweltbericht! *(Abg Barbara Schöfnagel: Also, zur Umweltdebatte paßt das wirklich nicht!)*

Dritter Punkt: Die Umweltverträglichkeitsprüfung für Gesetze und Verordnungen.

Wir werden hierzu einen Antrag einbringen, daß - ich glaube, das wird Sie wieder versöhnen, weil das die Umwelt sicher betrifft - jeder Entwurf, jedes Gesetz und jede Verordnung einer strategischen Umweltprüfung zu unterziehen sind. Darin sollte auf Energieverbrauch, auf Verkehrsaufkommen, auf Verbrauch von Rohstoffreserven und von Abfallmengen, Schadstoffgehalt, Abfallentsorgung, Emission auf Langzeitznutzung und sonstiges eingegangen werden.

Diese Stellungnahme, die man vor der Beschlußfassung von Gesetzen und Verordnungen dem Gesetzesentwurf beilegen sollte, sollte enthalten, ob die Durchführung dieser Vorschrift voraussichtlich erkennbare oder meßbare Auswirkungen auf die Umwelt haben wird, ob diese Auswirkungen nur langfristig oder großräumig erkennbar beziehungsweise meßbar sein werden oder ob die Durchführung dieser Vorschrift auch meßbare Auswirkungen auf die Umwelt haben wird.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein wichtiger Schritt der Umweltpolitik und der Ökologisierung der Gemeinde sowie der Stadt Wien. Ich glaube auch, daß wir ernsthaft daran arbeiten sollten, diese Ökologisierung voranzutreiben.

Ich wollte heute nur einen kurzen Einblick in den Bereich des Umweltmanagements geben, den ich gern mit Ihnen allen weiterentwickeln möchte, auch wenn das Liberale Forum hier die einzige Oppositionspartei ist. Danke! *(Beifall beim LIF.)*

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ich halte es für sehr erfreulich, daß am Beginn einer Legislaturperiode - von der wir alle nicht wissen, wie

lange sie dauern wird - an prominenter Stelle eine Grundsatzdebatte über die Umweltpolitik in dieser Stadt Platz hat.

Wenn es für mich eine Bilanz der ersten Woche gibt - die mich auch für die nächsten Jahre sehr optimistisch stimmt - dann die, daß es so etwas wie einen koalitionsfreien Raum gibt, der die Möglichkeit eröffnet, vernünftige Dinge, für die sich Mehrheiten finden, zu beschließen und umzusetzen.

Gerade im Umweltbereich ginge es eigentlich in vielen Bereichen nur darum, daß die Dinge, die bei Sonntagsreden, bei Parteitagen und bei Pressekonferenzen immer wieder gefordert werden - durchaus nicht im Unterschied zwischen den Fraktionen -, einfach realisiert werden. Vieles von dem, was in den Berichten - und insbesondere im Tätigkeitsbericht der Umweltanwaltschaft, auf den ich dann noch genauer eingehen möchte - beschrieben ist, sind keine parteipolitischen Dinge, sondern Dinge, die sich in den Reden aller fünf Fraktionen wiederfinden.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt durchaus ausführlich die Umweltpolitik der GRÜNEN aus meiner Sicht insofern schildern, als ich darstellen möchte, was wir in den nächsten Monaten vorhaben. Wir möchte Mehrheiten in diesem Hause suchen und alle anderen Fraktionen einladen, sich an diesem Dialog im Sinne der Umweltpolitik Wiens zu beteiligen.

Ich hätte durchaus einige Dinge - ich habe es nicht gemacht und werde es auch morgen bei der Wirtschaftsdebatte nicht tun -, von denen ich glaube, daß es schon jetzt Mehrheiten gibt - Stichwort Baumschutz, Stichwort viele andere Bereiche -, die ich hier als Anträge einbringen und bei denen ich rasch für Mehrheiten werben könnte. Aber ich tue das nicht, sondern will das nur ankündigen, um in Gesprächen mit den Umweltsprechern aller Parteien zu schauen, ob es ein kompaktes Paket gibt, mit dem wir wirklich einen großen Schritt weiterkommen.

Bevor ich im Detail auf die Berichte und auf den Nationalpark eingehen möchte - wo wir alle wahrscheinlich zustimmen werden, um das vorweg zu sagen -, lassen Sie mich die großen Linien schildern, wo es nicht darum geht, Bekenntnisse abzugeben, sondern die klare Bereitschaft zu zeigen, etwas umzusetzen.

Ich beginne mit einer Sache, die mir sehr wichtig ist und die auch Herr StR Svihalek genannt hat, nämlich Umweltpolitik in Osteuropa.

Kann Wien diesbezüglich etwas tun?

Wien kann und muß - und ich sage optimistisch -, Wien wird hier etwas tun, sicherlich dank der Beschlüsse, die der Gemeinderat und Landtag in den nächsten Wochen und Monaten fassen wird.

Wir wissen, daß oft 70 bis 90 Prozent der Immissionen Wiens nicht aus Emissionen Österreichs stammen. Wir wissen, daß die Wien umgebenden Städte und Industriegebiete in Ungarn, in der Slowakei bis hinauf nach Polen unter schlechten technischen Zuständen leiden und daß es technisch einfach möglich wäre - durchaus auch mit wirtschaftspolitischer Ren-

tabilität -, hier entsprechende Maßnahmen zu setzen. Viele österreichische Firmen sind im Bereich Brunn, Prag, Bratislava tätig und zeigen auf, daß pro Wertschöpfungseinheit das Drei- bis Fünffache an Energie eingesetzt wird. Hier bestünden riesige Sparmöglichkeiten und die Chance, eine Leitexporttechnologie für Wien zu entwickeln und europäische Problemlösungen umzusetzen.

Darum haben wir mit den Sozialdemokraten besprochen und vereinbart - ich möchte auch die Umwelt- und Wirtschaftssprecher der anderen Parteien einladen, daran teilzunehmen -, zwei Dinge zu realisieren. Ich betone, es mit Rufzeichen zu realisieren und nicht anzukündigen!

Ein Ökoinvestmentfonds Osteuropa beziehungsweise ein Projektfonds für alternative Energie- und Verkehrsinfrastrukturprojekte in den mittel- und osteuropäischen Staaten wäre einzurichten. Wir könnten einen enormen Technologieschub für die Wiener Wirtschaft erzielen, wenn wir zeigen, welche Finanzierungs- und Effizienzsteigerungen im Bereich Kraftwerke, im Bereich Hausbrand realisiert werden können.

Wir könnten auch einen Beitrag zum Gesundheitsschutz in diesen Ländern leisten. Denn dort - das ist signifikant statistisch nachweisbar - führen die starken Immissionen zu Todesfällen. Die Belastung ist an gewissen Tagen so hoch, daß es nicht fünf nach zwölf, sondern bereits halb eins geworden ist. Die Menschen sterben aufgrund der Immissionssituation in ihren Ländern, da sie weder den Zugang zu Finanzierungsquellen, noch den Zugang zu Managementquellen haben. Aus Wiener Sicht sollten wir hier eine Vorleistung geben und in zweiter Linie - auch da hat Stadtrat Svihalek recht - dann mit der Europäischen Union verhandeln. Aber nicht den umgekehrten Weg gehen. Nicht nichts tun und zur Europäischen Union gehen, sondern eine Wiener Vorleistung geben.

Es ist dies ein großes Anliegen zum Thema Arbeit durch Umweltschutz und ein österreichischer Beitrag zur Integration der ost- und mitteleuropäischen Staaten in die Europäische Union. Hier voranzugehen, würde große wirtschafts- und umweltpolitische Möglichkeiten erschließen und zeigt einmal mehr, daß Umweltpolitik nicht nur im Umweltressort und in der MA 22 verankert ist, sondern tief hineingeht in wirtschaftspolitische, finanzpolitische und technologiepolitische Bereiche. Darum ist es mir auch als Klubobmann wichtig, diesen Bereich ganz prominent zu besetzen, um ihm auch die zentrale Bedeutung zu geben. Gemeinsam mit unserer Umweltsprecherin Eva Glawischnig werden wir versuchen, ihn umzusetzen.

Für einen zweiten Themenkreis, den ich hier ansprechen möchte, ist nicht nur StR Svihalek vor allem verantwortlich, er fällt auch in die Kompetenz Wohnbau, es ist dies der ganze Bereich Wasser und die nachhaltige Wasserwirtschaft. Es ist keine ideologische Frage, daß wir grundsätzlich im Neubaubereich Trennsysteme einrichten, daß wir einmal dahin kommen, die Straßenreinigung - wir haben uns in den Par-

teilingesprächen lange darüber unterhalten - nicht mit Hochquellwasser zu gewährleisten. Wir müssen Wasserzähler einrichten und eine wirklich nachhaltige Wasserwirtschaft betreiben, um Know-how zu erzielen, um international Metropolen, die alle vor Versorgungsproblemen mit Wasser stehen, zu zeigen, wie es möglich ist, eine nachhaltige umweltorientierte Wasserwirtschaft zu forcieren. Ich hoffe, daß wir - wiederum gemeinsam mit den Umweltsprechern aller Parteien - zu Anträgen, Konzepten und Finanzierungsvorhaben kommen, um unsere Ideen auch umzusetzen.

Unser nächstes Anliegen befaßt sich damit, Lösungsansätze für eine nachhaltige ökologische Landwirtschaft zu finden. Da geht es für mich in erster Linie darum, der großen Nachfrage, die in Wien gegeben ist, auch im Bereich der Kommune - Spitäler, Schulen, Kindergärten kaufen Essen ein -, nachzukommen. Was kaufen sie ein? Bis heute ist dies, bis auf wenige Ausnahmefälle, nicht geklärt und auch nicht von der Politik vorgegeben. Dies wird ein Antrag sein, den ich nicht heute einbringe, sondern den ich mit Ihnen gemeinsam formulieren möchte, damit er Mehrheiten findet und auch vernünftig ist.

Ein Grundsatz besteht darin, daß Wien einen vehementen Beitrag zur Ökologisierung der Landwirtschaft leisten könnte, indem hauptsächlich Nahrungsmittel aus nachhaltiger, umweltorientierter Landwirtschaft verwendet werden. Ich sage es mit Stolz, hier ist Österreich das führende Land im Bereich Europas, denn nirgendwo sonst gibt es so viele ökologisch wirtschaftende Bauern wie in Österreich. Man könnte daher im Wege der Nachfrage weiteren vielen Tausenden die Möglichkeit geben, umzustellen.

Andeuten will ich nur das Projekt, über das wir auch gesprochen haben, das in Graz im klein- und mittelbetrieblichen Bereich hervorragend funktioniert, eine moderne umweltorientierte Technologiepolitik zu machen, wo das jenseits des Semmerings entwickelte Vorhaben "Öko-Profit" bis weit in die USA hinein Vorbildwirkung gehabt hat und hat. Mit den Erfahrungen, die in Graz gemacht wurden, können wir zeigen, daß man Abfall bis zu 90 und 95 Prozent vermeiden und gerade im klein- und mittelbetrieblichen Bereich Energieeffizienzmaßnahmen durchsetzen kann.

Umweltschutz - das sage ich auch Herrn StR Svihaček - ist etwas, das Kraft und Hartnäckigkeit zur Umsetzung benötigt. Wenn für diese Projekte die Rücken- deckung des Landtages und Gemeinderates gegeben ist - wo ich einmal mehr hoffe, daß alle fünf Parteien das vehement mittragen, einfach weil es vernünftig ist -, könnten wir vorzeigen, daß wir hier weitergehen.

Lassen Sie mich jetzt kurz den Bericht der Wiener Umweltanwaltschaft ansprechen. Auch hier möchte ich Sie einladen, mit uns gemeinsam, auch mit dem zuständigen Stadtrat, Dinge umzusetzen. Grundsätzlich möchte ich folgendes sagen, was den Tätigkeitsbericht sehr wohlthuend von anderen abhebt: Keine Stelle würde einen so ehrlichen Bericht schreiben, würde nur mit Stolz auf Dinge zurückblicken können,

denn jede engagierte Politik stößt auf Widerstand. Was ich an diesem Bericht so schätze, ist auch, daß man hineinschreibt, wo es Schwierigkeiten gibt, wo sich Dinge ändern müssen, wo Vorhaben gelungen, aber auch nicht gelungen sind.

Um auch hier einen neuen politischen Stil zu entwickeln, deute ich die Anträge jetzt nur an, die vorliegen sollten, aber deswegen nicht hier liegen, weil wir sie gemeinsam vorbesprechen sollten. Ich möchte Zustimmung und nicht einen einfachen Gag erzielen, um vielleicht da und dort eine Mehrheit zu erhalten. Ich sehe kein Argument dagegen, wenn von seiten der Umweltanwaltschaft festgestellt wird, daß sie keine Parteistellung im Baumschutzgesetz hat. Viele sagen, das ist eine Nebensächlichkeit. Baumschutz, was ist das schon? Im Zusammenhang mit den großen wirtschaftspolitischen Fragen - Arbeitsplätze, Europäische Union, Bank Austria -, was ist da schon das Wiener Baumschutzgesetz?

Das interessiert aber die Leute, wie man an einer Auseinandersetzung im 8. Bezirk feststellen konnte, wo ein Kastanienbaum gefällt werden mußte oder gefällt werden soll, was den ganzen Block dagegen aufgebracht hat. Die Leute haben gesagt, wir wollen diesen Baum behalten, der stiftet Identität, der stiftet sehr viel. Die Anrufe, die wir erhalten, "Wir müssen Bäume retten, wir müssen diese und jene Allee retten", rücken auch unsere Meinung immer wieder auf die scheinbaren Kleinigkeiten zurück. Wenn dann gerade von der Umweltanwaltschaft herangetragen wird, den Baumschutz ernst zu nehmen, halte ich es für wichtig, daß wir ihr das Recht einräumen, auch Anträge zu stellen. Wir sollten dies rasch in einem entsprechenden Gesetzesantrag, der von uns vorbereitet wird und für den ich eine Mehrheit erhoffe, in den nächsten Monaten festschreiben.

Ein ähnliches Anliegen betrifft das Antragsrecht beim Unterschutzstellungsverfahren. Auch vernünftig, es gibt kein Argument dagegen, außer daß es vielleicht nicht die Wichtigkeit hat, die ihm gegeben wird. Wenn man sich auch nur anhört, wieviele Menschen bei der Umweltanwaltschaft genau jene Dinge wollen, dann sollten wir das einfach rasch realisieren. Es wird von uns eine Initiative in diesem Bereich geben, der Umweltanwaltschaft entsprechende Möglichkeiten einzuräumen.

Nächster Bereich: Finanzierung des Landschaftsschutzes. Es gab einen Gesetzesantrag, in dem ganz klar geregelt wurde, daß eine Schotter- und Wasserabgabe realisiert wird. Daß also jene, die Natur in Anspruch nehmen, Geld dafür entrichten, damit notwendige Natur- und Landschaftsschutzmaßnahmen realisiert werden können. Im 8. Abschnitt des damaligen Entwurfs des Wiener Naturschutzgesetzes stand unter dem Titel "Finanzierung des Naturschutzes" wörtlich: "Durch die Einführung einer Grundwasser- und Schotterabgabe soll der Naturschutzfonds dotiert werden". Pro Tonne Schotter waren 5 S, pro Kubikmeter Grundwasser 50 Groschen vorgesehen. Sinnvollerwei-

se hätte dieses Geld Naturschutzzielen zweckgebunden gewidmet werden sollen. Das ist dann hinausgefliegen.

Bei den Parteienverhandlungen haben wir darüber gesprochen, daß wir das wieder einführen. Ja, Naturschutz kostet auch Geld. Und es zeigt sich bei einem Budget auch, wofür man bereit ist, Geld auszugeben. Wir sollten versuchen - das ist unser nächster Antrag, unsere nächste Initiative im Bereich des koalitionsfreien Raums, der sich oft zu einem Fünfparteiantrag auswachsen möge -, eine entsprechende Novelle des Naturschutzgesetzes einzuleiten.

Auch im Bereich der Wasserabgabe sollten wir keinen Krieg Steiermark gegen Wien spielen, sondern fragen, ob nicht eine moderate Abgabe auf Wasser, Anreize zum sparsamen Verbrauch bieten kann. Stichwort: Verschwendung von 9 bis 12 Liter Trinkwasser bei jedem WC-Besuch. Weiters könnte man die so gewonnenen Mittel zum Beispiel für die Realisierung einer nachhaltigen sparsamen Wasserwirtschaft verwenden.

Sehr kritisch steht die Umweltschutzorganisation den ökologischen Auswirkungen des ganzjährigen Wohnens in Kleingartensiedlungen gegenüber. Die Quasi-Umwidmungen - es wird nicht wirklich, aber faktisch umgewidmet - von Grünland in Bauland sollten alle Umweltschutzorientierten zum Nachdenken anregen, welche Skepsis hier drinnensteckt. Wir sollten ganz ernsthaft einmal darüber reden, was passiert, wenn wir gewidmeten Grünraum in sehr sensiblen Gebieten, wo keine öffentliche Schließung gegeben ist, auf Druck der Anrainer umwidmen. Das Ausnehmen von der Wärmeschutzverordnung bedeutet dort, sehr hohe Energieverbräuche zu realisieren. *(Abg Franz Karl Effenberg: Darüber haben wir aber schon gesprochen, daß das geändert wird!)* Ja, Herr Kollege Effenberg, geredet haben wir schon über sehr viel. *(Abg Franz Karl Effenberg: Entschuldigung, das war in diesem Zusammenhang nicht möglich, weil wir noch keine Technik dafür hatten!)* Werden Sie nicht ungeduldig, ich freue mich über Ihren Zwischenruf. *(Abg Franz Karl Effenberg: Mich ärgert nur, daß man so tut, wie wenn nichts wäre, das ist ungeheuerlich!)* Wenn etwas ungeheuerlich ist, dann das, daß wirklich noch nichts geschehen ist, Herr Kollege Effenberg, und ich freue mich, daß Ihr Ärger vielleicht dazu dient, daß rasch... *(Abg Franz Karl Effenberg: Dann kennen Sie sich nicht aus!)* Tatsache ist, daß es jetzt ausgenommen ist, und ich freue mich, daß Sie sich ärgern, dann führt vielleicht Ihr Ärger endlich dazu... *(Abg Franz Karl Effenberg: Erkundigen Sie sich einmal, bevor Sie die Dinge so darstellen!)*

Es ist nie zu spät, Herr Kollege Effenberg, etwas umzusetzen, das notwendig ist, den Wärmeschutz im Bereich des Kleingartenwohnens zu realisieren. Nachzudenken, wie dort eine nachhaltige Energieversorgung erfolgen soll. Wo, wenn nicht dort, ist Solarenergie besonders gut geeignet. Und wenn Sie mir in einem zweiten Zwischenruf, zu dem ich Sie jetzt einlade,

sagen, wann dies nach Ihrer Sicht realisiert werden kann, dann schweige ich jetzt still und lausche Ihrem Zwischenruf. *(Abg Franz Karl Effenberg hält die Broschüre "Kleingartenwohnhaus" hoch: Haben Sie das schon einmal durchgelesen?)* Ich warte auf den Zeitpunkt: Wann wird das aus Ihrer Sicht realisiert werden, Herr Kollege Effenberg? *(Abg Franz Karl Effenberg: Das muß nach Brüssel!)* Nennen Sie mir den Zeitpunkt, nicht auf die EU ausreden, wann soll das aus Ihrer Sicht realisiert sein? *(Abg Franz Karl Effenberg: Entschuldigung, da sind wir von Brüssel abhängig!)* Es ist offenbar schwierig, er sagt zwar, es wird schon realisiert, aber mit einem Termin rückt er nicht heraus. Ich probiere es ein drittes und letztes Mal, Herr Kollege Effenberg: Bis wann glauben Sie, soll es realisiert sein?

Präsident Mag Hilmar Kabas *(den Redner unterbrechend)*: Bitte, wir sind in keiner Fragestunde. Ich bitte den Redner fortzusetzen.

Abg Mag Christoph Chorherr *(fortsetzend)*: Wir sind in keiner Fragestunde. Ich möchte ihm eine Chance geben, zu einem ungeheuerlichen Vorwurf Stellung zu nehmen und uns den Zeitpunkt der Realisierung zu nennen. Tatsache ist, daß sich Herr Kollege Effenberg selbst beim dritten Zwischenruf auf Brüssel ausreden konnte, und daß es offensichtlich wiederum oppositioneller Anträge bedarf, um vielleicht Brüssel, aber auch Herrn Kollegen Effenberg ein bißchen anzuschieben. *(Abg Franz Karl Effenberg: Das ist ein aufgelegter Blödsinn! Lesen Sie einmal die Unterlagen! - Beifall bei den GRÜNEN.)*, und den richtigen Anregungen der Umweltschutzorganisation zum Durchbruch zu verhelfen, sodaß ökologische Maßnahmen eine größere Berücksichtigung finden.

Richtig und notwendig sind auch die Anregungen, betreffend das UVE-Konzept und die ganze Umweltverträglichkeitsprüfung im Bereich der B 301. Ich werde jetzt keine Grundsatzdebatte führen, vielleicht meldet sich Herr Kollege Kenesei zum Wort, um dem neuen Wiener Landtag die Möglichkeiten zu schildern, wie man auch ohne B 301 die Verkehrssituation in den Griff bekommen kann. Ich möchte nur auf jenen Bereich hinarbeiten, wo sich alle Fraktionen ernsthaft mit dem auseinandersetzen sollten, was die Umweltschutzorganisation sagt. Wenn wir dort eine Umweltverträglichkeitsprüfung abwickeln, nehmen wir sie ernst.

Ich zitiere aus dem Bericht: "Das Projekt B 301 ist nicht ausreichend konkretisiert. Wichtige Inhalte des UVE-Konzeptes fehlen. Wesentliche Teile des UVE-Konzeptes sind unverständlich und oberflächlich", und so weiter und so fort.

Hier haben wir auch Vereinbarungen getroffen, um nicht nur zu kritisieren, sondern auch um Schritte zu setzen. Es wird eine Juristenkommission eingesetzt, die penibel darauf achten soll, daß bei unterschiedlichen Auffassungen zur B 301 - einer der Befürworter sitzt leider hinter mir, ich bedaure, daß sich der Umweltstadtrat vehement dafür einsetzt - zumindest klar gestellt wird, daß eine saubere, korrekt abgehaltene B 301-Umweltverträglichkeitsprüfung abgeführt wird,

wo man möglicherweise draufkommt, daß das in der Form nicht realisierbar ist.

Lassen Sie mich jetzt noch einige Ausführungen zum Nationalpark sagen, wo ich mich jedoch nicht damit aufhalten will zu fragen, warum es so lange gedauert hat, bis es dazu gekommen ist. Aber eines ist schon interessant, und darum meine Frage an den Umweltstadtrat, wie er sich das vorstellt? Ein Planungsstadtrat steigt ein, um zu planen. Einer der ersten Beschlüsse und eines der Vorhaben des Planungsstadtrats lautet, mitten durch die Lobau, mitten durch ein Naturschutzgebiet, eine der dichtest befahrenen Straßen Österreichs zu realisieren, angeblich ökologisch.

Wer den Prater kennt - in der Mitte durchschnitten von der Südosttangente -, weiß um all die Auswirkungen. Ich appelliere dringend an Sie, aus verkehrspolitischen Gründen jene Dinge zu realisieren, die notwendig sind, um uns vom Autoverkehr weg zu bringen. Stichwort: Hochrangige Verkehrsmittel in den 22. Bezirk bringen. Endlich etwas im Bereich des Radverkehrs zu tun, wo wir auch einiges vereinbart haben. Aber doch nicht kurz nach einem Beschluß über einen Nationalpark, mitten durch diesen Nationalpark, wenn schon kein Kraftwerk, so eine hochrangige Autobahn zu bauen, das kann nicht funktionieren. Das ist eine verlogene Umweltpolitik. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* So sehr wir uns bemühen werden, vieles an sinnvoller Umweltpolitik gemeinsam durchzusetzen, kann ich Ihnen sagen, daß es auf allen Ebenen nur härtesten und schärfsten Widerstand mit sich bringen wird, wenn Sie glauben, durch die Lobau, durch das Naturschutzgebiet, Autobahnen bauen zu müssen.

Abschließend möchte ich noch jene Dinge andiskutieren, deren Realisierung wir für wichtig halten, durchaus auch im breiten Bereich des koalitionsfreien Raums.

Daß Wien endlich aus FCKW und HFCKW in Kühl- und Klimatechnik aussteigt, ist ein Vorbild. Ein Vorbild, auch für sich entwickelnde Länder, wie China und Indien, die riesige Beiträge zur Zerstörung der Ozonschicht, zur Verschärfung der Treibhausgassituation leisten, weil sie nicht glauben, daß es möglich ist, wirtschaftlich zu kühlen. Wir können und dürfen nicht verhindern, daß sich entwickelnde Länder genauso wie wir Eiskästen und andere Symbole des Wohlstandes haben. Wir können aber vorzeigen, daß es möglich ist, mit minimalem Aufwand an Energie und ohne Mittel, die nachweislich die Schutzschicht der Atmosphäre zerstören, zu kühlen. Wenn wir als Wiener vorzeigen, wie das gehen kann, wie die Konzepte aussehen, setzen wir nicht nur den richtigen Schritt, sondern können auch verständlich machen, in welche Richtung es international gehen soll.

Ich habe schon im Bereich der Energie kurz über die notwendige Solaroffensive gesprochen, wo sich wiederum zeigt, daß eine fortschrittliche Umweltpolitik nicht nur im Bereich des zuständigen Stadtrats realisiert werden kann. Wenn ich daran denke, daß der

Einsatz von Solarenergie im Bereich des Gewerbes längst wirtschaftlich möglich ist, daß wir Schulen, Volkshochschulen, Bäder und Sportanlagen ausstatten können, um die Nachfrage nach Solarenergie zu erhöhen, statt im Sommer mit fossilen Brennstoffen zu heizen. Im Neubaufall genauso. *(Abg. Gerhard Pfeiffer: Bei Gewerbebetrieben ist es leider erst in Randbereichen wirtschaftlich!)* Was ist in Randbereichen? *(Abg. Gerhard Pfeiffer wiederholt seinen Zwischenruf.)* Bei Bädern, und das rechne ich Ihnen gerne vor, Herr Kollege Pfeiffer, ist es in vielen Bereichen wirtschaftlich möglich, die Wärmenutzung zu realisieren. Es handelt sich nicht nur um Randbereiche. Das ist leider ein bei vielen Politikern noch immer hartnäckig herrschendes Vorurteil.

Was scheinbar unwirtschaftlich ist - da gebe ich Ihnen recht -, ist die Stromerzeugung aus Sonnenenergie, die Photovoltaik. Ich halte es aber trotzdem für wichtig, sie voranzutreiben, da ist noch keine Wirtschaftlichkeit gegeben. Aber im Bereich Wärmeerzeugung kann man sehr viel tun. *(Abg. Gerhard Pfeiffer: Es wird aber auch viel getan!)* Hier erwarte ich mir auch von der Wirtschaft die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Ganz wichtig aber ist - auch das geht in die Bereiche Umweltpolitik und Wohnbau -, die Wärmedämmung rasch zu realisieren. Ich habe schon mit Kollegen Faymann darüber gesprochen, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten hier ein Konzept erarbeiten, das eines zeigt: Zusätzlich Zehntausende Arbeitsplätze in Wien, deutliche Reduktion der Emissionen in Wien, Wertschöpfung in Wien, Know-how-Entwicklung in Wien, intelligente Formen der Finanzierung, Vorfinanzierung über Contractingmodelle, wie wir sie bereits jetzt - ich wiederhole es noch einmal - im Bereich von sechs Schulen vorführen, wo Private die Effizienzmaßnahmen vorfinanzieren. *(Abg. Georg Fuchs: Fremdmittelfinanzierung!)* Austausch von Kohle- und Ölkesseln, Realisierung der Wärmedämmung und Einführung moderner Technik.

Hier merken wir, welche Schwächen Wien auch im Bereich der Ausbildung hat, Herr Kollege Fuchs. Wenn wir all das ernst nehmen, und nicht nur von der Umweltmusterstadt faseln, sondern sie auch realisieren wollen, dann müssen wir daran denken, warum im Bereich der HTL so verhältnismäßig wenig passiert. Eines der großen Hemmnisse der Solarenergie ist, daß wir im Bereich der Ausbildung - jetzt nehme ich das lobende Beispiel der Solateure aus - sehr große Mängel haben. Ich würde mir zum Beispiel wünschen, mein Vorschlag geht dahin, daß wir uns ansehen, was die Schweiz geleistet hat. Dort ist man, was die Ausbildung betrifft, viel, viel weiter - das ist Umweltpolitik. Da ist einmal "vom mühsamen Bohren in harten Brettern" nach Max Weber gesprochen worden. Gerade das ist Umweltpolitik.

Die Ausbildung muß verändert werden, ich will Erneuerung, und ich glaube, daß wir jetzt eine Mehrheit finden. An den Technischen Universitäten haben wir

für alles mögliche Lehrstühle, etwa im Bereich Erdölwirtschaft, Nuklearforschung und so weiter. Ich bin überall dafür, sie aufrecht zu erhalten. Gibt es einen Lehrstuhl für solare Technologien? Es gibt keinen Lehrstuhl. Gibt es einen Lehrstuhl, der Effizienztechnologien im Bereich der Energieerzeugung und Energieverwendung umsetzt? Es gibt keinen Lehrstuhl.

So ist das gesamte System in der Struktur konservativ, und hier könnte Wien zum Beispiel sagen, konkreter Vorschlag, wir dotieren einen Ausbildungszweig im Bereich der HTL, wir dotieren einen Lehrstuhl auf der Technischen Universität, in den Bereichen Solararchitektur, solare Technik, effiziente Energieverwendung. Dann könnten wir Menschen ausbilden, dann würde hier Know-how gesammelt werden, dann würde etwas passieren.

Da müssen wir tätig werden. Das sind all die Dinge, von denen ich hoffe, daß wir sie im Dialog realisieren werden. Einfach, weil sie vernünftig sind, und wir als Politiker die Aufgabe haben, den unbestrittenen Wunsch, gerade auch junger Menschen, Umweltschutz umzusetzen und ernst zu nehmen, zu erfüllen.

Ich bin sehr optimistisch, daß wir im koalitionsfreien Raum, gemeinsam mit einem Umweltstadtrat, der Engagement hat und der dem Problemkreis durchaus aufgeschlossen gegenübersteht, versuchen, das umzusetzen und schon nach wenigen Monaten Bilanz darüber legen können, was ein innovativer Gemeinderat, was ein innovativer Landtag gemeinsam zustandebringt. Ich wäre stolz, wenn uns solches gelänge. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Wawra zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Oskar Wawra (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Herr Stadtrat! Hoher Landtag!

Ich möchte meine Rede dem Nationalpark Donauauen widmen. Der heutige Beschluß des Landtages über den Nationalpark Donauauen ist, glaube ich, für den Wiener Landtag durchaus ein historischer Tag und auch ein historischer Tag für Wien. Nach langen, und nicht immer einfachen Verhandlungen, zwischen Bund, Wien und Niederösterreich, wird heute der rechtlich verbindliche Akt in Form eines Länderstaatsvertrages gesetzt. Der heutige Beschluß wird darüber hinaus aber auch sehr wichtige und wesentliche Auswirkungen für zukünftige Generationen haben. Denn, wo gibt es eine europäische Hauptstadt, wo gibt es eine Weltstadt, die einen Nationalpark in ihren Stadtgrenzen hat? Um Ihnen nur ganz kurz die Einzigartigkeit dieses Nationalparks und dieser Region in Erinnerung zu rufen, vielleicht nur ein paar Zahlen und Fakten.

Die Donauauen in und östlich von Wien bilden die größte zusammenhängende Aulandschaft Mitteleuropas. Und die einzigartige ökologische Bedeutung dieses Landstriches sieht man auch daraus, daß wir einen unglaublichen Artenreichtum haben von über 600 Farnen und Pflanzen, über 200 Wirbeltierarten, darunter über 50 Fischarten. Die Gesamtzahl der Tier-

arten in diesem Bereich kommt auch auf über 5 000. Allein für die über 100 in der Au vorkommenden Vogelarten, wäre in einer anderen durchschnittlichen europäischen Landschaft, die zehnfache Fläche an Lebensraum erforderlich.

Angesichts dieser Tatsachen ist die Freude der Volkspartei darüber, daß das Projekt des Nationalparks Donauauen nun in seine endgültige Realisierungsphase tritt, nahezu ungeteilt. Umso mehr, als die Volkspartei die Idee dieses Jahrhundertprojektes von Anfang an sehr unterstützt und unterstützend begleitet hat.

Ich möchte an dieser Stelle und heute in diesem Zusammenhang auch ganz bewußt daran erinnern, daß es die Wiener Volkspartei und der Einsatz ihrer Mandatäre im Au-entschiedenen Jahr 1984 war, die entscheidend mitgeholfen haben, daß die Aulandschaft überhaupt erhalten blieb und in dieser Form zur Verfügung steht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Sie daran erinnern, daß es ein Erhard Busek, ein Jörg Mauthe und viele andere unserer Fraktion waren, die sich persönlich mit ihrer Person und mit ihrer ganzen Arbeit dafür eingesetzt haben. Auch auf Bundesebene haben vor allem die Umweltminister der Volkspartei, angefangen von Marilies Flemming, Maria Rauch-Kallat bis hin zu Minister Bartenstein, dieses Projekt stets favorisiert und durchgesetzt. Wobei vor allem Minister Bartenstein in den letzten Jahren auch sehr viel Energie darauf aufgewandt hat, dieses Nationalparkprojekt zu finalisieren.

Jetzt, glaube ich, obliegt es vor allem den betroffenen Ländern, Niederösterreich, aber auch Wien, dieser Idee auch weiterhin zum Durchbruch zu verhelfen. Ich bin sicher und hoffe, daß sich auch die Stadt Wien hinter dieses Projekt stellt, und wir werden auch in der Stadtregierung das unsere dazu tun, daß dieser Nationalpark ein Erfolg wird. Der Nationalpark sollte genauso ein Wiener Daueranliegen und ebenso in Zukunft wichtig sein, wie es zum Beispiel die sprichwörtliche Wasserqualität Wiens oder die Ziele Wiens in der Luftpolitik sind. Die Stadt Wien wird sich daher in Zukunft nicht selbstzufrieden zurücklehnen können, sondern selbst Initiative und Bereitschaft zeigen müssen, die sich nicht nur auf den Wiener Teil, also auf die Lobau, beschränken darf, sondern den gesamten Nationalpark einschließt.

Ein Wort vielleicht zur zukünftigen Nutzung. Der Nationalpark darf sicher nicht eine Art neuer Volksprater oder naturnahes Disneyland sein. Aus den jetzigen Überlegungen und Planungen besteht, glaube ich, auch keine Gefahr in diese Richtung. Das schließt natürlich die Nutzung der Donauauen als Naherholungsgebiet, vor allem für die Wiener Bevölkerung nicht aus. Es wird jedoch auch von uns, glaube ich, darauf zu achten sein, daß sich diese Dinge in Zukunft nicht in eine andere Richtung entwickeln.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen anderen, neuen und vielleicht auch interessanten Gesichtspunkt hier in die Diskussion einbringen. Der neue Nationalpark Donauauen sollte auch in einem direkten



Konnex zu möglichen Erweiterungsmöglichkeiten bis hin zu den Marchauen auch unter dem Aspekt der Einbeziehung des Nationalparks Neusiedler See gesehen werden.

Eine weitere Vernetzung ergibt sich bei diesem Projekt durch die Idee einer Kulturlandschaft Ostregion, die sich aus dem Archäologiepark Carnuntum, den Marchfeld-Schlössern sowie der Schlösserlinie Orth an der Donau, Deutsch Altenburg, Rohrau, Kittsee und Halbturn zusammensetzt.

Hier möchte ich zum Beispiel nur an die Idee oder an das Modell der steirischen Schlösserstraße erinnern. Aus Sicht zum Beispiel des Wien-Tourismus gäbe es sicher eine Möglichkeit, in Zukunft hier noch weit mehr zu tun und auch mit Kombiangeboten für den Wien-Tourismus Zielgruppen anzusprechen, die bisher nicht ausgeschöpft sind.

Weiters ist zu bedenken, daß in diese Idee auch geographisch die Region Bratislava und Győr einzubeziehen ist, um auch länderübergreifend Möglichkeiten auszuschöpfen.

Wenn man den Bogen geographisch noch etwas weiter spannt, so gibt es ja das Projekt der Grünen Donau. Ein internationales Vorhaben, das insgesamt fünf Teilbereiche umfaßt und das zum Ziel hat, die wertvollsten naturnahen Resträume der Donau bis hin zu ihrer Mündung am Schwarzen Meer unter Naturschutz zu stellen.

Ich glaube, das ist in diesem Zusammenhang auch besonders erwähnenswert, weil wir glauben, daß die internationale Donaustaatenkooperation gerade durch die Erhaltung und durch den neuen Nationalpark Donauauen wesentliche neue Impulse erlangen könnte, wenn sich aber auch - das ist auch eine der Voraussetzungen - die Wiener Stadt Außenpolitik dieses Themas verstärkt annehmen würde.

Für uns ist demnach der neue Nationalpark Donauauen nicht nur die Erschließung eines zusätzlichen Wander- und Ausflugsgebiets für die Wiener, sondern auch eine umweltpolitische, kulturelle und vielleicht auch sogar außenpolitische Leitlinie mit Zukunft.

Nicht nur aus diesem Grund wird die Volkspartei das Projekt des Nationalparks nicht nur weiter mit größtem Wohlwollen und auch mit größtmöglicher politischer Unterstützung begleiten, weil wir nämlich überzeugt sind und glauben, daß es sich dabei um ein Jahrhundertprojekt handelt, das einmal die gleiche Bedeutung für Wien haben kann und haben könnte, wie es zum Beispiel die Rettung des Wienerwaldes um die Jahrhundertwende war und sicherlich ein wesentlicher Bestandteil und ein Baustein für die zukünftige Umwelt- und Lebensqualität Wiens und der gesamten Ostregion ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag Hilmar Kabas: Danke. Als nächster Redner ist Herr StR Prinz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR Walter Prinz: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr StR Svihalek hat heute bei seinen einleitenden

Worten von der Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik gesprochen und gemeint, er wird in Zukunft in einem wesentlich stärkeren Ausmaß auch die Bürger bei der Lösung von Umweltproblemen miteinbinden.

Es gibt auf diesem Gebiet genug zu tun und es ist auch größte Vorsicht in vielen Bereichen geboten. Im Umweltbericht selbst gibt es einen Abschnitt, der sich mit den Wiener Grundwasserreserven beschäftigt. Ich möchte nur eine kleine Passage daraus zur Kenntnis bringen, wo es heißt: "Gemäß der Wassergüteerhebungsverordnung wurden die Untersuchungen auch 1995 fortgesetzt. Auf der Basis bisheriger Arbeiten wurde ein Vorschlag ausgearbeitet, der versucht, zukünftige Grundwassersanierungsgebiete abzugrenzen. Die Grundwassersanierungsgebiete müssen per Verordnung des Landeshauptmannes definiert werden, derzeit laufen die Vorarbeiten dafür".

Beim Grundwasser in Wien gibt es schon etliche Probleme. Zum Beispiel im 22. Bezirk, wo wir die verschiedensten Themen haben. Wir wissen zum Beispiel, daß es eine Belastung mit Nitraten gibt, wo man seinerzeit festgestellt hat und noch immer feststellt, daß undichte Senkgruben und die Landwirtschaft die Verursacher sind. Wir wissen auch, daß das Grundwasser in der Donaustadt für Wien eine besondere Wichtigkeit und Bedeutung hat, denn es garantiert auch in gewissen Zeiten die Versorgung des 21. und 22. Bezirks. Daher müssen wir uns auch besonders sorgfältig mit diesem Thema beschäftigen.

Wir haben in den nitratbelasteten Bereichen natürlich noch Brunnenanlagen. Im Wasserschutzgebiet des Grundwasserwerks Lobau sind bekannte Erdölindustriebetriebe angesiedelt, worüber wir schon des öfteren hier im Gemeinderat diskutiert haben. Wir wissen, daß im Wasserschutzgebiet Lobau im Bereich der Erdölindustrie natürlich Bodenbelastungen durch Öllinsen und Ablagerungen bestehen, die derzeit noch als stabil anzusehen sind, aber kein Mensch weiß, wie es weitergeht. Es wird von allen Seiten, auch von uns, die Absiedlung der Betriebe verlangt, die eine stete Gefahr für das Grundwasser in der Lobau bedeuten.

Wir haben auch noch eine dritte schwere Grundwasserbelastung in Donaustadt, nämlich die Bodenbelastungen am ehemaligen Borax-Gelände in Stadlau. Dieses Problem ist in letzter Zeit etwas in Vergessenheit geraten, noch dazu völlig zu Unrecht. Wenn ich daran erinnern darf, wie ist denn die ganze Geschichte entstanden und wie stellt sich das heute in dieser Gegend des 22. Bezirks dar? - Das Borax-Gelände liegt, für jene Damen und Herren, die es nicht wissen sollten, unmittelbar an der Donaustadtstraße zwischen Donaustadtstraße und Stadlauer Bahnhofsgelände, also im Nahbereich der Praterbrücke. Dort hat bis in die Siebzigerjahre hinein ein Betrieb bestanden, der sich mit Borverarbeitung beschäftigt hat.

Wenn wir uns jetzt weiter darüber unterhalten, möchte ich Ihnen nur mit ganz wenigen Sätzen aus einer wissenschaftlichen Expertise zur Kenntnis bringen, was Bor eigentlich ist. Da heißt es: "Zu den Ver-

bindungen von Bor, die von toxikologischer Bedeutung sind, gehören die Borsäure". Dann heißt es weiter: "Bei akuten Vergiftungssymptomen entwickeln sich langsam beginnend Erbrechen, Durchfall, Krämpfe, Haarausfall ist die Folge und ähnliches mehr". Es gibt chronische Schädigungen und die Ursache dieser Vergiftungserscheinungen sind Borsäure und Borax. Alles Dinge, die seinerzeit von diesem Betrieb verarbeitet wurden. Dementsprechend ist auch die Kontaminierung des Bodens in diesem Bereich von Stadlau.

In den Achtzigerjahren gab es eine Entwicklung, wo sich eine Bürgerinitiative massiv gegen diesen Betrieb, gegen diese Bodenbelastungen zur Wehr gesetzt hat. 1982 kam es dann zu einer Untersuchung des Grundwassers mit dramatischen Ergebnissen. Es ist ja auch heute noch so, daß im Nahbereich dieses ehemaligen Betriebes, der dann aufgelassen wurde, Gärtnereibetriebe angesiedelt sind und daß nach wie vor Nutzwasserbrunnen bestehen.

Die Reaktionen auf die Untersuchungsergebnisse waren zuerst einmal relativ gering. Es war dann notwendig, daß die Bürger, die sich dort draußen bedroht gefühlt haben, Anzeige erstatteten. Das Rathaus wurde natürlich informiert. Tausende Bürger haben unterschrieben und gebeten, man möge endlich Maßnahmen setzen. Schließlich wurde bei Bodenproben in diesem Gebiet auch eine gewisse Arsenhaltigkeit festgestellt und nachgewiesen. Dies deswegen, weil der Rohstoff, den seinerzeit die Firma Borax verwendet hat, aus der Türkei stammte und nachgewiesenermaßen arsenhaltig war. Da gibt es natürlich dann einen Zusammenhang. Über die Giftigkeit von Arsen brauche ich nicht weitersprechen.

Der Prozeß, der dann stattgefunden hat, endete mit einem Urteil für die Bürger. Man hat festgestellt, das ist aus dem Urteil herauszulesen, daß eine gewisse Verletzung der Aufsichtspflicht von seiten der Behörden gegeben war. In der Folge hat man die Situation für die betroffenen Haushalte insofern verbessert, als daß man Wasserleitungen gebaut hat. Rund um das Gelände wurden Sperrbrunnen errichtet, allerdings dürften diese Sperrbrunnen nicht hundertprozentig funktionieren, wie man heute feststellen kann. In einer Entfernung von zirka 800 Metern hat man einen Probebrunnen gesetzt, um in der Folge laufend zu überprüfen, wie sich die Grundwassersituation entwickelt. Informationen der letzten Tagen zufolge, sind wir heute so weit, daß die Entwicklung tatsächlich dramatisch ist.

1980 lag der ÖNORM-Wert von Borzulässigkeit im Grundwasser bei einem Zehntel p.p.m., heute liegt der zulässige ÖNORM-Wert bei fünf Hundertstel p.p.m. Der letzte Untersuchungsbefund bescheinigt, daß derzeit am Betriebsgelände eine sechzigfache Überschreitung des zulässigen ÖNORM-Wertes gegeben ist. Bei diesem Probebrunnen, 800 Meter außerhalb des ehemaligen Werksgeländes, beträgt die Belastung noch immer den zehnfachen Wert über der ÖNORM.

Da ist schlicht und einfach der Schluß zulässig, daß man sagt, offensichtlich funktionieren die Sperrbrunnen nicht, denn sonst wäre es ja nicht möglich, daß fast einen Kilometer entfernt von jenem Gebiet, wo die Ursachen liegen, noch immer zehnfach überhöhte Belastungswerte festgestellt werden. Das ist nicht lustig und man muß das wirklich in einer entsprechenden Breite sehen. Denn wir wissen zum Beispiel alle, daß demnächst das Kraftwerk Freudenu in Betrieb geht. Wir wissen, daß es die Dotierung der Lobau gibt und all diese Maßnahmen werden die Grundwassersituation in Bewegung bringen. Das kann Ihnen jeder Fachmann sagen, derartige Zuläufe und Anhebungen im Nahbereich solcher Gegebenheiten bringen das Grundwasser in Bewegung. Es entstehen Sogwirkungen und ähnliches mehr. Das heißt, die Verbreitung dieses weit überhöhten borwasserbelasteten Grundwassers kann sich wesentlich verstärken. Nicht allzu weit entfernt von diesem ehemaligen Stadlauer Werksgelände liegt auch das Naturschutzgebiet Lobau. Es ist daher höchste Zeit, Maßnahmen zu setzen.

Die Brunnen der Gärtnereien gibt es ja übrigens noch, die das Gemüse mit diesem Wasser bewässern. Über diese Bewässerung, über die Nahrungsmittelkette kommt das Ganze dann weiter in Umlauf und wir müssen daher entsprechende Schritte setzen. Meine Damen und Herren und Herr Stadtrat! Ich bin weit davon entfernt, hier in irgendeiner Form Panik erzeugen zu wollen, aber ich glaube, es ist notwendig, daß man nun die Dinge ernsthaft angeht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist ja nicht so, daß von diesem Thema nur jene 4 000 Personen betroffen sind, die seinerzeit gegen diese Umweltbeschädigung protestiert haben, sondern das Grundwasserwerk Lobau versorgt ja zu gewissen Zeiten den gesamten 21. und 22. Bezirk, und da sind natürlich Bevölkerungsziffern involviert, die weit darüber hinausgehen. Die Borbelastungen in Stadlau sind ja nicht nur heute und morgen wirksam, sondern sie bestehen weiter und bedrohen nicht nur jene Menschen, die heute dort wohnen, sondern auch deren Kinder und Kindeskinde.

Herr StR Svihalek, wir sollten uns daher sofort der Dinge annehmen. So bald wie möglich mit Experten besprechen, wie man dieses Problem aus der Welt schaffen kann. Denn eines ist ja auch noch bedauerlich oder klar: Man hat in der Zwischenzeit rundherum um dieses Gelände, das schwer grundwasserbelastet ist, Neubauten errichtet. Es gibt dort die neue HTL in Stadlau, Mc Donald's, Mercedes, einen Hofer Supermarkt und so weiter und so weiter. Man kann das Material, das sicher dort keinen Platz mehr haben sollte, nicht einfach abtragen, auskoffern und verfrachten, man muß zumindest eine Dichtwanne herstellen, die endgültig dafür sorgt, daß sich dieses borverseuchte Grundwasser nicht weiter verbreiten kann. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und da ist wirklich Gefahr in Verzug und höchste Zeit, sich der Dinge anzunehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*



Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster Redner ist Herr Abg Zimmermann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Paul Zimmermann (SPÖ): Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages!

Zunächst muß ich auf die Aussagen von Herrn StR Prinz eingehen, der offensichtlich einige Dinge verwechselt hat. Aber es spielt keine Rolle, das können wir ja im Dialog machen. Sie haben behauptet, daß bei der Bor-Fabrik Sperrbrunnen sind. Das entspricht nicht der Tatsache. (StR Walter Prinz: Was habe ich behauptet?) Sperrbrunnen haben Sie gesagt, kontrollieren Sie das dann im Protokoll! Sie haben Sperrbrunnen gesagt. Es ist nichts dabei, man kann sich ja versprechen, Herr Stadtrat, das ist ja möglich.

Diese Altlast wurde saniert, nicht mit Sperrbrunnen, sondern mit einer Dichtwand, und zwar wissen Sie wann? - Damals waren Sie nur Bezirksrat - 1983 bis 1984. (StR Walter Prinz: Dann ist es ja noch ärger, Herr Kollegel!) Damals ist eine Sperrwand, eine Dichtwand errichtet worden, wo nichts durchgeht. (Abg Barbara Schöfnagel: Das hilft ja öfter nichts!) Das ist so. Also keine Brunnen. Das ist absolut in Ordnung und sicher. Das muß man doch ins rechte Licht stellen können. Aber Herr StR Prinz, ich komme heute ohnehin noch auf Sie zu sprechen und es wird ganz interessant werden. Ich bin froh, daß Sie da sind.

Ich möchte ausschließlich zu der Angelegenheit Nationalpark sprechen, weil es mir ein persönliches Anliegen ist und ich auch dort zum Teil aufgewachsen bin. Die Eröffnung des Nationalparks Donauauen am 27. Oktober dieses Jahres war ein sehr wesentlicher Beitrag und wesentlicher Schritt in Richtung Natur. (Abg Dr Rüdiger Stix: Wo ein Öltanklager ist!) Der Nationalpark ist deswegen so entscheidend und einzigartig, weil er nämlich der einzige dieser Art in Mitteleuropa ist. (Abg Dr Rüdiger Stix: Weltweit und nicht nur in Mitteleuropa!) Na ja, schön. Darüber können wir auch reden. Ich muß es ja nicht beschwören. Hören Sie ein bißchen zu, es macht nichts, aber sagen wir, auf jeden Fall in Österreich und der einzige in Europa, bleiben wir dabei. Da können wir uns sicher einigen. Es spielt gar keine Rolle. (Abg Dr Rüdiger Stix: Mit einem Öltanklager, das ist ja kein Widerspruch, das stimmt ja!) Die Einmaligkeit der Anlage, dieses Naturparks, will ich auch durch einige Punkte dokumentieren.

Er ist das größte intakte Ausystem das wir haben. Weiters ist er Lebensraum für gefährdete Arten sowohl der Fauna als auch der Flora. Er stellt - ganz entscheidend und wichtig - ein natürliches Reservat für das Trinkwasser dar. Und ist auch die grüne Lunge für diese Region, sowie die letzte freie Fließstrecke der Donau zwischen Wien und der Grenze und zwar 47 Kilometer.

Ich möchte noch beim Trinkwasser hinzufügen, daß auch hier die Stadt Wien beteiligt ist, und zwar mit Brunnen in der Lobau, die übrigens einwandfreies Trinkwasser liefern. Das Wasser weist hier einen Ni-

tratgehalt von 4 bis 6 Milligramm pro Liter auf. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, daß ein Grenzwert - wie sicherlich alle wissen werden - von 50 Milligramm zugelassen ist. Wir unterschreiten ihn dort bei den Brunnen der MA 31 wesentlich, was auch gut so ist.

Entscheidend ist, und darüber bin ich sehr froh, daß dieser Nationalpark - es wurde ja bereits erwähnt - von allen hier vertretenen Parteien beschlossen wird.

Geplant sind 11 500 Hektar, derzeit sind es 9 300, davon etwa ein Drittel, 2 800 Hektar für Wien. Ich möchte hier den Bürgermeister der Bundeshauptstadt zitieren, der verstanden hat, es mit einem wunderbaren Satz zu erklären: "Wir haben auch im Umweltschutz nur eine Zukunft. Nämlich eine gemeinsame".

Und nun folgendes, weil das ebenfalls angesprochen wurde, und zwar am Montag von Herrn StR Prinz. Ich habe hier auch das provisorische Protokoll seiner Wortmeldung. Herr StR Prinz hat, und das ist sein gutes Recht, auch von einer sogenannten schlanken Verwaltung gesprochen, und man möge den Nationalpark nicht zu Tode verwalten. Ich glaube, so ungefähr war das. Wunderbar. Ich könnte es Ihnen auch vorlesen.

Ich kann Ihnen berichten, daß es dort einen Geschäftsführer und sechs Angestellte geben wird. Mehr wird es dort nicht geben. Viel schlanker kann die Verwaltung nicht sein. Das zu dem, und nun noch ein bißchen etwas zu der Wortmeldung in der Generaldebatte am Montag. Es ist doch so, daß es immerhin Wortmeldungen gibt, die man einfach nicht so im Raum stehen lassen kann und die auch widersprochen werden müssen.

Ich verweise auf das stenographische Protokoll vom 16. Dezember. Herr StR Prinz hat hier festgestellt, ich zitiere: "Wir haben in diesem Nationalpark eine florierende Erdölindustrie. Mitten in diesem Naturschutzgebiet, mit wichtigen Grundwasserreserven, sind Benzinfirmen angesiedelt, die ihre Fundamente auf unterirdischen Ölseen gegründet haben".

Das ist eine Angelegenheit, die sehr ernst ist. Ganz interessant dabei ist, daß sich diese kritische Haltung von Herrn StR Prinz allerdings erst neu gebildet hat. Denn 1988 war in diesem Gebiet, allerdings nicht der Abgeordnete, sondern der Herr Baumeister als Bauführer an zwei Baustellen für die Firma Shell tätig. Jene, von denen Sie am Montag gesagt haben, daß Sie sie absiedeln wollen. Das eine war ein Rohrkanal und das andere war ein Häuschen für eine Wasseraufbereitungsanlage. (StR Walter Prinz: Na und wo ist da das Problem?)

Das ist zumindest eine interessante Sache und die anwesenden Journalisten sollen das ruhig hören. Aber ich bin froh, daß Sie lernfähig sind, denn Sie haben jetzt eine andere Haltung eingenommen. Noch etwas muß man dazu sagen, damit man die Dinge ins rechte Licht setzt. Es gab bereits damals die Überlegung, was mit dieser Raffinerie zu geschehen hat. Ich werde dann noch darauf zurückkommen, weil ich glaube, daß es

doch eine sehr interessante und wesentliche Sache ist.

Nun, ich werfe es Ihnen gar nicht vor, Sie können bauen, wo, wann immer und wie Sie wollen. Nur was ich Ihnen vorwerfe ist, daß Sie einfach die Wahrheit verschweigen. Herr Stadtrat, Sie haben noch folgende Aussage gemacht, ich zitiere wieder: "Noch sind diese Vorkommnisse stabil, doch wer weiß, wie lange diese Betonwände halten. Und es ist auch kein Geheimnis, daß völlig ungeschützte Öllinsen im Boden vorhanden sind und dagegen wird überhaupt nichts unternommen". Das war, keine Frage, eine ungeheuerliche Beschuldigung, daß nichts unternommen wird. Sie beschuldigen hier die Stadt Wien und den Stadtrat, nichts zu unternehmen. (StR Walter Prinz: Das steht aber auch im Umweltbericht drinnen, wenn Sie ihn genau lesen!) Okay, ist in Ordnung. Wir kommen schon hin, nur schön langsam, Herr Stadtrat! Wir haben es nicht so eilig.

"Die Industrie zeigt wenig Interesse, von sich aus tätig zu werden, was selbstverständlich ist, denn die Sanierung kostet ja auch kein Butterbrot. Ich werde dann auch sagen wieviel. Aber wo bleiben die Konzepte der Stadt und die Sanierungsaufgaben für diese Betriebe?"

Ich habe es schon vorhin gesagt und ich erwähne es jetzt noch einmal: Ich werfe Herrn StR Prinz vor, daß er die Wahrheit verschweigt. Wissen Sie warum? Ich kann Ihnen das nämlich auch beweisen. So wie ich, hat auch der Herr Stadtrat die Möglichkeit, nachzuforschen. Abgesehen davon, daß dort Sperrbrunnen vorhanden sind, die laufend untersucht werden.

In weiterer Folge haben Sie gesagt, dies sollte man in Erinnerung rufen: "Die Stadt Wien hat keine Konzepte und tut nichts". Das haben Sie gesagt, okay. Sie hätten nur bei der MA 45 nachsehen müssen. Seit 1995 sind für die MA 45 Geldmittel vorhanden, laufend jedes Jahr für das, was er fordert, das wird bereits gemacht. Nämlich eine Dichtwand um dieses 200 Hektar große Areal. Für 1997 sind bereits wieder 4 Millionen S vorgesehen. Das wird dort durchgesetzt und gemacht. Es ist ganz interessant, daß man das weiß. Offensichtlich hat hier der Herr Stadtrat einen Nachholbedarf, weil er es eben nicht weiß. Dann hätte er halt nachschauen müssen.

Ebenfalls bei der MA 45, da steht, ich zitiere wieder: "Zentraltanklager: Erstellung eines Eigenprojektes nach Abschluß des Variantenstudiums".

Ich möchte Ihnen auch dazu noch etwas sagen. Dieses Projekt, das ist ganz einmalig, kostet 500 Millionen S. Es ist also ziemlich teuer. 95 Prozent werden vom Bund bezahlt, 5 Prozent von der Stadt Wien. Dieses Projekt wird nächstes Jahr eingereicht und wenn alle Dinge so vorgehen, wie wir das wollen, werden wir Ende 97, Anfang 98 mit dem Bau dort beginnen können. Hier haben Sie das Konzept, das von Herrn StR Prinz gefordert wurde und von dem fälschlicherweise behauptet wurde, es gäbe keines.

Ich stelle daher in diesem Landtag fest, es gibt ein Konzept und es ist zur Realisierung fertig. Es ist daher

unglaublich, daß sich ein Stadtrat völlig ahnungslos stellt und einfach hergeht und sagt, er wisse nichts davon. (Beifall bei der SPÖ.) Vielleicht sollten Sie sich künftighin besser erkundigen.

Aber das ist noch nicht alles. (StR Walter Prinz: Sie bauen um 40 Jahre zu spät!) Aber Sie sind ja ahnungslos. Sie sind nicht nur ein Stadtrat ohne Geschäft, sondern auch ein ahnungsloser Stadtrat. Diese zwei Dinge haben Sie auch noch. Das wird ja immer besser. (Beifall bei der SPÖ.) Wir können auch einen Dialog führen. Das ist ja phantastisch mit Ihnen. Ich habe gar nicht geglaubt, daß das so einfach sein wird.

Das nächste... (Abg Dr Rüdiger Stix: Das Öltanklager ist im Nationalpark, es steht noch da, Sie können schauen!) Es ist traumhaft. (Abg Dr Rüdiger Stix: In der Mitte steht ein Öltanklager!) Herr Dr Stix, ich komme auch dazu. Nur schön langsam. (Abg Dr Rüdiger Stix: Das steht immer noch, auch wenn Sie langsam sind!) Aber bitte, Augenblick. Lieber später als gar nicht. Ich komme gleich dazu, warum. Ich sage es Ihnen gleich. (Abg Dr Rüdiger Stix: Aber es steht draußen!) Warten Sie ein bißchen, hören Sie doch zu! Geht das nicht? Es ist schwer für Sie, das kennen wir ohnehin alle. Aber wer kennt Herrn Dr Stix nicht. Ich bin da oben gesessen und da hinten als Vorsteher. Ich muß sagen, es ist immer ganz lustig gewesen.

Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt, das ist auch ganz interessant. Herr StR Prinz fordert, das ist auch legitim - gar keine Frage -, die Absiedlung der Betriebe und die dauerhafte Sicherung der Altlasten. (StR Walter Prinz: Da bin ich aber nicht der einzige!) Natürlich, das ist keine Frage, selbstverständlich, Herr StR Prinz.

Herr Dr Stix hat gefragt, warum das noch immer nicht geschehen ist. Das ist ganz einfach. Damals gab es nämlich hier auch einen gemeinsamen Antrag, das war 1987.

Eingeleitet wurde das vom damaligen zuständigen StR Dr Michael Häupl, unterschrieben wurde es aber auch von Herrn Dr Pawkowicz! Man hat damals, in dieser Kommission, den Donauraum untersucht, und was eine derartige Absiedlung kosten würde.

Jetzt komme ich zu dem Butterbrot vom Herrn StR Prinz. 35 Milliarden S damals! Wenn ich das hochrechne, dann komme ich heute... Moment, ich muß noch etwas dazusagen: Diese 35 Milliarden S sind ohne Grundstückskosten und ohne Infrastruktur, also das heißt, es ist wesentlich mehr.

Wenn man das jetzt hochrechnet, dann kommt man derzeit auf 50 Milliarden S und in der Folge, wenn man das jetzt weiterverfolgt, auf weit mehr als 70 Milliarden S. Das sagen heute die Fachleute.

Es ist daher völlig ausgeschlossen, dieses Öllager von dort wegzubringen. Damit müssen wir bedauerlicherweise leben. Was wir aber tun können, ist, das Konzept der Stadt Wien zu verwirklichen und diese Ummantelung mit diesem Dichtring zu bauen, damit es dort sicher ist.

Noch etwas ist ganz interessant. Diese Kommissi-

on - und das hat auch der Herr Dr Pawkowicz zur Kenntnis genommen - ist nämlich auf diese Idee gekommen, und das waren 32 Fachleute, die das festgestellt haben. Nicht irgend jemand, sondern 32 Fachleute! Sie können sich diesbezüglich erkundigen. Lassen Sie sich das ausheben, so wie ich, dann werden Sie auch draufkommen, daß das stimmt!

Noch etwas ist damals passiert. Man hat nämlich auch den Ölbereich Korneuburg untersucht. Dort wird ja auch Öl umgefüllt, und aus Sicherheitsgründen hat man damals gesagt: "Bitte geht's doch hinunter in die Lobau. Das ist nämlich der einzige Ölhafen mit einer vorhandenen Sperre"! Auch das muß man jetzt dazu sagen.

Sehen Sie, das sind... *(Abg Barbara Schöfnagel: Was ist mit den vorhandenen Öllinsen?)* Bitte? *(Abg Barbara Schöfnagel: Was ist mit den vorhandenen Öllinsen?)* Ich habe Ihnen schon gesagt, Sie müssen ein bißchen aufpassen... *(Abg Barbara Schöfnagel: Wir passen schon auf!)* Ich habe gesagt... *(Abg Barbara Schöfnagel: Wir passen schon auf!)* Nein, aber ich sage *(Abg Barbara Schöfnagel: Wir passen schon auf!)* es für Sie gerne noch einmal. Die Mühe mache ich mir gerne.

Ich habe gesagt, die Stadt Wien hat vor, mit Geldern des Bundes - 500 Millionen S kostet es, 95 Prozent bezahlt der Bund, 5 Prozent die Stadt Wien - eine Dichtwand herum zu bauen, damit kein Öl - auch keine Öllinsen, die es dort gibt - das Grundwasser in der Lobau verseuchen kann. Das ist ganz entscheidend. *(Abg Barbara Schöfnagel: Was ist, wenn es wieder auftritt?)* Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß rund 70 Milliarden S kein Butterbrot sind, so wie es der Herr StR Prinz gesagt hat! Das ist doch nicht denkbar! Das kann man doch nicht machen! Man kann doch nicht 70 Milliarden S so mir nichts dir nichts nehmen, und die Leute dort absiedeln! *(Abg Barbara Schöfnagel: Das habe ich ja nicht gesagt!)*

Aber noch etwas sage ich Ihnen dazu. Sie sagen jetzt absiedeln. *(Abg Barbara Schöfnagel: Das habe ich nicht gesagt!)* Ich komme zu noch etwas, und das ist auch ganz interessant. Man sagt das so leichtfertig: "Absiedeln"! *(Abg Barbara Schöfnagel: Davon habe ich nicht geredet! Ich habe nur gefragt: "Was ist mit einer Absiedelung"?)* Das redet sich ganz leicht und ist super, aber wohin bitte? *(Abg Barbara Schöfnagel: Davon habe ich nicht geredet! Ich frage nur, was mit einer Absiedelung ist!)*

Noch etwas muß man auch dazusagen, und ich werde das auch nicht verschweigen: Der Ölhafen Lobau hat einen Umschlag von mehr als 1 Million Tonnen. 1 Million Tonne wird mit dem Schiff verfrachtet und verlagert. Das heißt, wenn man das jetzt auf 30 Tonnen oder 20 Tonnen hochrechnet - wenn man es also nicht mehr am Wasser, sondern mit Tankfahrzeugen machen würde -, dann kommt man bei 20 Tonnen auf 33 000 Fahrzeuge und bei 30 Tonnen auf 50 000 Fahrzeuge!

Wir wissen aber alle, daß wir jetzt diesen wunder-

schönen Naturpark haben, und es zwischen Wien und der Staatsgrenze keine Möglichkeit mehr gibt, diesen Ölhafen anzusiedeln. Das ist vollkommen klar, das wissen wir alle. Die Fließstrecke der Donau durch Wien ist 21 Kilometer, und auch dort gibt es keine Möglichkeit, denn auf der einen Seite haben wir den Hochwasserschutz mit der Donauinsel, und auf der anderen Seite haben wir Nußdorf, den Handelskai, die Praterauen, die Freudenau, das "Blaue Wasser" und Albern. Also auch dort gibt es keine Möglichkeit. Wir könnten noch weiter hinaufgehen, aber wir haben gerade vorhin erfahren, daß diese Jury aus 32 Fachleuten festgestellt hat, daß man das dort nicht machen kann und man lieber hinunter in die Lobau gehen soll!

Sehen Sie, das ist eigentlich das, was Sie uns verschweigen. Das macht aber gar nichts. Tun Sie ruhig so weiter. Wir haben eine Antwort darauf.

Sie sagen immer wieder - und damit komme ich schon zum Schluß -, daß Sie eine Koalition mit dem Bürger haben. Das hören wir sehr oft. Was Sie dabei vergessen haben zu sagen, ist, daß Sie eine scheinheilige Koalition mit dem Bürger haben!

Wir Sozialdemokraten haben eine Antwort darauf, nämlich eine anständige, ehrliche und offene Politik mit dem Bürger, und mit Dr Michael Häupl! Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Kenesei zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Günter Kenesei *(GRÜNE)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg Dr Rüdiger Stix: Jetzt sind alle aufgezählt! - Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Das Umweltthema als solches ist ja in der Stadt ein durchaus erschöpfendes, und man könnte jetzt sicherlich verschiedene Aspekte durchdiskutieren, so wie sie der Kollege Zimmermann oder auch der Kollege Wawra eingebracht haben.

Was mir etwas neu beim Debattenbeitrag des Kollegen Wawra war, ist, daß sich jetzt die ÖVP die Rettung der Auen oder der Aulandschaft im Osten dieser Stadt an die Fahnen heftet. Aber mir ist jeder recht, sage ich einmal, der zeitig genug draufkommt, daß diese Aulandschaften, die jetzt zu einem Nationalpark geworden sind, zu schützen sind.

1984 war der gedankliche Prozeß innerhalb der Österreichischen Volkspartei anscheinend noch nicht so weit wie vielleicht 1996, und vielleicht rechnet der Ossi Wawra mit der Vergeßlichkeit der Öffentlichkeit. Wir, die wir uns damals tatsächlich vor Ort - der eine oder andere auch mit einem blutigen Schädel - für die Erhaltung der Au eingesetzt haben, werden diese Stunden und Tage sicherlich nicht vergessen. Es war aber sicherlich auch ein historischer Erfolg für die Ökologiebewegung, daß diese Aulandschaft in Wien und östlich von Wien im derzeitigen Gesamtumfang erhalten und geschützt wird. Ich glaube, darauf kann die Ökologiebewegung und die grüne Bewegung si-

cherlich stolz sein. Es ist aber natürlich jeder, auch die Österreichische Volkspartei, herzlichst dazu eingeladen, jetzt mitzuhelfen, daß diese Aulandschaft auch tatsächlich geschützt und beschützt bleibt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang bei der Umweltdebatte auch ausdrücklich auf den Bericht der Wiener Umweltschutzkommission hinweisen, denn der Tätigkeitsbericht der Wiener Umweltschutzkommission - der Retter der Au hat soeben den Saal betreten... *(Abg Dr Oskar Wawra: Das hat es damals noch nicht gegeben!)* Bitte, was? *(Abg Dr Oskar Wawra: Das hat es damals noch nicht gegeben!)* Das hat es damals nicht gegeben? Ich werde gerne auf den Zwischenruf eingehen, lieber Ossi Wawra!

Es hat damals eine breite Allianz gegeben, die in diesen sehr bewegten Tagen im Winter bei nicht besonders tollen und angenehmen Temperaturen in der Au gesessen ist. Ich könnte mir vorstellen, daß das heutige Wetter, das ja momentan doch einen sehr milden Dezember für uns bereithält, um einiges angenehmer gewesen wäre, um da zu übernachten, und sich - auf gut wienerisch - den Arsch abzufrieren, was nämlich wirklich gewesen ist.

Aber ich habe schon gesagt, und ich wiederhole es gerne nochmals, daß alle natürlich herzlichst eingeladen sind - und da auch die Österreichische Volkspartei -, sich jetzt daran zu beteiligen, diese Aulandschaft zu erhalten und zu beschützen.

Ich komme jetzt zum Tätigkeitsbericht der Wiener Umweltschutzkommission. Herr Kollege Chorherr hat schon einiges ausgeführt, wo Kritikpunkte und Ansätze sind, die durchaus zu diskutieren und zu überlegen wären.

Herr Kollege Effenberg hat sich ein bißchen aufgeregt, weil es gegen die Kleingärtner - "Ganzjähriges Wohnen" - geht! Aber ich glaube - und diese Kritik ist von unserer Seite und auch von mir immer wieder gekommen -, daß die Kritik der Wiener Umweltschutzkommission in diesem Zusammenhang mehr als berechtigt ist. Insofern mehr als berechtigt, da ja tatsächlich bereits jetzt von so umgewidmeten Kleingartenanlagen vehement Wünsche an die Stadt und an die Kommune herangetragen werden, die auch finanzielle Ressourcen der Stadt binden. Da gibt es natürlich die Wünsche, daß es eine verbesserte Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz geben muß. Es sollten in der Nähe auch fußläufig - die Leute, die dort wohnen, wollen natürlich auch das haben - sowohl Nahversorgungseinrichtungen, als auch Schulen, Kindertagesheime, und so weiter errichtet werden. Das heißt, es entsteht natürlich auf die Stadt und auf die Kommune ein verstärkter Druck, für diese Infrastruktur zu sorgen, was natürlich mit einer finanziellen Belastung in Zusammenhang zu bringen ist.

Ich glaube, es entspricht auch nicht dem Stadtentwicklungsplan - weder dem aus dem Jahre 1984, noch dem erst jüngst beschlossenen -, daß hier zusätzliche Baulandflächen erschlossen werden sollen. Es handelt sich de facto ja um Bauland. Wir haben das in der Diskussion zur Bauordnung gehabt, Herr Kollege

Effenberg - auch wenn Sie den Kopf schütteln -, und es haben sich dann fast alle bis auf die sozialdemokratische Fraktion, die damals hier im Hause noch mehrheitsbildend war, darauf verständigt, daß Kleingartenanlagen "Ganzjähriges Wohnen" eigentlich dem Bauland zugeschlagen werden sollten, und dieses Bauland als eigene Kategorie im Bauland ausgewiesen werden sollte.

Das ist dann aber weiterhin im Bereich der Erholungsgebiete und des Grünlandes geblieben. Der Erholungswert für die einzelnen oder für den einzelnen, ist natürlich gegeben, wenn er in seinem Garterl ist. Der Erholungswert für die Öffentlichkeit ist ein beschränkter, außer daß es noch weniger unversiegelte Flächen gibt, denn wenn man sich anschaut, wie groß auf so mancher kleinen Parzelle gebaut werden darf - mit der Gesetzesdeckung im Rücken -, dann frage ich mich, wo der Erholungswert für den einzelnen eigentlich ist, wenn nur mehr handtuchbreite Grünflächen rund um diese Häuser übrigbleiben!

Es gibt auch Kritik an den verschiedensten Verfahren dieser Stadt, und das ist auch schon teilweise ausgeführt worden. Einer der wesentlichen Kritikpunkte neben dem Naturschutz- und Baumschutzgesetz ist, daß bei Flächenwidmungen so gut wie nie auf die Stellungnahme und auf die Einsprüche der Wiener Umweltschutzkommission eingegangen wurde. Es gibt in dem einen oder anderen Fall auch immer wieder Hinweise der Umweltschutzkommission. Sie sind auch exemplarisch aufgelistet, und wir haben sie immer wieder im Planungsausschuß zu behandeln gehabt. Wenn es nicht wir gewesen wären, die es zumindest angesprochen hätten, daß es hier Stellungnahmen von anderen Dienststellen, auch immer wieder von der Arbeiterkammer, aber vor allem von der Wiener Umweltschutzkommission, gibt, und daß es ökologische Bedenken für den einen oder anderen Bereich gibt, dann wäre das nicht einmal auf der Tagesordnung und zur Diskussion gestanden!

Ein großer Bereich ist natürlich die Mitwirkung am Nationalparkgesetz und an der Diskussion, wie schützenswert die Flächen sind, die jetzt zum Nationalpark zusammengefaßt sind, und was man diesen Flächen in Zukunft noch zumuten kann. Da geht es jetzt nicht so sehr um den Wurschtelprater in der Lobau, das heißt, um die Menschenmassen, die dann in den Nationalpark pilgern werden, um sich das anzusehen und um dort Erholung zu suchen - ich glaube, auch hier muß maßvoll umgegangen werden -, sondern es geht vorrangig um die Bedrohung dieses Gebietes und der zusammenhängenden Grünflächen in dieser Stadt durch zusätzliche Straßenbauprojekte. Es ist bezeichnend, daß sich mittlerweile sehr, sehr viele Publikationen damit beschäftigen, welche Maßnahmen eigentlich zu ergreifen wären, um sowohl die Waldgebiete - nämlich den Wienerwald, Bereich Lainzer Tiergarten und alle anderen Waldflächen, die zu Wien gehören -, als auch die zusammenhängenden Grünräume im Nordosten und auch speziell im Süden dieser Stadt zu schützen.

Eine sehr neue Publikation halte ich hier in der Hand: "Wien nachhaltig präsentiert, Markierungen der Stadtentwicklung". Hier beschäftigt sich eine Gruppe von Personen auch mit dem Bereich des Waldes und des Grünlandes. Ich darf ganz kurz daraus zitieren, denn auch bereits in diese Publikation haben diese neuen, geplanten Straßenbauprojekte Eingang gefunden. Sie werden mehr als kritisch betrachtet, und ich glaube, langsam aber sicher sollten alle diejenigen, die neuen hochrangigen Straßenbauprojekten vehement das Wort reden, auch auf jene hören, die Kritik anmerken, und eigentlich zum Ausdruck bringen, daß die Zeit dieser Projekte - und der Betonierer - längst der Vergangenheit angehört, und ein anderer, nämlich ein nachhaltig ressourcenschonender Umgang mit der Umwelt zu pflegen wäre!

Herr Kollege Driemer, jetzt weiß ich schon, daß Sie ein Vertreter...*(Abg. Johann Driemer: Sie können ja auch Gras anbauen!)* Dazu komme ich ein bißchen später! Ja, ich bin dankbar für diesen Zwischenruf, und es ist auch nicht wirklich ein Problem.

Ich weiß schon, daß Sie eine wichtige Funktion - unter anderem neben Ihrer Tätigkeit als Landtagsabgeordneter und Gemeinderat - bei der Gewerkschaft Bau und Holz haben. Ich weiß - Sie können es mir glauben, mein Vater war 43 Jahre lang in der Bauwirtschaft tätig -, welche Probleme in den letzten Jahren verstärkt auf die Bauwirtschaft zugekommen sind. Ich glaube - ich weiß nicht, ob ich da mit Ihnen einer Meinung bin, aber mit wesentlichen Proponenten Ihrer Gewerkschaft -, daß es dringend notwendig ist, um den Bereich der Bauwirtschaft nachhaltig zu verbessern und auch Möglichkeiten für die Arbeitsplatzbeschaffung zu bringen, zu überlegen, welche neuen und anderen Wege in der Bauwirtschaft zu gehen sind.

Ich glaube ganz sicherlich, daß Straßenbauprojekte wie eine B 301, eine Nordostumfahrung und ein Tunnelprojekt durch den Nationalpark, nicht die Projekte sind, die der Bauwirtschaft langfristig die Arbeitsplätze bringen, die sie dringend notwendig hat. Ich glaube, daß gerade Sie sich - als der leitende Funktionär der Bau- und Holzgewerkschaft - endlich darüber Gedanken machen und auch in die Öffentlichkeit gehen sollten, um andere Modelle zu präsentieren und andere Gedanken in die Öffentlichkeit zu bringen, als immer nur zu sagen: "Straßenbau, Tunnelbau, Straßenbau, Tunnelbau, Straßenbau, Tunnelbau".

Das kann es nicht sein! Wir können keine vierte, fünfte, sechste Spur auf der Südautobahn oder Südosttangente dazupicken. Damit werden Sie nur kurzfristig eine Maßnahme dafür haben, um wenige Menschen und viele Maschinen zu beschäftigen.

Sie können noch vier, fünf, sechs, sieben, acht Kraftwerke errichten, wenn Sie noch irgendwo einen Platz und Leute finden, die sich das gefallen lassen. Sie werden aber nur ganz, ganz wenige Menschen und sehr viele Maschinen beschäftigen. Sie werden das Problem haben, daß aufgrund der großen Investitionskosten, die die bauausführenden Firmen haben, der

Druck auf die Politik und vor allem der Druck auf die Umwelt und auf die Ressourcenumwelt Grund und Boden immer stärker werden, denn irgendwann müssen sich diese hochfinanzierten Maschinen ja auch rechnen. Die Finanzierung ist aber nicht nur für eine Baustelle, sondern für fünf oder sechs Baustellen, und daher wächst der Druck immer stärker.

Ich bin gerne bereit, mit Ihnen zu diskutieren, wenn wir raumordnungspolitische Maßnahmen speziell zum Beispiel für den Südraum setzen könnten und gleichzeitig aber auch Arbeitsplätze in den Bereichen, wo wir sie dringend brauchen, schaffen könnten. Sei es nun bei der Althausanierung, die sehr personenintensiv ist und bei der die Arbeitsplätze nämlich zu finden wären, oder bei der Wärmedämmung. Bei all diesen Bereichen, die ich Ihnen jetzt sicher nicht aufzuzählen brauche, denn Sie kennen sie vielleicht sogar besser als ich, wäre es notwendig, Geld hineinstecken. Wir würden nämlich in den Bereichen der Ressourcenschonung das Drei-, Vier-, Fünffache wieder herausbekommen, und hätten eine langfristige Beschäftigung am Arbeitsmarkt. Aber natürlich wären auch ein Umdenken und ein Schutz der Umwelt und der Mitwelt, in der wir uns schließlich befinden, notwendig.

Ich glaube, wenn wir uns auf das einigen könnten, Herr Kollege Driemer, und wenn Sie das einmal bei einem Gewerkschaftstag Ihren Kolleginnen und Kollegen vermitteln könnten, nämlich auch denen, die dann die Entscheidungen in die Betriebe weitertragen, dann wird auch die Diskussion mit der Ökologiebewegung, der generell Technikfeindlichkeit und Arbeitsplatzvernichtung nachgesagt wird, eine andere sein. Dann werden Sie sehr schnell merken, daß sich vielleicht gerade die Ökologiebewegung sehr viele Gedanken um den Bereich Arbeitsplatz und Arbeitsmarktpolitik macht, denn die Ökologiebewegung und die GRÜNEN sind auch immer diejenigen gewesen, die einen sehr hohen sozialen Standard eingefordert haben, und der ist schließlich nur möglich, wenn die Leute beschäftigt und nicht arbeitslos sind! Da, glaube ich, sind wir sicherlich einer Meinung!

Kommen wir aber jetzt zu dem schon angesprochenen Zitat. Herr StR Svihalek! Auch Sie wären gut beraten, sich einmal ein bißchen bei den kritischen Stimmen umzuhören, mit welchen Argumenten versucht wird, Sie vom Gegenteil, nämlich vom Nichtbau der B 301, der Nordostumfahrung und eines womöglichen Tunnels durch den Nationalpark, zu überzeugen. In diesem Buch wird zum Beispiel unter dem Titel "Maßnahmen der Stadt Wien zur Sicherung der Erholungs- und Wohlfahrtsfunktion der Wiener Wälder" - also in einem sehr positiven Artikel - festgehalten, daß schon einiges geschehen ist:

"1986 beschloß der Wiener Landtag die sogenannte Grünlanddeklaration. Darin erklärt das Land Wien seinen Willen, vorrangig die grünen Freiflächen der Kulturlandschaft zu erhalten und nach Möglichkeit weiterzuentwickeln. Bei Entscheidungen in Interessenkonflikten" - das ist ein wesentlicher Satz - "ist dem

Grünland besonderer Vorrang gegenüber anderen Nutzungen einzuräumen." Also das ist eigentlich einer der Merksätze für einen Umweltstadtrat.

Weiters wird in einem Rückblick natürlich auch die Gefahr beschrieben, die beim Wienerwald bestanden hat, und es wird ein historischer Abriß darüber gegeben, was es da alles gegeben hat:

"Heute jedoch sind es erneut vor allem Straßenprojekte, die den Grünraum gefährden. Die geplante Südumfahrung Wiens, die B 301, und eine geplante Nordostumfahrung sind unter anderem wegen der Zerschneidung von Grünraum umstritten. Die Diskussionen um eine weitere Donaubrücke oder Donauquerung, die auch den Nationalpark Lobau beeinträchtigen würden, sind im Gange."

Dann geht es weiter: "Der Wald und Wiesengürtel sorgt für die dringend nötige Frischluftzufuhr der Millionenstadt Wien. Wien wurde nachhaltig beatmet." Und dann kommt eine Frage, die hoffentlich Sie, Herr StR Svihalek, in Ihrem Schlußwort beantworten können: "Wo sind in der heutigen Politik jene visionären Weichenstellung, die einen neuen "Wienerwald" für die Stadt im 21. Jahrhundert ermöglichen?"

Jetzt kann ich einen Teil der Antwort vielleicht vorwegnehmen, denn das ist sicherlich auch der Beschluß zum Nationalpark. Aber demgegenüber stehen im diametralen Gegensatz die Planung und das Vorantreiben einer B 301, einer Nordostumfahrung und einer zusätzlichen Donauquerung für den motorisierten Individualverkehr im Bereich des Nationalparks. Die Unterlagen dazu sind Ihnen ja bekannt.

Ich möchte Ihnen aber trotzdem jetzt zwei Dinge überreichen, nämlich zuerst einmal den ersten und zweiten Teil "Alles über die Wiener Südumfahrung. Das erste Straßenbauprojekt Österreichs, das einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden muß", mit allen wesentlichen Stellungnahmen prominenter Verkehrsplaner, die sich damit auseinandersetzen. Weiters eine Studie "Alles über die B 301, die Wiener Südumfahrung. Der öffentliche Verkehr" - eigentlich müßte es heißen, der darniederliegende öffentliche Verkehr - "in der Wiener Südregion", die wir in Auftrag gegeben haben, und in der ganz eindeutig und klar bewiesen wird - und das vielleicht auch wieder an den Kollegen Driemer -, welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen - nämlich beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs - im Bereich der Südregion zu treffen wären. *(Abg Günter Kenesei überreicht amtsf StR Fritz Svihalek diese Unterlagen.)*

Ich komme somit zum Schluß und glaube, daß wir uns vielleicht noch an einer anderen Stelle zu einer anderen Zeit mit der B 301 ganz intensiv auseinandersetzen werden müssen, weil nämlich die Umweltverträglichkeitsprüfung in eine weitere Phase tritt, sodaß es notwendig sein wird, all diejenigen an einem Strang ziehen zu lassen, die wissen, daß Grund und Boden gerade hier besonders zu schützen sind. Speziell der unversiegelte Grund und Boden, nämlich der, der uns Frischluft spendet, und deshalb für die Millionenstadt

Wien wirklich von Bedeutung ist, denn gerade der Südraum ist aufgrund seiner Hanglage und seiner Lage zu Wien ein wesentlicher Motor zum Austausch der Frischluftzufuhr.

Zum Abschluß möchte ich noch zu einem an und für sich sehr erfreulichen Punkt kommen. Das ist ein Projekt, das durchaus auch mit dem Umweltschutz als Ganzes in der Stadt zu tun hat.

Wir haben in den Monaten vor der Gemeinderatswahl eine Diskussion bezüglich der Parkgarage "Park-and-ride-Anlage Hütteldorf" gehabt. Es scheint so, daß sich jetzt eine Entscheidung in die Richtung abzeichnet, daß der geplante Betreiber dieser Garage kalte Füße bekommen hat. Ich hoffe, daß es bei dieser Entscheidung bleibt. Die Mehrheit hier im Hause - nämlich die jetzige Mehrheit hier im Haus - hat sich ja schon damals sowohl bei der Flächenwidmung, als auch bei der Subventionsvergabe an die ARWAG dagegen ausgesprochen, daß diese "Park-and-ride-Anlage Hütteldorf" errichtet wird. Es scheint so, und es besteht durchaus die Möglichkeit, daß diese Garage nicht errichtet werden wird.

Vielleicht kann Herr StR Svihalek in seiner Schlußbemerkung darauf eingehen, ob ihm darüber etwas bekannt ist. Ich möchte also diese Frage an ihn stellen und möchte aber auch von ihm wissen, wie er grundsätzlich zu solchen Projekten steht, bei denen es massiven Widerstand gibt, unter anderem mit dem Argument der Beeinträchtigung der Lebensqualität von vielen, die dort in Zukunft rund um diese Parkgarage wohnen müßten.

Ich glaube, daß wir alle aufgerufen sind - und ich wiederhole das -, viel, viel mehr achtzugeben auf das, mit dem wir sehr locker umgehen, nämlich mit der Umwelt, und daß wir gemeinsam, wenn wir wollen und wenn der politische Wille vorhanden ist, gerade im Bereich der Umweltpolitik in dieser Stadt noch sehr viel bewegen könnten! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Klucsarits zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Rudolf Klucsarits (*ÖVP*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lebensqualität ist vor allem in einer Großstadt wie Wien auch mit Naturschutz und Grünraumsicherung verbunden. Die Volkspartei hat schon jahrelang bewiesen, noch bevor die Parteimodefarbe Grün aufgekommen ist, daß sie für ein Wien mit möglichst viel Natur und Grünraum eintritt. Diese Linie hat sie in den letzten Jahren fortgesetzt. Ob es sich nun um die Verhinderung von Baumfällaktionen in einem Hinterhof des 8. Bezirks, die Verbauung des Kainz-Parks oder die Schaffung von neuen Parks in den vor allem von der ÖVP verwalteten Bezirken handelt, die Volkspartei war und ist eine Lobby für ein grünes Wien! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Linie wird mit Sicherheit in der Koalition beibehalten. Die Regierungsarbeit der nächsten Zeit soll in



diesem Sinne auch die Handschrift der Volkspartei tragen. Beleg dafür ist schon jetzt das Koalitionsabkommen, in dem unmißverständlich Richtlinien formuliert sind.

Wenn Wien Umweltmusterstadt werden will, dann zählen die Schließung des Grüngürtels, die Ausschöpfung des Grünpotentials der Innenstadthöfe und der Rückbau und die Erhaltung von Naturflächen zu möglichst naturnahen Grünreservaten zu den vordringlichsten Anliegen des kommunalen Umweltschutzes. Letztere sollen möglichst originäre mit einer sonst nicht mehr vorhandenen Artenvielfalt ausgestaltete Rückzugsgebiete sein. Unserer Meinung nach muß man Wien nicht nur als eine pulsierende Großstadt betrachten, sondern aufgrund seiner besonderen Lage und Entwicklung auch als natürlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Für uns ist es daher nicht nebensächlich, wie es um den Naturschutz in dieser Stadt steht. Wir wissen uns da eins mit dem Bürger, der den Wunsch und das Recht hat, auch in seiner nächsten Umgebung, soweit wie möglich eine intakte, natürliche Umwelt vorzufinden.

Der Wald und Wiesengürtel und die Parks geben einen wesentlichen Ansatz dazu, dieses Potential auszunützen. Besonders für Familien mit Kindern sind der Park ums Eck, der Grünhof oder der nahegelegene Ausläufer des Wienerwalds eine wichtige Voraussetzung für eine familienfreundliche Lebensgestaltung. Der Kontakt mit der Natur ist für Kinder bekanntermaßen besonders wichtig. Die Großstadtkinder wachsen oft ohne ihn auf und kennen die Tierwelt oft nur aus dem Bilderbuch, was sicherlich nicht zu einer positiven Entwicklung der Kinder beiträgt. Auch aus diesem familienpolitischen Aspekt heraus ist Naturschutz zu betrachten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang fällt uns auf, daß es in Wien kaum Streichelzoos für Kinder gibt. Während zum Beispiel in London in vielen Parks Kleintiere zum selbstverständlichen Inventar gehören, sind solche Einrichtungen in Wien leider eine Seltenheit.

Bei aller bürgernahen Wichtigkeit dieser Forderung haben wir natürlich für die Konzeption des Naturschutzes in Wien noch weitgehende Anliegen. Es existieren recht interessante Rückbaukonzepte für die Wasserläufe Wiens. Besonders interessant erscheinen die dahingehenden Überlegungen das Wiental betreffend. Besonders im Oberlauf Richtung Stadtgrenze bieten sich hier aufgrund der Rückhaltebecken Möglichkeiten, bis in die Stadt reichende naturnahe Konzeptionen bei der Gestaltung des Flußlaufes umzusetzen. Dieses Gebiet ergäbe in Wien neben der Lobau zum Beispiel einen weiteren Lebensraum für die Biberfauna.

Große Hoffnungen setzen wir in die Realisierung eines Donaunationalparks, wie er nun unmittelbar bevorsteht. Nachdem aber dieser Punkt schon besprochen wurde, ist darauf nicht weiter einzugehen.

Es wäre nur anzumerken, daß die Umsetzung dieses Vorhabens eine Jahrhundertchance für Wien, aber

auch für die gesamte Ostregion, ja vielleicht auch für das ganze östliche Mitteleuropa sein könnte.

Die Erhaltung der restlichen Donauurlandschaft, soweit diese entlang des Flußlaufes der Donau noch vorhanden ist, bezeichnen wir auch als ein wichtiges stadtaußenpolitisches Anliegen. Länderübergreifende Kooperationen in diese Richtung gibt es bereits und sollten weiter vorangetrieben werden.

Wie überhaupt die Vernetzung des östlichen Teils des Wiener Grüngürtels von der Lobau als Naturpark-einheit bis hin zu den Hainburger Bergen und dem Neusiedler See eine Planungskonzeption sein müßte, die in allen Überlegungen zukünftiger Ostregionsplanungen berücksichtigt gehört.

Schon erwähnt wurde auch die Nutzung der Innenstadthöfe. Auch das ist in unseren Augen ein Teil des Naturschutzes, wobei uns erscheint, daß das Förderungssystem, so gute Ansätze es hat, bis jetzt nicht wirklich den Auslöser für eine Grünhoffensive bilden konnte. Daher müssen neue Strategien gefunden werden, die die Höfe der Gründerzeitviertel tatsächlich in grün, aber auch in anderen Farben erblühen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aus der Sicht des Naturschutzes freut es uns, daß es nun erklärter Wille der Stadtverwaltung ist - und unser Planungsstadtrat Görg wird dafür sorgen, daß es Linie bleibt -, der inneren Stadterweiterung endlich, wie von uns gefordert, den Vorrang vor der äußeren einzuräumen. Wir meinen nämlich, daß eine Großstadt nicht unbedingt ihrer angedichteten Rolle als Flächenversiegler und Grünraumvernichter gerecht werden muß.

Wir glauben vielmehr, daß das innerstädtische Potential der Stadtentwicklung im großen und ganzen ausreicht, um die Weiterentwicklung der Stadt bei gleichzeitigem Schutz der Bodenreserven zu sichern. Der Grüngürtel könnte nicht nur von innen durchlöchert werden, sondern leider auch von außen. Das Wachstum in den Umlandgemeinden bricht Schneisen in das Wien umgebende Grünland. Die ostregionalen Planungsinstanzen sind aufgefordert, Grünraumverluste in Folge einer nicht wünschenswerten Zersiedelung des Wiener Umlandes zu vermeiden. Hierfür steht auch unser Planungsstadtrat Görg, zu dessen erklärten Zielen es gehört, die Umlandkooperation vor allem auch in dieser Richtung auszubauen.

Neben der Lobau sollten auch noch andere Wald- und Wiesengebiete des Grüngürtels renaturiert werden. Wir treten für Grünraumreservate ein, die einen möglichst naturnahen Zustand darstellen. Natürlich sind uns in diesem Zusammenhang die Probleme der Besucherlenkung und der Nutzungsbeschränkung, wie sie im Rahmen der Nationalparkwerdung aufgetaucht sind, bekannt.

Aber es scheint uns wichtig, auch innerhalb der Stadtgrenzen absolute Rückzugsgebiete für Pflanzen und Tiere zu schaffen, die im wahrsten Sinne des Wortes auch Natur sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweifelsohne gibt es Bereiche, in denen das natürliche stadtökologische Gleichgewicht in Unordnung

geraten ist. Zu nennen wäre hier die Problematik der Taubenplage, die im Zunehmen begriffen ist. Hier müssen einmal Maßnahmen gesetzt werden, die sowohl auf naturnahe Aspekte, als auch auf das Anliegen der Bevölkerung nach einer hygienisch einwandfreien Wohnumgebung Rücksicht nehmen. Hier bedarf es Konzepte, um in manchen Stadtgebieten die Entwicklung der Taubenpopulation wieder in den Griff zu bekommen.

Naturschutz wie ihn die Koalition vereinbart hat, sieht folgendermaßen aus: Es müssen die Grundefizite soweit wie möglich ausgeglichen werden. Das ist man den Bürgern, vor allem den Familien schuldig. In der Folge geht es um den absoluten Schutz und die Renaturierung von Wiese, Waldgebieten und Gewässern, die einhergeht mit einer Artenverdichtung bei Tier und Pflanze. Das erfordert aber raumplanerische Sorgfalt und ökologische Prioritätensetzungen.

Die Volkspartei möchte all ihre Umweltinitiativen so ausrichten, daß man dem Ziel Wiens, Umweltmusterstadt zu werden, in nächster Zeit entscheidend näher kommt. Wir stehen daher (*Beifall bei Abg Mag Franz Karl.*) für den Ausgleich der Bürgerinteressen zwischen der Nutzung der Stadt als Ballungsraum und der Sicherung ihrer Funktion als grünanbietender Erholungsraum. Beides ist machbar, wenn es gelingt, konzeptive Ansätze der letzten Jahre unbürokratisch und effizient umzusetzen, damit Wiens Bevölkerung in einer Stadt leben kann, die grün und nicht grau ist, und die Menschen daher gerne hier leben.

Nun zum vorliegenden Tätigkeitsbericht der Umweltanwaltschaft.

In unseren Augen sind die im Rechenschaftsbericht durchgeführten Aktionen und Maßnahmen durchaus begrüßenswert. Gemeinsam mit der Umweltanwaltschaft bedauern wir es, daß die Anwaltschaft laut Naturschutzgesetz nicht das Antragsrecht für die Unterschutzstellung von Bäumen hat. Das wäre eine wichtige Maßnahme, um die Bäume in den dichtverbauten Gebieten zu schützen. Die MA 22 hat das Antragsrecht genauso verneint, wie leider auch der Verwaltungsgerichtshof. Vielleicht kann hier noch eine juristische Lösung gefunden werden.

In puncto Abfallwirtschaftsgesetz schließen wir uns der Meinung der Anwaltschaft an. Es sollte wirklich alles getan werden, um Abfallwirtschaftskonzepte bei den Magistratsdienststellen einzuführen und umzusetzen.

Ein kritischer Bereich, den wir ebenso beurteilen, ist die Ozonproblematik. Ausdrücklich betont der Bericht, daß die ozongesetzlichen Reduktionsziele nicht erreicht wurden. Von der Notwendigkeit folgenschwerer Eingriffe wird da gesprochen. Das sehen wir als ziemliche Kritik an der Luftreinhaltepolitik der letzten Jahre, durch die es nicht gelang, eine Verringerung des Schadstoffgehalts in der Luft Wiens zu erreichen. Hier sind dringende Maßnahmen gefragt. Die Volkspartei wird alle sinnvollen Initiativen unterstützen, die helfen,

die Luftqualität Wiens sicherzustellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir glauben, daß beide Berichte, vor allem aber der Umweltanwaltschaftsbericht, dazu angetan sind, die Akzentuierung der Umweltmaßnahmen in Richtung mehr Effizienz und Wirksamkeit zu lenken, denn der Bürger wartet darauf, daß bei der Umweltsanierung Fortschritte gemacht werden. Diese Erwartungshaltung darf die Wiener Stadtregierung nicht enttäuschen. Dafür, daß bei den Konzepten und Maßnahmen Konkretes weitergeht, wird die Volkspartei in der kommenden Legislaturperiode stehen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, ersuche ich, die Scheinwerfer abzdrehen, da ich hier im Saal keine Kamera mehr sehe und dieses Licht unangenehm ist. (*Allgemeiner Beifall. - Die Scheinwerfer werden abgedreht.*)

Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat, in dem Fall, hohes Mitglied der Landesregierung! Meine Damen und Herren!

Während ich das Pult richte, möchte ich nur ein, zwei Worte zu meinen grün-alternativen Vorrednern sagen.

Bei allem Verständnis für die Anliegen der Kollegen Kenesei und Chorherr - und ich unterstelle Ihnen persönlich durchaus nicht, daß sie künstlich sind -, möchte ich aber doch die Frage stellen: Wenn ihr von der grün-alternativen Fraktion es wirklich ernst meint mit der Ökologie, euch wirklich vom Umweltschutz noch nicht verabschiedet habt, warum, zum Teufel, habt ihr dann die Umweltdebatte während der Budgetdebatte ignoriert oder boykottiert? Vielleicht war das eine politische Aktion! Nach einem Redner habt ihr die komplette Umweltbudgetdebatte verlassen und wart nicht mehr gesehen! (*Abg Mag Franz Karl: Weil es so spät war!*)

Also noch einmal: Die ausgestreckte Hand auch der GRÜNEN - wie Herr Kollege Chorherr und Herr Kollege Kenesei diverse Projekte jetzt angeboten haben - ergreifen wir gerne. Wir sind nur etwas irritiert, daß sie dann, wenn es um das Umweltbudget geht, schlicht und einfach nicht da sind, und zwar die gesamte Zeit nicht da sind. Aber vielleicht läßt sich das dann noch klären.

Meine Damen und Herren! Der sozialistische Vorredner hat sich heute hier erstaunlich positioniert, und zwar hat er den Stadtrat und das Mitglied der Landesregierung Walter Prinz offensichtlich dafür verantwortlich gemacht, daß Wien den einzigen Nationalpark hat - den einzigen Nationalpark Mitteleuropas, den einzigen Nationalpark Europas und sicher auch den einzigen Nationalpark der Welt -, der eine Öltraffinerieanlage hat. Eine Öltraffinerieanlage, Altlasten, Öllinsen, Undichtheiten, und an all dem soll StR Walter Prinz schuld sein?



Nun zu den Vorwürfen im einzelnen: Ich bin eher erstaunt, wenn der sozialdemokratische Vorredner sagt: Na gut, das sind keine Sperrbrunnen, wie vom Herrn Kollegen Prinz behauptet, sondern das sind Dichtwannen. Ja, das ist doch völlig egal! Wenn dort etwas undicht ist, dann ist es zu sanieren, und zwar schleunigst! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es geht aber weiter. Der sozialdemokratische Kollege hat Herrn Walter Prinz vorgeworfen, daß er dort selbst, mit seinen eigenen Händen und mit seiner Firma Altlastensanierungen gemacht hat. *(Abg Paul Zimmermann: Nein! Nein!)* Herr Kollege Prinz hat dort tatsächlich, das stimmt, Kanalbauten und Sanierungsarbeiten durchgeführt, denn Walter Prinz ist schon seit Jahren - genau genommen seit Jahrzehnten, ungefähr seit 25 Jahren - mit seiner Firma in diesem Bereich tätig. Wir sind stolz darauf, daß es noch keine Beanstandungen gegeben hat und seine qualitative Arbeit offensichtlich so gut war, daß diese Sanierungsarbeiten in diesem Bereich gehalten haben. Das ist etwas, was man von den anderen Bereichen wohl wirklich nicht sagen kann! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Paul Zimmermann: Das ist Schleichwerbung!)*

Herr Kollege, das ist keine Schleichwerbung. Sie können sich das selbst vor Ort anschauen. Sie können sich anschauen, was der Kollege Prinz gebaut hat und wie seine Sanierungen gehalten haben, und Sie können sich anschauen, was es daneben an Dreck, Öllinsen und Altlasten gibt!

Jetzt kommen wir zu den großen Umweltproblemen in diesem Bereich.

Jetzt haben wir schon einen Naturpark, den eine Ölraffinerie umgibt, behübscht. Das ist jetzt nichts gegen das Naturparkprojekt an sich, aber im Krieg hat es dort massive Bombenschäden gegeben, auch wenn die großen Tanks nicht getroffen worden sind, und seitdem gibt es dort wirklich riesige Flächen an Altlasten. Jeder weiß, daß es diese Öllinsen gibt, und jeder weiß das spätestens dann, wenn sie wieder auftauchen. Nämlich nicht in den Medien, sondern buchstäblich an der Oberfläche.

Wir haben jetzt die Zusicherung der sozialdemokratischen Kollegen, daß die Stadt Wien massiv etwas tun wird, und zwar im Jahr 1997, wie ich gehört habe. Verstehen Sie mich recht, wirklich beruhigen kann uns das nicht, wenn man bedenkt, daß das seit 40 Jahren der Zustand ist! Seit 40 Jahren gibt es diese Öllinsen! Seit 40 Jahren gibt es diese Altlasten! Sie können sich nicht einmal darauf ausreden, daß man die Bombentreffer nicht so genau beurteilen kann, denn inzwischen haben die Amerikaner sogar sämtliche Luftaufnahmen freigegeben. Also es wäre überhaupt kein Problem, in den Archiven nachzuschauen, wo die Treffer waren und was dort passiert ist.

Da ist aber auch noch etwas: Diese Altlasten bestehen ja nicht nur aus den Öllinsen, die unmittelbare Folgen von Kriegsschäden und Kriegseinwirkungen sind, sondern auch aus all dem, was dann noch rundherum war. Die Firmen dort sind keine unschuldigen

Babys, die erst heute auf die Welt gekommen sind, und daher erst 1997, wie wir gehört haben, erfaßt werden können. Diese Firmen sind immer schon dagewesen. Diese Firmen haben auch diverse Sanierungsarbeiten und Altlasten gemacht, aber offensichtlich - und wie man hört - war die Altlastensanierung der Firmen etwa in der Preisklasse, daß halt einmal dort eine Ölwanne abgemauert worden ist und da ein Kanal zugeschüttet worden ist. Aber das Öl ist immer noch drinnen!

Das heißt - und das ist genau das, was unser StR Prinz gesagt hat -, daß wir nicht nur einen Naturpark mit einem Öltanklager und einer Ölraffinerie haben, sondern auch einen Naturpark mit jeder Menge Altlasten! Einen Naturpark wahrscheinlich mit dem größten Reservoir - das muß man sich einmal vorstellen - an Altlasten von ganz Wien! Es gibt in Wien wahrscheinlich kein Gebiet, wo mehr Altlasten sind - und zwar massive Altlasten - als in diesem Naturpark. Da ist es ja wirklich mäßig beruhigend, wenn Sie sagen, daß ab 1997 etwas geschehen wird.

Das soll aber keineswegs - um nicht mißverstanden werden - die Arbeit der Magistratsabteilungen, die konkret im Naturschutzbericht und im Umweltbericht aufgelistet sind, minimieren. Sie ist schon in Ordnung. Das ändert aber nichts daran, daß die großen Schäden und die großen Belastungen völlig ungelöst sind. Es wird höchste Zeit, daß das geschieht!

Wir nehmen natürlich heute den Umweltbericht und den Naturschutzbericht zur Kenntnis. Ich stehe auch gar nicht an zu sagen, daß das eine sehr gute Auflistung ist - zu den Details wird dann mein Kollege Klopff noch Stellung nehmen -, und sich die Darstellung im Umweltbericht verbessert hat. Dazu wird meine Vorgängerin, die Kollegin Schöffnagel, noch etwas sagen.

Ich möchte die großen ökologischen Belastungen doch noch einmal kurz von der Dimension her in Erinnerung rufen:

Das Wasser. Es wurde in der Umweltdebatte schon daran erinnert: Wir haben exakt drei Hochquellwasserleitungen. Eine freiheitliche unter Cajetan Felder - die hat vier Jahre Bauzeit gehabt -, eine ÖVP oder christlich-soziale mit einer vier- oder fünffachen Bauzeit, und eine nicht existente, in Planung befindliche sozialistische mit einer Bauzeit von - ich weiß nicht - 70, 80, 90 Jahren, wie auch immer. Wir werden es ja sehen. Gleichzeitig haben wir aber eine Belastung der Grundwässer und eine Belastung der Fließgewässer - das ist auch der Grund, warum die Alte Donau praktisch nicht sanierbar ist -, nicht nur mit Nitraten, sondern auch mit Phosphaten. Das macht natürlich jede Art von Grundwasserwerk zumindest problematisch. Das ist aber auch kein Grund, in Panik zu verfallen, denn das ist unmittelbar sicher nicht gesundheitsbedrohend, aber das macht es zumindest problematisch. Das ist ein völlig ungelöstes Problem.

Das geht im ganzen Kapitel des Umweltberichts und auch in Anmerkungen des Naturschutzberichts so weiter, auch in der Frage der Siedlungspolitik.

Der letztjährige Umweltbericht hat sogar noch auf den Stadtentwicklungsplan verwiesen. Auf einen Stadtentwicklungsplan, da steht 1994, der bis heute lediglich eine EntschlieÙung des Gemeinderats ist! Das heiÙt, wir als Gemeinderäte - als Selbstverwaltungskörperschaft, auch wenn wir heute als gesetzgebende Körperschaft tagen - haben uns selbst an eine EntschlieÙung gebunden, aber für den rechtssuchenden Bürger, den einzelnen Bauwerber, den einzelnen Wiener ist der STEP Makulatur, denn wenn er tatsächlich eine Maßnahme gemäß Stadtentwicklungsplan einklagen möchte, dann kann er das beim Salzamt tun. Beim Salzamt oder bei einem Briefmarkenverein! Ich fordere daher, daß Sie endlich die Planungsunterlagen und die Planungsrichtlinien - sei es der Stadtentwicklungsplan, sei es das Siedlungskonzept der PGO, der Planungsgemeinschaft Ost-Region -, mit all den Kriterien, die im Umweltbericht völlig richtig festgehalten sind, auch verbindlich machen und festlegen.

Es geht aber weiter! Sie berühren sich in diesem Bericht mit dem Absinken des Kohlendioxyd- und Schwefeldioxydausstoßes. Wunderbar! Die Statistiken werden wahrscheinlich sogar stimmen. Sie haben nur eine Kleinigkeit übersehen: In allen OECD-Staaten sinkt das Schwefeldioxyd- und Kohlendioxydaufkommen, und zwar relativ simpel aus einer einfachen Erklärung heraus -und das kann ich auch dem Kollegen Kenesei und dem Kollegen Chorherr mitgeben -, weil statistisch für ein Produktionsäquivalent in der Industrie der Energieinput sinkt, zumindest in den OECD-Staaten. Das heiÙt, in Wien sind die Kohlendioxyd- und Schwefeldioxydbelastungen zwar nicht schlecht, würde ich sagen, aber auch nicht gut, weil sie ziemlich genau im internationalen Gleichklang sind. Also Grund zum Berühren gibt es nicht. Ich glaube, wir müssen doch recht massiv das Tempo beschleunigen, um tatsächlich zu etwas ähnlichem wie eine Umweltmusterstadt zu kommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ähnliches gilt - und ich darf es nur exemplarisch machen - für den Bereich der Energiepolitik.

Es ist wunderschön, wenn beispielsweise StR Svihalek und andere für Solarenergie eintreten. Es ist wunderschön, wenn wir Pilotprojekte haben und wenn jetzt in diesem Umweltbericht das x-te Pilotprojekt aufgerufen und erwähnt wird, zum Beispiel die Sonnenenergie. Na ja Pilotprojekte!

Jetzt kann man darüber streiten, ob ich jung bin. Ich bin im vierzigsten Lebensjahr, und ich habe bereits vor mehr als 20 Jahren Solarkollektoren mitflichten geholfen! Das war auf meinem Elternhaus, und ich gebe schon zu, das habe nicht ich, sondern mein Vater gebaut, und ich habe halt mitgebaut. Das war genau in der Zeit, wo die erste große Solarenergieanlage in Österreich gebaut worden ist, nämlich von einem damals jungen Architekten am Institut für Molekularbiologie in Salzburg: Dr Rainer Pawkowicz. Das waren Pionierdaten! Aber diese Pionierdaten sind bitte 20, 25 Jahre her! Wenn wir jetzt Pionierdaten *(Beifall bei der FPÖ.)* fordern, dann hinken wir ein Vierteljahr-

hundert nach. Also auch da würde ich bitten, daß wir doch etwas aufs Gas steigen.

Ähnlich ist es bei der Frage der Internationalität der Umweltpolitik. Wir sind uns bei den Zielen völlig einig, und ich glaube, quer durch die Fraktionen, wenn ich heute richtig mitgehört habe. Aber es gilt dasselbe. Es gilt auch das, was wir bei der Umweltbudgetdebatte schon gesagt haben: Es ist eine Sache, qualitativ hochwertige Umwelttechnologie verkaufen zu wollen. Und es ist überhaupt keine Frage - und da bin ich beispielsweise mit unserem Gemeinderatsvorsitzenden Hansi Römer völlig einer Meinung -, daß aus dem Bereich des Umweltsektors viele Jobs der Zukunft kommen müssen. Ich bin davon überzeugt, daß man das bei einer vernünftigen Umwelt- und Technologiepolitik auch schaffen wird. Aber Sie werden es sicher nicht damit schaffen, daß Sie einerseits - ich weiß nicht - feministische Putzfrauen subventionieren - wie gehabt - und gleichzeitig unqualifiziertes Personal importieren!

Sie lassen die Know-how-Zentren, die wir haben, ich will nicht sagen verhungern, aber ein bißchen in der Luft hängen! Ich bitte daher, und ich meine das tatsächlich als eine Bitte, denn ich glaube, daß das eine Frage nicht nur der parteipolitischen Auseinandersetzung, sondern des Bewußtseins ist: All das, was ihr schreibt, und all das, was aufgelistet ist, lest es selbst und haltet euch daran! Auch im Bereich der Ökologietechnik! Dann werden wir es sicher auch schaffen, daß wir aus der Ökologietechnik die Jobs der Zukunft gestalten, denn eines geht nicht - und damit bin ich schon am Schluß -, daß Sie einerseits alles laufen lassen, wie es ist, es halbwegs ordentlich im vorliegenden Umweltbericht, im vorliegenden Naturschutzbericht und in den Aktivitäten der Umweltschutzgesellschaft, zu denen auch noch die Kollegin Schöfnagel sprechen wird, dokumentieren, und gleichzeitig irgendwelchen linkslinken Realitätsverweigerungen hohe Subventionen geben, die dann mit völlig realitätsfremden, um nicht zu sagen realitätswidrigen Vorschlägen kommen!

Ich spreche von der sattsam bekannten Zukunftskonferenz, wo dann der Dennis Medow finanziert wird. Sie alle können nachlesen, was Dennis Medow gesagt hat. Es war sicher ein interessanter Ansatz, es war nur inzwischen so falsch, daß nicht einmal das Gegenteil davon wahr ist. Aber das wäre nicht das Problem, man kann sich irren. Es war ein interessanter Ansatz. Aber das, was Dennis Medow als Modelle anbietet, gibt es um 3,50 DM beim Verlag der Deutschen Wissenschaftszeitschrift "Bild der Wissenschaft" zu kaufen! Ich glaube, da brauchen wir nicht 70 Millionen S - in Summe, glaube ich - für Zukunftskonferenzen ausgeben, es sei denn, man will in Wirklichkeit gar nicht Dennis Medow oder Knoflacher finanzieren - dann sagen Sie das bitte ehrlich -, sondern man will den Gegnern der freiheitlichen Partei irgend etwas zukommen lassen, damit der Prof Pelinka einen großen Auftritt hat, wobei ich nicht weiß, welche zukunftsweisenden Ökologieangelegenheiten er wirklich erbracht

hat. Aber das müssen Sie mit Ihrem Gewissen ausmachen, denn wir sind die letzten, die nicht akzeptieren, daß es etwas Schönes, Neues gibt.

Es gibt das URL, HDTP, WWW, und das heißt nicht World-Wide-Waiting, sondern alle Computerfreaks wissen, ich spreche natürlich vom Internet. Es ist die MA 22 tatsächlich im Internet, und Sie können weltweit, von Ulan Bator bis Chicago, zum Beispiel... *(Abg Josefa Tomsik: Jetzt hat er schon wieder Chicago! - Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Tirana!)* Tirana? Das weiß ich nicht. Ja doch, das wird schon gehen. In Chicago auch. Der Peter Sichrovsky - zum Beispiel - schaut sich das immer in Chicago an, Frau Kollegin Tomsik! Da können Sie die aktuellen Wiener Umweltdaten abrufen. *(Abg Josefa Tomsik: Die habe ich ja!)* Das ist wunderbar.

Gleichzeitig sind wir hier in der gleichen Situation, in der auch schon der selige Cajetan Felder oder der Lueger waren, denn wir haben hier im Gemeinderatsitzungssaal nicht einmal dampfbetriebene Computer und nicht einmal Fernmelder, die mit reitenden Boten mit den Umweltdaten oder mit einer Rechtsdatenbank oder mit einer EU-Umweltdatenbank kommen. Nicht einmal eine elektronische Abstimmung bringen wir hier zusammen!

Das, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, eines der schönsten Bilder nicht nur für die Umweltpolitik, sondern für die Politik der Gemeinde Wien: Einerseits singuläre Projekte - durchaus vernünftig -, und fantastische bis irreale Subventionen im Bereich linkslinker Realitätsverweigerer, und andererseits in der Praxis ein - na ja - drittklassiges Sumpertum, mit Verlaubi! - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Bevor ich Frau Abg Helga Klier das Wort erteile, möchte ich noch bekanntgeben, daß Herr Dr Pilz für alle folgenden Sitzungen entschuldigt ist.

Bitte, Frau Landtagsabgeordnete. *(Heiterkeit bei der ÖVP und FPÖ.)*

Abg Helga Klier (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

An sich belustigt mich schon die Vorstellung eines dampfbetriebenen Computers in diesem Saal, nur habe ich die Befürchtung, daß er nicht funktionieren wird. Aber nun zu anderen Dingen.

Eigentlich ist es erschreckend, daß in diesen ganzen Diskussionen über die Umwelt, die ja an sich ein sehr komplexes Thema ist, kaum oder nur am Rande das Thema Luft gestreift wurde. *(Abg Dr Herbert Madejski: Daß die GRÜNEN nicht anwesend sind, ist noch viel interessanter!)*

Das ist zwar richtig, trotzdem muß ich ehrlich sagen, ich empfinde es eigentlich ein bißchen eigenartig, daß außer dem Herrn Abg Stix und dem Herrn Abg Klucsarits kaum jemand dieses Thema überhaupt gestreift hat. Natürlich ist es jetzt so, daß - und da müßte ich an sich schon die GRÜNEN ansprechen, die, wie gesagt, jetzt nicht hier sind - dieses Thema von uns seinerzeit schon aufgegriffen worden ist. Das heißt

sehr wohl, daß wir nicht der grünen Fraktion bedurften, um uns um die Umwelt zu kümmern! Das... *(Abg Dr Rüdiger Stix: Die ganze grüne Fraktion fehlt ja! - Abg Dr Herbert Madejski: Also daß die GRÜNEN nicht anwesend sind, ist wirklich schon sehr interessant! - Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)* Ja, aber die gesamte grüne Fraktion fehlt natürlich wie immer.

Das heißt, wir sind schon lange, und zu einer Zeit, wo es die GRÜNEN überhaupt noch nicht gegeben hat, auf das Umweltthema aufgestiegen. Darum wundert es mich auch nicht, daß man jetzt eigentlich nicht mehr darüber redet, weil all die Maßnahmen, die wir seinerzeit gesetzt haben und wo wir begonnen haben, diese Umsetzung zu vollziehen, zu greifen beginnen.

Um auf den - leider ist er jetzt auch nicht da - Herrn Abg Kenesei zurückzukommen, der über den Verkehr der B 301 gesprochen hat. Ich will das an sich auch nur am Rande streifen, aber es ist eigentlich schon ein bißchen bedenklich, wenn man zuerst von einer Lügenpolitik spricht und dann selbst Lügenpolitik betreibt. Denn ich möchte ganz ehrlich all jene Abgeordneten, die so gegen diese B 301 sind, fragen: Womit fahren Sie bitte tagtäglich? Ich kenne nur ganz wenige, die wirklich das Auto nicht benutzen, beziehungsweise wirklich mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. *(Abg Barbara Schöfnagel: Mit dem Radl!)*

Ich sage ja, ich kenne wenige, und ich glaube nicht, daß das die Allgemeinheit ist. Daher wollte ich dieses Thema eigentlich auch nur ganz kurz streifen.

Nun zum Herrn Klucsarits, der gemeint hat, Wien soll Umweltstadt werden. Das ist diese Woche schon einige Male angeklungen.

Ich behaupte hier, daß Wien Umweltstadt ist. Selbstverständlich werden wir alles tun, diesen Ausbau weiter zu vollziehen, aber Wien ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits Umweltstadt. *(Beifall bei der SPÖ und des GR Robert Egghart.)*

Das kann man auch mit einigen Daten belegen - Stickstoffmonoxyd und so weiter wurden hier angesprochen -, und ich glaube, daß es ganz wichtig ist, auch hier einmal zu sagen, daß es sehr wohl Reduktionen in diesem Bereich gibt.

Zu den Schadstoffbelastungen gehört zum Beispiel auch Schwefeldioxyd. Schwefeldioxyd wurde erstmals 1978 konkret mehr oder minder flächendeckend gemessen. Hier hatten wir eine Belastung von 73 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Bereits 1988 waren es nur mehr 22, und 1995 gab es eine Schwankungsbreite zwischen 14 und 22. Das heißt, die Reduzierung beim Schadstoff Schwefeldioxyd ist sehr wohl erfolgt.

Wo wir uns ein bißchen schwerer tun, ist der Staub. Wenn Sie die Statistiken gelesen haben, konnten Sie sehen, daß Staub speziell in den Monaten Jänner, Februar verstärkt anfällt, und zwar ist das der Mikrostaub, der durch die Streuung in den Wintermonaten natürlich besonders vermehrt ist. Hier können wir nur den Versuch unternehmen, die Streuung relativ einzubremsen, soweit sie nicht unbedingt notwendig

ist. Trotzdem ist aber auch dieser Bereich etwas rückläufig. Wir hatten 1988 51 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft und haben 1995 nur mehr 40. Also es ist auch hier sehr wohl eine Einschränkung erfolgt.

Bei Stickstoffdioxid tun wir uns insofern etwas schwerer, als die Messungen ebenfalls erst seit 1988 flächendeckend sind, allerdings haben wir hier wirklich nur geringfügige Schwankungen. Dadurch ist natürlich nicht genau feststellbar, ob diese Schwankungen auf Verminderung der Emissionen oder aber auch auf Witterungseinflüsse zurückzuführen sind. Denn ich glaube, Sie alle wissen, daß gerade in den Wintermonaten durch die milderen Winter der letzten Jahre eine Änderung eingetreten ist.

Jetzt zum Ozon, das heute auch schon angesprochen wurde. Wir haben seit 1988 ebenfalls flächendeckende Ozonmessungen, wobei wir insgesamt fünf Standorte haben. Gerade beim Ozon ist es so, daß wir nicht genau sagen können, ob es nur aus Emissionen entsteht, beziehungsweise sind wir mittlerweile sogar so weit, daß wir wissen, daß es durch gewisse Schadstoffe in Kombination mit Umwelteinflüssen zu einer Ozonbildung kommt. Das heißt, man kann, wenn man das verfolgt, sehr wohl feststellen, daß gerade in den Sommermonaten, wenn es warm ist, durch die Sonneneinstrahlung erhöhte Ozonwerte gemessen werden.

1995 gab es an insgesamt sechs Tagen Ozonwarnstufen, allerdings keine einzige Ozonwarnstufe. Ich möchte das hier schon betonen, denn ich glaube, das ist schon wichtig, wenn wir über unsere Luft sprechen.

Ein ganz wesentlicher Faktor - weil zuerst der europaweite Umweltschutz angesprochen wurde - ist das Klimabündnis. Wir sind 1991 dem Klimabündnis beigetreten. Sie wissen, es gibt das Toronto-Ziel, wonach die CO<sub>2</sub>-Werte bis zum Jahre 2005 um 20 Prozent verringert, aber bis zum Jahre 2010 auf die Hälfte reduziert werden sollen.

Daß dieses Ziel sicher nicht leicht erreichbar sein wird, muß uns allen klar sein. Trotzdem können wir, wenn wir Frankfurt - und ich zitiere hier ebenfalls die Statistik - als Klimabündnishauptstadt hernehmen, feststellen, daß es derzeit dort einen Wert von 13,80 gibt, im Vergleich dazu beträgt dieser Wert in Wien derzeit 5,41. Das heißt, wenn wir bis zum Jahre 2010 unseren CO<sub>2</sub>-Wert in der Luft verringern beziehungsweise halbieren, liegen wir bei ungefähr 2,7, Frankfurt hingegen bei 6,9. Wir haben also, meine Damen und Herren, dann bei weitem weniger als Frankfurt, beziehungsweise hat Frankfurt dann immer noch wesentlich mehr an CO<sub>2</sub>, als wir heute schon haben. Und das ist die Klimabündnishauptstadt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn man diese Vergleiche anstellt, dann muß man wirklich zugestehen, daß Wien sehr wohl sehr viel für die Umwelt tut.

Natürlich ist das alles nicht von ungefähr gekommen. Wir haben gerade in den letzten zwölf Jahren unter Aufbietung großer finanzieller Mittel, aber auch durch Druck - das muß man ganz sicher sagen - auf die

Industriebetriebe erreicht, daß es dort zum Umbau alter Anlagen gekommen ist, daß Spezialfilter eingebaut wurden, daß Spezialanlagen eingebaut wurden.

Sie werden auch wissen, daß die MA 22 bei der Planung neuer Industriebetriebe sehr wohl dabei ist, Auflagen und Vorschriften zu erlassen, und daß wir selbst, um die Emissionen herunterzusetzen, in unseren eigenen Gemeindewohnanlagen versucht haben, verstärkt auf die Fernwärme umzusteigen. Dort, wo das nicht möglich war - das muß ich auch dazusagen -, gibt es einen Umstieg auf Heizöl leicht. Das wurde in den meisten Fällen bereits durchgezogen. Dort, wo es noch nicht erfolgt ist, wird es ebenfalls noch gemacht werden. Aber Tatsache ist, daß bereits 80 Prozent über die Fernwärme versorgt werden, und das im großen Bereich, nicht im einzelnen. Und das, glaube ich, ist ein sehr schöner Schritt für die Erreichung des Ziels, in Zukunft eine noch bessere Luftqualität zu haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was ich sicher versprechen kann, ist, daß gerade Herr StR Svihalek auch in Zukunft alles daransetzen wird, was den Verkehr betrifft, was die Umwelt betrifft, und daß es sicher auch zur Einsetzung höherer finanzieller Mittel kommen wird. Dafür stehen wir heute und auch in Zukunft! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Schöfnagel zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Barbara Schöfnagel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Aufgrund des mäßigen Interesses nach der langen Budgetdebatte werde ich mich heute sehr kurz fassen. Wir haben in den letzten fünf Jahren schon sehr viel umweltmäßig debattiert, wir haben in den Ausschusssitzungen sehr gute und manchmal auch konstruktive Gespräche geführt, und ich werde mich heute vor allem auf den Tätigkeitsbericht der Umweltschutzkommission stützen.

Bevor ich aber inhaltlich darauf eingehe, möchte ich ein paar grundlegende Bemerkungen machen.

Wir Freiheitliche legen sehr großen Wert darauf, daß bei sehr vielen Sachgebieten die Kontrolle, aber auch die Einbindung von unabhängigen Fachleuten praktiziert werden. Das ist ein wesentlicher Grund, warum wir die Umweltschutzkommission als so wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz, aber auch zur ökologischen Bewußtseinsbildung sehen, ist doch die unabhängige und weisungsungebundene Umweltschutzkommission ausschließlich dem Naturschutz und dem Erhalt der lebenswerten Umwelt verpflichtet.

Dadurch haben wir jetzt in Wien eine Institution geschaffen - und Gott sei Dank nicht nur in Wien -, welche ohne Rücksicht auf finanzielle Überlegungen, gesetzliche Vorschriften oder wirtschaftliche Aspekte ihre Meinung äußern kann und uns Politikern, den Wirtschaftsleuten, aber auch den Beamten ihre Beurteilung zur Kenntnis bringen kann, die wir natürlich dann als wesentlichen Beitrag in unsere Überlegungen ein-

beziehen können.

In bezug auf die geleistete Arbeit kann sich jeder den Inhalt des Tätigkeitsberichtes vornehmen. Wir sehen, daß große Arbeitsgebiete übernommen wurden, daß wesentliche Hinweise und Aussagen getroffen wurden, und ich möchte dann auf einige Sachen noch genauer Bezug nehmen.

Bevor ich das aber tue, möchte ich der gesamten Arbeitsgruppe in der Umweltanwaltschaft den Dank aussprechen, denn es ist für uns ganz wesentlich, daß wir diese Institution haben, daß wir ihre Meinung hören können und daß wir sie bestärken in ihrem Bestreben, zum Wohle unserer Stadt zu wirken. Die Arbeit, die dort geleistet wurde - und ich konnte mich oftmals persönlich davon überzeugen -, war wirklich nicht nur ein Job, den die Mitarbeiter ausgefüllt haben, sondern es ist das persönliche Engagement aller dort Mitarbeitenden zu spüren, und ich freue mich, daß wir solch engagierte Leute dort sitzen haben. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Obwohl ich mich jetzt speziell mit der Umweltanwaltschaft beschäftige, möchte ich aber trotzdem an dieser Stelle dem gesamten Umweltbereich, der gesamten Crew auch in den anderen Abteilungen den Dank aussprechen. Ich habe das auch im Gemeinderatsausschuß schon einmal getan, denn ich habe feststellen können, daß eine äußerst positive Zusammenarbeit mit allen Magistratsdienststellen herrscht, daß Auskünfte überall bereitwilligst gegeben werden, Informationen nicht hintangehalten werden, und das ist eine wesentliche Arbeitsgrundlage für die Opposition, damit sie sinnvoll und gut arbeiten kann. Dafür möchte ich allen Magistratsdienststellen aus unserem Umweltausschuß auch herzlich danken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Punkte, die ich jetzt im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbericht anführen möchte, werde ich nur punktuell streifen, denn ich habe den Eindruck, daß bei der heutigen Debatte kaum noch jemand zuhört. Ich werde es aber nicht vergessen und in Zukunft Anträge in diese Richtung stellen, Gespräche führen und darauf dringen, daß diese Maßnahmen, die ich jetzt nur ganz kurz anreißen möchte, wirklich auch umgesetzt werden.

Ein wesentlicher Punkt bei der Beurteilung für unsere Umwelt ist jetzt das neue Naturschutzgesetz. Wir warten ja schon ganz dringend darauf, daß die Novellierung des Naturschutzgesetzes wirklich umgesetzt wird, und da gibt es etliche Sachen, die noch verbesserungswürdig sind. Ich fordere daher dazu auf, daß man uns, bevor es wieder einmal nur knapp vor der Beschlußfassung vorgelegt wird und nach zwei Tagen dann abgestimmt werden soll, einbezieht, damit man über das zu beschließende Naturschutzgesetz sprechen kann, um die konkret vorgeschlagenen Maßnahmen von allen, die hier sitzen, miteinbinden zu können.

Ich denke dabei zum Beispiel an die Forderung der Umweltanwaltschaft zur Errichtung eines Landschaftsfonds. Es ist ganz, ganz wesentlich, daß wir die Flächen, die in Wien noch grün sind, erhalten können, daß

die aufgekauft und wirklich als Grünflächen umgewidmet werden. Das ist ein wesentlicher Beitrag, um den Grüngürtel um Wien zu schließen. Dafür benötigt man aber finanzielle Mittel, und das wäre zum Beispiel der Landschaftsfonds.

In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig, im Naturschutzgesetz zu verankern, daß die Umweltanwaltschaft verstärkte Rechte erhält, denn es ist für uns ganz, ganz wesentlich, dieses unabhängige Gremium fix in das Naturschutzgesetz eingebunden zu haben.

In bezug auf das schon oftmals andiskutierte Ozonsanierungsprogramm möchte ich nur sagen, wir müssen es auch umsetzen. Es hilft nichts, wenn wir ein sehr gutes Programm haben, wenn es vorgestellt wird, wenn es präsentiert wird, wenn es dann aber an der Umsetzung fehlt. Darauf werden wir dann später noch zurückkommen.

Das gleiche gilt auch für das KLIP, das Klimaschutzprogramm, aber auch für Lärmprobleme. Ich mußte feststellen - und muß das immer wieder sagen -, daß die Lärmgrenzwerte eigentlich zu hoch sind, und das hat ja auch die Umweltanwaltschaft hier noch einmal deponiert.

Wenn ich zum Beispiel daran denke, daß es Berichte gibt, wonach tagsüber durchgeführte Lärmmessungen Werte von über 100 Dezibel ergeben haben, dann kann das doch einem Menschen nicht zumutbar sein. Wir haben deshalb am Montag auch schon einen Antrag in diese Richtung eingebracht, daß bei bestimmten Punkten, wo diese massive Lärmbelastung gegeben ist, eingeschritten wird, und daß ganz konkrete Maßnahmen gesetzt werden, um die Bevölkerung von dieser Lärmentwicklung zu befreien. Denn der Lärm ist ein ganz, ganz großer Punkt, der von der Bevölkerung als unangenehm in dieser Stadt erlebt wird, und dazu kommt auch noch diese massive Luftbelastung.

Als nächsten Punkt möchte ich die Tierschutzbestimmungen anreißen. Wir haben ja schon im ganzen letzten Jahr daran gearbeitet, daß vor allem bei den Zirkustieren eine artgerechte Tierhaltung vorgeschrieben wird. Ich bin der Meinung, daß man sehr wohl hier in Wien Maßnahmen setzen kann, die beispielgebend sind für die Bundesländer, aber auch für andere europäische Länder, denn irgendwo muß man ja einmal anfangen. Ich darf daran erinnern, daß wir mit der 15a-Vereinbarung bei der Massentierhaltung eine Vorreiterrolle gespielt haben, weil wir gesagt haben, wir als Stadt Wien können das jetzt einmal leichter durchsetzen, und wir wollen gerne, daß die anderen dann nachziehen. So erhoffe ich mir das auch bei der Zirkustierhaltung. Vielleicht gelingt es uns sogar, wenn wir einmal anfangen, eine 15a-Vereinbarung für ganz Österreich zu erreichen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Zusammenhang mit dem technischen Umweltschutz möchte ich sagen, daß wir noch immer viel zuviel Lärm- und Geruchsbelastung haben, und zwar auf allen Ebenen. Dagegen wird zwar etwas gemacht, aber wir müssen verstärkt immer wieder darauf drin-

gen, daß diese Lärmentwicklung - wie ich schon einmal erwähnt habe -, aber auch die Geruchsbelästigungen eingeschränkt werden. Es ist einiges geschehen, vor allem bei den Ölheizungsanlagen. In vielen Gemeindebauwohnungen ist schon eine Umstellung von Heizöl schwer auf Heizöl leicht erfolgt. Es ist aber noch nicht ausreichend, und ich verlange auch weiterhin, daß die Gemeinde Wien alle Gemeindewohnhausanlagen umstellt, damit diese Geruchsbelästigungen nicht mehr stattfinden.

Dazu möchte ich aber auch gleich erwähnen, daß es unbedingt notwendig wäre - das wurde auch im Laufe dieser Woche schon einige Male erwähnt -, daß die alternativen Energieformen verstärkt von der Gemeinde Wien aus in Angriff genommen werden. Es geht doch nicht, daß wir alleine die Häuslbauer motivieren, Solaranlagen zu bauen und dort einen kleinen Zuschuß geben, aber die Gemeinde Wien als einer der größten Bauträger in Wien selbst spielt dabei keine Vorreiterrolle und rüstet weder Schulen noch Gemeindebauten et cetera entsprechend aus. Es gibt ja von der Wandheizung bis zur Dachflächenheizung ungezählte Möglichkeiten, und die müßten eigentlich von der Gemeinde Wien beispielgebend verstärkt eingesetzt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein Punkt, der mir auch am Herzen liegt, ist die Verbauung der vielen Grünflächen in Wien. Wir haben noch Grünflächen, wir sollen sie aber auch erhalten. Sosehr ich auch den Wunsch jedes einzelnen verstehe, im Grünen zu wohnen, ist es doch nicht die richtige Richtung, wenn wir sagen, jetzt bekommt jeder seine 500, 800 Quadratmeter Grund und stellt dort in die Mitte ein Häuschen hinein. Dann können relativ wenig Menschen auf einem großen Grund leben. Wenn man aber das, was wir schon seit Jahren fordern, nämlich die verdichtete Flachbauweise, in diesen Gebieten initiiert, das heißt, daß man zum Beispiel vier Häuser koppelt und rundherum mit einem kleinen Garten das Auslangen gefunden wird, dann könnte man sehr massiv sehr viele Grünflächen schützen. Und das ist auch eines unserer Ziele

Obwohl das jetzt nicht unbedingt zu Wien paßt, möchte ich schon auch darauf hinweisen, daß wir die Aufgabe hätten, bei bundesgesetzlichen Maßnahmen richtungsweisend einige Vorschläge zu machen - das ist Ihre Aufgabe, Herr StR Svihalek -, daß wir zum Beispiel die jetzt beschlossene Verfahrensbeschleunigung insofern ein wenig zurücknehmen, als daß wir sagen, es geht doch nicht, daß wir eine Verfahrensbeschleunigung bekommen und die Anrainerrechte dabei ganz auf der Strecke bleiben.

Eine Möglichkeit wäre - gerade im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbericht der Umweltschutzkommission paßt das sehr gut -, der Umweltschutzkommission diese Anrainerrechte zu übertragen, dann könnte man mit einer Person diese gesetzlichen Maßnahmen besprechen, die Vorhaben diskutieren. Man hätte ein schnelles Verfahren, dennoch würden die Anrainerrechte - in dem Fall durch die Umweltschutzkommission - gewahrt. Ich

glaube, das ist ein wesentlicher Punkt, den wir von Wien aus initiieren sollten.

Zum Abschluß möchte ich sagen: Wir haben es als Großstadt nicht leicht, den Umweltschutz zu pflegen, trotzdem haben wir die Verpflichtung, alle Maßnahmen, die für uns und unsere Nachkommen wichtig sind, durchzuführen. Es ist nicht so, daß wir hier nur ausschließlich Kritik üben. Wir wissen, daß vieles gemacht wird, trotzdem müssen wir als Opposition gerade immer das aufzeigen, wo es noch nicht ausreichend geschehen ist. Das sehe ich als meine Aufgabe. Wir werden daher immer wieder wunde Punkte, die noch vorhanden sind, aufzeigen, um zum Wohle der Stadt und ihrer Menschen zu agieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Ing Klopff zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Ing Manfred Klopff (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Genaugenommen heißt das Landesrat. Meine Damen und Herren!

Ich bin ein alter Weltenbummler, daher möchte ich auch nicht - das wäre falsch - die Umweltsituation von Wien als Großstadt krankjammern. Das wäre sicherlich nicht richtig. Es ist immer - jeder von uns wird das auch so empfinden - schön, wenn man nach Hause kommt, wenn man mit anderen Städten Vergleiche anstellt. Wenn ich allerdings den Umweltbericht ansehe, dann darf man sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Das wäre verfehlt. Man muß immer daran arbeiten, damit wir nicht in eine Situation kommen, wie sie in so manch anderer Großstadt herrscht.

Ich möchte nun zum Bericht selbst kommen, der ein Werk von Zahlen und Fakten von größter Qualität darstellt. Dafür muß man grundsätzlich einmal den Fachleuten größte Hochachtung aussprechen. Für mich war er so interessant, daß ich ihn fast verspeist habe. Der Drang nach Zahlen war dennoch immer groß, so konnte ich diesen Bericht relativ schnell durcharbeiten.

Ich muß aber die Frage stellen: Wenn die Fachleute einen fachlich derart qualifizierten Bericht abgeben, warum können sie nur berichten und Zahlen darlegen, Fakten aufzeigen, warum nicht auch Problemlösungen, Ideen, den Umgang mit der Natur aufzeigen? Der Vorschlag der Problemlösungen ist ja im Endeffekt das große Ziel der Umweltpolitik. Es gibt aus diesem Bericht heraus keine politischen Zielsetzungen. Daher möchte ich nicht auf die Zahlen eingehen - die Zahlen sind ja bisher schon ausgiebig behandelt worden -, sondern mich eigentlich auf politische Zielsetzungen konzentrieren.

Meine Damen und Herren! Ich möchte den Bereich Stadtentwicklung herausnehmen. Den Bereich Stadtentwicklung haben wir hier schön in Zahlen dargestellt, und wenn ich den 21. und 22. Bezirk hernehme - Aspern, Eßling, die Brünner Straße -, so muß ich sagen, man muß hier wirklich vorsichtig sein. Viele von Ihnen, die das kennen, werden sich fragen: Was ist mit den grünen Lungen Wiens? Hier - und so hätte es auch im Umweltbericht stehen müssen - muß auf die Bremse



gestiegen werden.

Wir wollen - das ist unsere politische Zielsetzung -, indem wir unsere grünen Lungen erhalten, auch unsere landwirtschaftlichen und gärtnerischen Grünflächen erhalten. Das ist eine Priorität. Es ist eine maßvolle bauliche Dichte gefordert, keine grenzenlose Zersiedelung der Grünflächen.

Und es soll auch nicht sein, daß man in einem Umweltbericht dann lesen muß: "Es ist eine Generation herangewachsen, deren Denken und Handeln von Selbstverwirklichung und einer Betonung der Individualität bestimmt ist." Auf der anderen Seite muß man dann aber leider Gottes auch lesen: "Die Bereitschaft sinkt, soziale Verantwortung zu übernehmen und Lebensgemeinschaften zu bilden. Auch eine falsche Bessiedelungspolitik kann dazu führen."

Wenn man sich den Bericht anschaut, so wird darin auch von Grünanlagen gesprochen. Ich würde meinen, über Grünanlagen im 21. und 22. Bezirk freuen sich die Leute immer, das sind Bezirke, wo viel Grün ist, wo zusätzliches Grün natürlich sehr schön ist. Es würde mich allerdings freuen, wenn ich in den zukünftigen Berichten vermehrt lesen könnte, daß auch in den Gebieten innerhalb des Gürtels oder am Rande des Gürtels verstärkt Grünraum geschaffen werden könnte.

Aus dem Bericht ist auch ersichtlich, daß die Probleme der Stadtentwicklung natürlich zu endlosen Umweltbelastungen führen, und ich möchte das an wenigen Zahlen zeigen. Der 21. Bezirk hat zur Zeit in etwa 140 000 Einwohner - ich habe das ein bißchen hochgerechnet von der letzten Zahlenangabe - und 42 000 Arbeitsplätze, der 22. Bezirk hat in etwa schwache 130 000 Einwohner und 32 000 Arbeitsplätze, der 1. Bezirk hat in etwa 20 000 Einwohner und ungefähr 115 000 Arbeitsplätze. Hier ist also die Problemstellung. Was bedeutet das? - Das sieht man ja täglich auf der Südosttangente und das sieht man täglich bei den Problemen mit der U-Bahn.

Dazu die Verkehrsentwicklung. Es ist sehr schön - ich bin selbst ein Freund der U-Bahn und fahre sehr viel damit -, daß sich der öffentliche Verkehr von 33 auf 45 Prozent entwickelt hat und der Individualverkehr zurückgegangen ist. Man soll aber nicht verhehlen - und auch das ist wiederum eine politische Zielsetzung -, daß das Bild etwas verzerrt ist, denn der Warenaustausch und der Transitverkehr, die in unserer Stadt erfolgen, lassen dieses Bild natürlich in einem anderen Licht erscheinen.

Vom öffentlichen Verkehr fahren mehr als 50 Prozent mit der U-Bahn - wenn man den Zahlen Glauben schenkt; ich glaube das -, 32 Prozent mit der Straßenbahn und 17 Prozent mit dem Bus. Die Statistik zeigt auch, daß die Steigerungen vorwiegend zugunsten der U-Bahn gehen, und man muß sich hier wirklich überlegen, auch die Attraktivität bei Straßenbahn und Autobus entsprechend zu erhöhen, damit es in der Folge zu einer Reduzierung der Umweltbelastung durch eine Verringerung des Individualverkehrs kommt.

Ich glaube, daß die Idee mit dem Zuschuß in Form eines Job-Tickets sehr gut ist, wenn sich das allerdings nur darauf beschränkt, daß die Verbundgesellschaft diese Praxis ausübt, dann ist das vielleicht ein bißchen wenig.

Ein grundpolitisches Ziel - das kann man ebenfalls dem Bericht entnehmen -: Der Transit wird sich bis zum Jahre 2010 auf das Achtfache erhöhen. Meine Damen und Herren, ich glaube, man muß ganz realistisch sehen, daß es fünf Minuten vor zwölf ist. Es soll nur niemand glauben, daß von heute auf morgen kein Auto mehr fährt, sondern wir müssen - ein Vorteil der Freiheitlichen liegt darin, die Dinge immer klar und nüchtern zu sehen - kurzfristig eine Lösung anbieten, um dieser Transitzlawine entgegenzutreten, und vor allem erreichen, daß diese Transitzlawine die Wiener Bevölkerung umweltmäßig nicht belastet.

In dem Bericht wird auch das Radwegenetz gefordert. Da möchte ich ein kleines Beispiel aus Dänemark bringen. Ich habe heuer die Städte Kopenhagen, Aarhus, Odense und so weiter besucht. Es war dort stets der Fall, daß man sich auf dem Campingplatz niederläßt und den Rest mit dem Rad erledigt. Es gibt ein geschlossenes Radwegenetz. Über dieses geschlossene Radwegenetz erreicht man die ganze Stadt. Es gibt sogar ein Radwegenetz, auf dem man das ganze Land befahren kann.

Diesbezüglich ist Wien gefordert, und auch das ist ein politisches, ein gesamtpolitisches Ziel. Wenn ich als Bewohner des 22. Bezirkes daran denke, daß mein Sohn gerade in diesem Randbezirk eigentlich nicht mit dem Rad in die Schule fahren kann, so ersieht man daran, daß man die Dinge wirklich kräftiger anpacken muß.

Zur Luftbelastung. Dem Bericht ist die Schadstoffbelastung zu entnehmen, hinsichtlich Ozon, Schwefeldioxyd, Kohlenmonoxyd, egal, was es auch immer ist. Meine Damen und Herren! Es muß ein Ziel sein - ich sehe das auch wieder ganz realpolitisch -, auch hier etwas zu unternehmen, wenn ich sehe, wie heute die Rußteufel unterwegs sind, und zwar sind die Rußteufel unterwegs in die Werkstätte, wo sie zur jährlichen Überprüfung fahren. Die Rußteufel sind unterwegs mit einem frisch aufgeklebten Pickerl. Vom Rußfilter spricht niemand. Man muß hier sehr rasch handeln, wie man überhaupt darauf achten muß, die Abgaskontrollen effizienter zu machen. Ich glaube, jeder weiß - auch der Herr Stadtrat weiß es, und ich glaube, er wird hier sicher gerne etwas unternehmen -, daß man vielleicht auch die Kontrollierenden mehr kontrollieren muß, ob sie wirklich kontrollieren. Das ist die Problematik.

Wenn ich schon bei der Luft bin. Es ist Gott sei Dank heuer so, daß wir nicht in einem derartigen Ausmaß mit Schnee belastet sind. Vom Schnee sieht man üblicherweise ohnehin nichts. Man muß sich auch Konzepte überlegen, daß man in einem Winter wie im Vorjahr nicht eine endlose Staublawine produziert, indem jede kleine Seitengasse mit Tonnen von



Streusplitt überzogen wird.

Hinsichtlich der Energie haben die Leute keine Möglichkeit, Vorschläge zu machen. Man sieht bei uns noch relativ wenig von Solaranlagen, man sieht relativ wenig oder kaum etwas von der Nutzung der Windenergie. Wer mit dem Rad vielleicht einmal auf dem Donauradweg unterwegs ist, der wird sich denken: Verdammt, immer kommt der Wind von vorne, warum kommt er nicht von hinten? Es geht immer ein Wind. Hier ist die Stadt gefordert, wesentlich mehr dafür zu tun, daß die Windenergie genutzt wird.

Wenn Sie etwa nach Norddeutschland fahren, wenn Sie etwa nach Dänemark fahren, wenn Sie etwa nach Holland fahren, sehen Sie, daß dort in diesem Bereich wesentlich mehr getan wird, und daher sollten auch mehr Prioritäten gesetzt werden.

Es könnte so weitergehen. Ich könnte realpolitische Beispiele aus der Abfallwirtschaft aufzählen, ich könnte realpolitische Beispiele aus der Umweltförderung aufzählen, wo nicht immer die richtigen Prioritäten gesetzt werden, etwa bei der Förderung von Wärmedämmung, etwa bei der Förderung der Differenz zwischen konventionellen und ökologischen Baustoffen. Hier ist die Stadt auch gefordert, zusätzlich zu den Maßnahmen, die sie setzt, noch Verbesserungen zu machen.

Gestatten Sie mir noch einige wenige Worte zum Naturschutzbericht. Ich bin selbst ein alter Naturfreak, besuche gerne den Wald, und es kann heutzutage oft zu größten Schwierigkeiten kommen, wenn man so in den Wald geht. Ich möchte zwei Dinge noch bemerken.

Als erstes zum Nationalpark: Ich freue mich natürlich, daß wir gerade in Wien einen Nationalpark haben. Ich lade Herrn Kollegen Zimmermann gerne einmal zu einer Nationalparkwanderung ein. Er kennt den Nationalpark, glaube ich, nur vom Öltanklager und vom Benzin, den er in seinem Auto hat. Sie sollten sich einmal den Nationalpark beziehungsweise die Lobau wirklich ansehen. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, daß wir einen Nationalpark haben - auch wenn wir trotzdem sehr stolz darauf sind -, der den internationalen Nationalparkregeln entspricht. Es ist eben die Praxis, daß wir mit vielen Belastungen in diesem Nationalpark leben müssen, wenn man das vergleicht etwa mit dem Nationalpark Bayerischer Wald oder mit den diversen Nationalparks etwa in Schottland, in Wales oder in Norddeutschland. Hier ist Wien gefordert, diesen Nationalpark auf internationalen Standard zu bringen.

Auch die Alte Donau wird im Naturschutzbericht noch erwähnt. Wer an der Alten Donau wohnt - es wurde heute schon sehr viel über das Problem Alte Donau gesagt -, wer die Alte Donau kennt, der weiß, daß vieles nicht so ist, wie immer gesagt wird. Man braucht nur im Sommer einmal beim Gänsehäufel zu sehen, wie viele Leute wirklich noch in der Alten Donau baden. Die Belastung ist enorm. Vor allem die Phosphatkonzentrationen haben, auch wenn gegengesteuert worden ist, dazu geführt, daß die Alte Donau

nicht mehr die erforderliche Qualität aufweist. Verstärkte Kanalisation ist nötig, und auch bei den Wasservögeln - und wenn sie noch so nett sind - muß entgegengesteuert werden.

Der Umweltbericht zeigt auf, welche Riesenprobleme wir in unserer Stadt mit der Umwelt haben, obwohl sie im Vergleich - das möchte ich doch sagen - zu anderen Städten doch noch in einer glücklichen Lage ist. Wie aus dem Umweltbericht hervorgeht, hat die Umwelt eine immer größere Bedeutung.

Ich möchte nun, weil schon der Herr Stadtrat hier ist, betreffend dieser Problementwicklung einen Vorschlag einbringen, und wir werden auch in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen einen entsprechenden Antrag einbringen.

Die Bedeutung der Umwelt wird immer größer, qualitativ und quantitativ ist man immer mehr gefordert. Man sollte sich daher überlegen, ein sogenanntes Umweltausbildungszentrum zu schaffen, ein Umweltausbildungszentrum, das sowohl Lehrlingen die Möglichkeit gibt, im Umwelt- und Naturberufsbereich eine Ausbildung zu erhalten, das aber auch im Bereich der berufsbildenden mittleren Schulen im Rahmen einer Fachschule die entsprechende Ausbildung anbietet, und man könnte auch die Idee verwirklichen, in diesem Umweltausbildungszentrum eine Fachhochschule zu errichten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt hier die Möglichkeit, auf bereits bestehende Einrichtungen zurückzugreifen. Ich denke nur an die Einrichtung des Schulgartens Kagran im 22. Bezirk, wo derzeit auch eine Berufsschule steht, in der allerdings schon sehr, wie es so schön heißt, der Kalk rieselt. Es besteht dort ein Juwel einer Ausbildungsgrundstruktur mit Tausenden gekennzeichneten Pflanzen, mit einem Warmhaus, mit allen Einrichtungen, die man nutzen könnte, man braucht einfach nur zuzupacken, man braucht es einfach nur zu realisieren.

Ich glaube, der Herr Stadtrat wird hier sicherlich auch mit einer Hilfestellung geben. Wir werden nicht lockerlassen - zum Wohle der Umwelt unserer Stadt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Berichterstatter, Herr amtsf StR Svihalek, hat das Schlußwort.

Amts StR Fritz Svihalek: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich glaube, daß die heutige Diskussion, die über weite Strecken sehr fair und vor allem konstruktiv war, nicht nur deshalb Bedeutung hat, weil wir uns gerade am Beginn einer Legislaturperiode befinden und den ernsthaften Versuch unternehmen, viele Gemeinsamkeiten zu finden - ich möchte in diesem Zusammenhang außerordentlich begrüßen, daß hier sehr viele, im positiven Sinne des Wortes, Ankündigungen zu möglichen Anträgen vorgebracht worden sind; ich glaube, daß das eine wertvolle Orientierung ist, sich in den nächsten Wochen damit zu beschäftigen, damit man dann, wenn im konkreten Verhandlungen stattfinden, auch entsprechende Formulierungen und Umsetzungen

finden kann -, sondern, meine Damen und Herren, ich möchte das auch deshalb so positiv erwähnen, weil wir uns darüber im klaren sein müssen - und zwar nicht nur die Umweltpolitiker, sondern wir insgesamt -, daß wir sehr darum zu kämpfen haben, daß in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Umweltpolitik auch jenen Stellenwert erhält, den sie braucht, nämlich die Nummer eins zu sein.

Ich glaube daher, daß diese Diskussion heute auch politisch sehr wichtig war, weil sie ein Signal des Wiener Landtags an die Bundesstellen, an die europäischen Stellen, wohin immer wir unsere Informationen und Beschlüsse tragen, ist, daß jedenfalls der Wiener Landtag auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und auch dann, wenn manche diese schwierigen Zeiten dazu benutzen wollen, Umweltpolitik als weniger notwendig zu betrachten, das so nicht zur Kenntnis nimmt und nicht nur gegensteuert, sondern auch mit neuen Vorschlägen und kreativen Überlegungen das dokumentiert, wozu nicht nur Umweltpolitiker aufgefordert sind, nämlich an die Spitze ihrer Überlegungen in allen Phasen die ökologische Politik als Querschnittsmaterie entsprechend zu stellen.

So gibt es auch einige Punkte, die keine Einbahn sein können. Ich halte sehr viel davon, Fragen eines Umweltmanagements zu diskutieren. Ich glaube auch, daß hier die Stadt, die schon damit begonnen hat - etwa im Beschaffungswesen und in anderen Bereichen -, noch viele Schritte gehen muß, denn das ist ja nicht zuletzt auch ein Ziel unseres Klimaschutzprogramms Wien. Ich sage aber auch dazu, und ich hoffe, daß der Landtag bei den entsprechenden Vorschlägen mitgeht, daß es natürlich keine Einbahn, keine Sackgasse oder was immer sein soll, wenn es darum geht, auch die private Wirtschaft zu solchen Maßnahmen des Umweltmanagements zu bringen. Eines kann aus meiner Sicht nicht sein, nämlich daß die Stadt Umweltmanagement betreibt, eine Vorreiterrolle übernimmt und der gesamte Bereich der privaten Wirtschaft in der ersten Reihe fußfrei sitzt, applaudiert, wie wunderbar das in Wien funktioniert, aber selbst nichts dazu beiträgt.

Ich sage mit aller Deutlichkeit: Ich bekenne mich zu Vorstellungen des Umweltmanagements, ich bin gerne bereit, darüber zu verhandeln, ich bin aber nur dann dazu bereit, eine Umsetzung auch wirklich voranzutreiben, wenn die private Wirtschaft miteingebunden ist. Es kann nicht sein - lassen Sie mich das bewußt wiederholen -, daß wir eine Vorreiterrolle spielen und die private Wirtschaft applaudierend in der fußfreien Reihe sitzt, aber nichts dazu beiträgt. Das ist nicht die nachhaltige Umweltpolitik, wie ich sie verstehe und wie sie auch die Zukunft dieser Stadt ist.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik noch einmal deutlich machen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es ein ganz wesentliches Prinzip ist, durch umweltpolitische Maßnahmen auch Beschäftigungspolitik zu betreiben. Ich sage das aber nicht nur, weil etwa die Frage der Beschäftigungssituation im 22., im 21. Bezirk angespro-

chen wurde. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer hindert die Wirtschaft daran, heute schon etwas zu unternehmen. Trennen wir uns doch in unserem Wirtschaftssystem von der Überlegung, alles politisch regeln zu können. Wer hindert einen großen Konzern im Handel daran, den Einsatz seiner Beschäftigten heute schon so zu organisieren, daß eine Kollegin, die in der Donaustadt wohnt, nicht in eine Filiale nach Liesing fahren muß?

Das ist doch reale Politik, die wir gemeinsam vorantreiben können. Hier hat die private Wirtschaft eine außerordentliche Aufgabe, und wir können diesen Druck erzeugen, damit sie diese Aufgabe auch wahrnimmt. Meine Damen und Herren, das ist sofort umsetzbar, das ist morgen in der Früh umsetzbar, daß eine Handelskette eine Kollegin, die im 22. Bezirk wohnt, auch im 22. Bezirk in einer Filiale einsetzt und nicht in den 23. Bezirk in eine Filiale setzt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bin gerne bereit - ich sage das von dieser Stelle aus -, jede Maßnahme zu unterstützen, mit der ganzen Kraft, die wir in der Wiener Stadtverwaltung haben, diese Initiative zu unterstützen. Wir können morgen, wenn Sie wollen, oder am Montag oder nach den Feiertagen oder wenn Sie am 7., 8. Jänner vom Urlaub zurückkommen, eine Arbeitsgruppe gründen, in der wir gemeinsam, alle Fraktionen, die Wirtschaft motivieren, in diese Richtung entsprechend ökologisch und verkehrspolitisch zu denken.

Ich möchte, da ich schon das Wort Donaustadt erwähnt habe, zwei Bemerkungen zu diesem Bereich machen. Kollege Klopff, noch einmal: Das, was Sie berichtet haben von der Alten Donau, das war einmal vor drei, vier Jahren. Mittlerweile ist sie wirklich saniert und mittlerweile gibt es auch kein Phosphatproblem mehr. Es ist mittlerweile auch bekannt, daß die Phosphatproblematik in der Donau wesentlich reduziert wurde, unter anderem durch ein Programm der Europäischen Union mit Phosphaten aus Deutschland, unter anderem, weil die Kläranlagen oberhalb von Wien gebaut wurden et cetera. Also ich darf Sie korrigieren. Das, was Sie über die Alte Donau gesagt haben, hat vielleicht vor drei Jahren gestimmt, aber es stimmt heute ganz einfach nicht mehr. Wir werden trotzdem aufmerksam sein, beobachten, uns auf nichts verlassen und versuchen, hier entsprechend weiterzuarbeiten.

Zum Kollegen Prinz - ich sage das ganz, ganz vorsichtig -: Ich kenne den Kollegen Prinz, und ich weiß, daß er oft berechtigte Kritik übt, aber manchmal - so wie heute - reitet es ihn ganz einfach, und da kommt er mit einer Umweltbombe, die er darstellt, die wir eigentlich nicht so sehen. Ich sage folgendes, ich mache einen konkreten Vorschlag: Ich werde in den nächsten 14 Tagen eine Veröffentlichung aller Daten, die wir in diesem Zusammenhang haben, vornehmen. Wenn Sie Experten haben, die der Auffassung sind, daß die nicht korrekt sind, dann lade ich Sie ein, das mit der MA 45 gemeinsam zu besprechen.

Ich möchte nichts verniedlichen, ich möchte auch nichts herabspielen, ich glaube es nicht, denn die Informationen, die ich habe, sind andere. Aber sei's drum. Mir geht es hier um die Sache und nicht um irgendein politisches Spielchen. Wir werden in den nächsten 14 Tagen alle Daten, die wir in diesem Bereich haben, den Sie genannt haben, veröffentlichen, darstellen. Wenn Sie Experten haben, die der Auffassung sind, daß das unkorrekt ist oder daß es eine neue Situation gibt, dann ist die MA 45 - SR Bauer hat das mit mir schon abgesprochen - gerne bereit, an einem Tisch entsprechende Maßnahmen zu besprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie, da die Problematik etwa des Ozons angesprochen wurde, auch einladen: Bereiten wir gemeinsam für die nächste Sitzung einen Antrag - besonders bemerkenswert ist, daß der Vorschlag von der ÖVP kam - an den Bund vor, endlich ein Bundesluftreinhaltegesetz zu schaffen, beziehungsweise fordern wir ihn auf, jene Maßnahmen, die Niederösterreich, Burgenland und Wien im Zusammenhang mit den Ozonmaßnahmen gesetzt haben, zu realisieren. Also nichts lieber als das, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir den Bund, vornehmlich den Umweltminister, auffordern, endlich das langersehnte Bundesluftreinhaltegesetz zu realisieren und die von Landesrat Blochberger, ÖVP, Landesrätin Prets, SPÖ, und von mir unterschriebenen Ozonmaßnahmen für Niederösterreich, Burgenland und Wien umzusetzen.

Denn ich sage hier ganz offen - diese Meinung teilt übrigens auch ÖVP-Landesrat Blochberger -, da ist Herr Bundesminister Bartenstein säumig. Und die Zeit vergeht. Der Sommer kommt bald wieder. Wir haben das im vorigen Sommer vorgelegt, und bei der letzten Landesumweltreferentenkonferenz, die vor wenigen Wochen stattgefunden hat, hat Herr Bundesminister Bartenstein auf meine Kritik so reagiert: Ah, hätte ich antworten müssen, auf diesen Ozonmaßnahmenplan?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Situation war fast peinlich, und ich würde vorschlagen, sofern wir uns hier mit den Fraktionen zusammenfinden, das nächste Mal die Gelegenheit zu nützen - die Zeit drängt, der Sommer kommt bestimmt -, an den Bund einen Antrag zu formulieren und zu beschließen, indem wir ihm die gemeinsam zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland beschlossenen Überlegungen zur Kenntnis bringen und unserer alten, aber nichtsdestotrotz notwendigen Forderung zur Realisierung eines Bundesluftreinhaltegesetzes Nachdruck verleihen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es in diesem Zusammenhang auch sehr wichtig ist, das Thema Osteuropa sehr stark zu betonen, und ich möchte dazu auch eine Bemerkung machen, weil wir immer wieder sehr allgemein über die Frage der Umwelttechnologie und des Verkaufs der Umwelttechnologie an andere Länder diskutieren.

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns sehr gut

überlegen, welche Technologie auf Grundlage welcher Gesetzgebung ein anderes Land überhaupt braucht. Täuschen wir uns nicht, daß wir hier oft in einer sehr eigenwilligen Position sind, weil wir hoffen, mit unseren hohen internationalen Umweltstandards auch unsere Umwelttechnologien in verschiedenen Ländern - das betrifft nicht nur Osteuropa, das betrifft auch Südostasien - einsetzen zu können. Und dann, meine Damen und Herren, kommen wir von Reisen zurück und sind, wenn die Euphorie der ersten 14 Tage abgeklungen ist, oft sehr enttäuscht, denn wir stellen fest, daß dieses Angebot an Technologie von den Verantwortlichen zwar als hochinteressant bezeichnet wurde, daß es aber letztendlich nicht zu einem Geschäft und somit auch zu keiner Umweltverbesserung kommt, weil ganz einfach die gesetzliche Situation in diesen Ländern so bescheiden ist, daß der Einsatz von geringeren Technologiemitteln auch ausreicht.

Ich meine daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich beziehe das vor allem auf Osteuropa, daß wir auch ein bißchen umdenken und uns sehr konkret die Frage stellen sollten: Welche Technologie benötigt welches Land auf Grundlage seiner Gesetzgebung? Wir sind oft sehr weit vorne, wundern uns, daß unsere Technologien zwar anerkannt, aber nicht gekauft werden. Das hat den einfachen und banalen Grund, daß in vielen dieser Länder eine Gesetzgebung besteht, die einen sehr niedrigen Standard - gemessen an unserem - vorsieht, sodaß daher die Notwendigkeit, unsere Technologie zu kaufen, noch nicht in dem Ausmaß besteht, wie wir uns das wünschen würden. Wenn wir hier zu mehr Realismus kommen und Technologien verkaufen, die diesen Ländern angepaßt sind - sei es die Wasserproblematik, die Luftreinhalteproblematik et cetera -, dann, glaube ich, könnte Österreich noch stärker als bisher dort eine Umweltvorreiterrolle und eine wirtschaftspolitisch nicht uninteressante Rolle übernehmen. Ich meine, daß wir hier, gerade was Südostasien betrifft, was Osteuropa betrifft, große Chancen haben.

Ich werde auf alle Fälle auch als Ausfluß dieser Diskussion den von mir installierten Umweltbeauftragten für Osteuropa ersuchen, in diese Richtung, die ich jetzt skizziert habe - nämlich noch genauer zu hinterfragen, welche Technologie welches Land aufgrund seiner Umweltgesetze benötigt -, gewisse Überlegungen einzubringen und auch Schritte vorzubereiten.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich noch einmal auch von meiner Warte aus die Gelegenheit benutzen und anbieten, diesen Dialog fortzusetzen, einen Dialog, der in Sachfragen besonders wichtig ist, der auch deshalb besonders wichtig ist - und ich wiederhole mich bewußt -, weil die Gefahr besteht, daß Umweltpolitik aufgrund verschiedener Einflüsse nicht jenen Stellenwert erhält, den sie haben sollte, und weil ganz einfach der Weg, den Wien vorgezeichnet hat, nämlich Umweltmusterstadt zu bleiben und sich zur Klimamusterstadt mit einer nachhaltigen Klimapolitik weiterzuentwickeln,

ohne Alternative ist - quer über alle Parteigrenzen hinweg! - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 1. Diese Postnummer 1 betrifft die Vereinbarung gemäß § 15a Bundes-Verfassungsgesetz zur Schaffung des Nationalparks Donau-Auen.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vereinbarung gemäß Artikel 15a Bundes-Verfassungsgesetz zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Donau-Auen die Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Resolutionsanträge wurden keine eingebracht, Herr Stadtrat? Ist das richtig? - Gut.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 2.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht 1995/1996 der Wiener Umweltschutzgesellschaft zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist ebenfalls einstimmig.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 3.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Umweltbericht 1995 zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig zur Kenntnis genommen. *(Abg Hanno Pöschl: Nein, nein! - Schriftführer Godwin Schuster: Ohne Liberale!)* Ohne Liberale. Entschuldigung! Mehrstimmig zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 4.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Naturschutzbericht 1995 zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist wiederum einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bevor wir zu der unter Postnummer 5 vorgesehenen Wahl von 3 Mitgliedern und deren Ersatzmitgliedern des Landessportrats kommen, schlage ich vor, diese Abstimmung durch Heben der Hand vorzunehmen. Ich ersuche jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Für den Landessportrat für Wien wurden als Mitglieder die Abgen Harry Kopietz, Ing Peter Westenthaler, DDr Romana Widhalm und als Ersatzmitglieder die Abgen Heinz Hufnagl, Heinz Christian Strache und Hans Mentschik nominiert.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dieser Entsendung ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. - Das ist mehrstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen 2. Sitzung des Landtags erledigt.

Nach der im Beratungszimmer durchgeführten Sitzung des Ausschusses für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal findet eine weitere Sitzung des Landtags statt.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich darf Sie aber bitten, im Saal zu bleiben. Es wird in wenigen Minuten die 3. Landtagssitzung beginnen.

*(Schluß um 14.00 Uhr.)*

